mai

Monatszeitschrift für Politik und Kultur, Hamburg 30. 4. 75/Nr. 5

3,00 DM

C22160E

konkret

Gerhard Zwerenz:

Der Ratten-Töter von Sonthofen

Österreich S 25,–
Schweiz sfr 3,80
Holland hfl 3,80
Italien Lira 850

in konkret Mai 1975

POST

konkret intern

Ordnungszelle BRD oder: Wo leben wir eigentlich? von Hermann L. Gremliza

Von Braunau nach München von Gerhard Zwerenz
Ist Sonthofen ein Sportpalast? Ist Strauß ein neuer Führer?

Radikalauer von Winfried Thomsen

Nicht sein kann, was nicht sein darf von Alexander von Hoffmann
Joachim Zahn (Daimler-Benz), Otto Wolff von Amerongen (Industrie- und Handelstag) und Helmut Schmidt (Bundesregierung) -drei Männer der Marktwirtschaft und eine Krise: Geht sie oder kommt sie, wann geht sie, wann kommt sie wieder. Die Talsohle der ökonomischen Diskussion durchschritt Alexander v. Hoffmann

Der Fall Narr von Jürgen Saupe
SPD-Mitglieder haben verhindert, daß ein Sozialdemokrat in Hannover Professor wurde. Warum der Politologe Wolf Dieter Narr nicht berufen wurde und was Polizeisenator Kurt Neubauer dazu angestellt hat, beschreibt Jürgen Saupe

Da lacht die Nato von Winfried Thomsen
Otto Waalkes ist die humoristische Entdeckung des letzten Jahres. Winfried Thomsen führt den Afterkalauer auf seine Ursprünge zurück

Völkermord, letzter Teil von Erich Wulff
Erst ein Volk verstümmeln, ermorden, verbrennen und sich dann die wehrlosen Überbleibsel in väterlicher Pose an die Brust drücken - selten zeigte sich die Unmenschlichkeit des US-Krieges gegen Vietnam so drastisch. Erich Wulf, der jahrelang als Arzt in Vietnam war, analysiert die Lügen der US-Propaganda

200 x Nagasaki von Ulrich Happel
Mit gewaltlosem Widerstand stemmen sich die Bürger vom Oberrhein

Press Freiheit von Hermann L. Gremliza
„Die Meinungsfreiheit des Journalisten" war Thema einer Tagung der Evangelischen Akademie in Loccum am 15. und 16. März. Einer der Referenten auf dieser Tagung war KONKRET-Herausgeber Hermann L. Gremliza. Sein Thema: Pressefreiheit und Redaktionsstatute.

Springers strenge Massagen

Der Krieg in jedem von uns von Vladimir Lomejko
Vladimir Lomejko erlebte als Kind die Belagerung Leningrads durch die Hitler-Wehrmacht., 641803 Menschen verhungerten in der umzingelten Stadt. Heute ist Lomejko Chefredakteur der sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti für Westeuropa. Für KONKRET schrieb er auf, was der Krieg dreißig Jahre nach seinem Ende für einen Russen noch bedeutet

Nichts ist ausgestorben von Peggy Parnass

Chile nach dem Putsch

3. Folge

Die Sache mit dem Flair

KONKRET-Serie: Student ´75, SchlußSind Westdeutschlands Studenten auf dem Weg nach rechts? Gewinnt die CDU-Jugend mehr Anhänger? Wer rettet den VDS?

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

„Alles ist Gewalt" von Heinrich Böll

Springer-Journalist Matthias Walden hat Heinrich Böll beschuldigt, den Boden der Gewalt durch den Ungeist der Sympathie mit den Gewalttätern gedüngt zu haben. Böll hat geklagt und (in erster Instanz) verloren. Doch Böll gibt noch nicht auf

Stirb dich glücklich! von Wolfgang Schivelbusch

Nach dem Sex wollen die US-Amerikaner das nächste große Tabu sterben lassen - den Tod

Rot + realistisch von Mikis Theodorakis

Mikis Theodorakis, griechischer Komponist, Politiker und Widerstandskämpfer, bis 1970 prominentester Häftling der Athener Junta, kehrte nach dem Machtwechsel vom 24. Juli 1974 in seine Heimat Griechenland zurück. Die von ihm mitgegründete „Vereinigte Linke" konnte sich bei den Wahlen vom 17. November 1974 nicht durchsetzen. Anfang dieses Jahres verließ Theodorakis Griechenland wieder - ein Entschluß, hinter dem mehr steckte als nur die Zusage für eine mehrmonatige Konzerttournee durch Europa. KONKRET fragte Theodorakis nach seinen Erfahrungen, politischen Motiven und Perspektiven.

Zur Verbesserung des Feuilletons von Günter Herburger

Ich habe gelesen von Friedrich Christian Delius

In dieser KONKRET-Buchkolumne schreiben Autoren über ihre Lektüre. Diesmal der in Westberlin lebende F. C. Delius („Unsere Siemens-Welt")

Heimat durch den Braun-Filter von Hartmut Schulze

Der neue Peter-Handke- Film heißt „Falsche Bewegung". Hartmut Schulze verreißt ihn

Vorwärts, es geht zurück! von Hermann Peter Piwitt

KONKRET-Essay: Hermann Peter Piwitt über Ivan Illichs „Selbstdarstellung"

Schönen Gruß von der Kremlmauer von Christel Buschmann, Alexander Kluge

Seit Wochen ermittelt die Westberliner Staatsanwaltschaft gegen eine Tote. Sie soll zusammen mit der Filmemacherin Helke Sander ein Flugblatt unterschrieben haben. Christel Buschmann sprach mit Helke Sanders Anwalt, dem Filmemacher Alexander Kluge

Das große Verbrechen war immer der Geschlechtsverkehr von Henryk M. Broder, Karlheinz Deschner

Henryk M. Broder nimmt seine Mütze vom Kopf und erklärt, ein Buch gelesen zu haben, wie es bestenfalls alle 20 Jahre einmal geschrieben wird: Karlheinz Deschners „Kreuz mit der Kirche/ Eine Sexualgeschichte des Christentums"

Die Kulturnation

Rasierklinge von Sebastian Blade, Heiner H. Hoier, Detlef Michelers

Konkret 05/75, S. 2

POST

Gefahr für Bayrisch-Kongo

Ganz herzlichen, dicken, fetten Glückwunsch zum Wiedererscheinen! Ich kenne auch das KONKRET von früher, die „Polit-Sex-Postille", aber irgendwie haben mir die Redakteure damals immer etwas leid getan (klingt anmaßend, ist aber nicht so gemeint), denn: haben Leute, die so gute Artikel schreiben, es nötig, diese mit Hilfe von süßen, schnuckeligen Nackedei-Püppchen mit etwas links-ästhetischen Touch zu verkaufen? Noch dazu, wenn sich z. B. so ein Artikel mit der Rolle der Frau und den Möglichkeiten zur Veränderung dieser Rolle beschäftigt?

Das war so ungefähr meine Einstellung zu KONKRET. Das erste Aha-Erlebnis hatte ich bei eurem „Kanzlersturz" in der Redaktion: „Die können also auch anders." Von da ab kaufte ich KONKRET öfter. Schließlich nahte der Untergang. Dann kam lange, viel zu lange, nichts. Aber anscheinend wurde in der Zwischenzeit ein großes, dickes Ei gelegt, kein Windei wie das des Herrn Apel, sondern eines, das den bundesdeutschen Reaktionären in Bayrisch-Kongo und anderen umnachteten BRD-Provinzen mehr Kopfzerbrechen machen wird als der Föhn in München.

Ulrike Budde,

München

Was tun?

Meine Hochachtung vor den Artikeln von Gremliza und Saupe (4/75), die in der richtigen Weise emotional ansprechend und trotzdem informativ geschrieben waren. Doch gerade nach der Spalte von Karl-Heinz Hansen drängte sich (sicher nicht nur mir) die Frage auf: Was „konkret" tun gegen die dauernden Angriffe von rechts? Die Antwort von Hans Matthöfer konnte jedenfalls nicht befriedigen. Ist es wirklich nur einem „strategischen Dilemma" zu verdanken, daß die SPD-Führung so regiert wie sie regiert? Ein „strategisches Dilemma" 'nur, wenn die SPD/FDP im Einvernehmen mit der CDU/ CSU ein Verteidigerausschlußgesetz durch den Bundestag peitscht (um nur den jüngsten Angriff auf das demokratische Konzept der BRD zu nennen)? Matthöfer verkennt - oder will nicht wahrhaben - daß die SPD-Führung nun 'mal im wesentlichen das Interesse des Kapitals und damit der Rechten verficht. Wenn Linke deshalb keine Lust verspüren, sich in der Partei eines Helmut Schmidt und Georg Leber zu organisieren, darf ihn das nicht wundern.

Enno Hartmann,

Bremen

Keine Witze

Nach 5monatiger Lektüre von KONKRET:

1. Mehr als nur Alternative zu „Zeit", „Spiegel", „Stern" etc.

2. Frage: Warum als Monatszeitschrift? Der kritische Ansatz ist konkreter und berechtigt zu mehr . . .

3.„Provo und bravo" paßt nicht: Transzendenzen vermitteln irreale Vorstellungen von Konkretem, wenn Widersprüche gesucht werden, wo keine mehr sind.

KONKRET braucht keine „Witzseite"!

L. Graf,

Frankfurt

Maske in Schwarz

Ich fand die Konzeption des neuen KONKRET von Anfang an sehr erfreulich, vor allem, daß auch das weltanschauliche Spektrum renoviert wurde. Und ich sehe auch ein, daß Sie nichts für den jämmerlichen Bewußtseinszustand der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung können, deren offenkundiges Sprachrohr, Norbert Blüm, sich von Nummer zu Nummer mehr demaskiert. Das alles kann meine gute Laune bei der KONKRET-Lektüre nicht verderben.

Ulrich Kramer,

Berlin

Gegen die diskussionswürdige Ansicht eines Ihrer Leser aus Gelsenkirchen, daß wohl sämtliche Führungskräfte der SPD rechts einzuordnen seien, spricht der im gleichen Heft (KONKRET 3/75) erschienene bemerkenswerte Aufsatz von Hans Matthöfer „Solidarität", der für diese Partei und die jetzige Regierung doch noch einige Hoffnung läßt.

Prof. Dr. med. Kurt Beck,

Wiesbaden

Politik, ganz konkret

Der Artikel von Jörg Huffschmid (KONKRET 2/75) war für einige Genossen aus den Münchner SPD-Ortsvereinen Waldfriedhof und SendlingWest Anlaß, einen Brief an den Bundeskanzler Helmut Schmidt zu verfassen und beiden Ortsvereinen zur Diskussion und Beschlußfassung vorzulegen. Bis jetzt liegt beiden Ortsvereinen noch keine Antwort vom Bundeskanzler vor. Inzwischen wurde dieser Brief auch von anderen Münchner Ortsvereinen diskutiert und beschlossen. Die vom OV Waldfriedhof beschlossene Fassung wird auch dem nächsten Münchner UB-Parteitag zur Diskussion und Beschlußfassung vorgelegt.

Hans Neuber,

München

SPD-Ortsverein Sendling-West

Kains Abel

Ich bin der Bruder des leitenden Regierungsdirektors Peter Paul Floerke, der die Ursache Ihres Artikels (KONKRET 3/75) ist, den ich voll unterschreiben würde. Ich darf sagen, daß ich die Berufsverbote für einen Skandal halte. Die Hüter der „Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung" haben eine teuflische Methode erfunden, um diese „Grundordnung" auszuhöhlen. Vor allem vergessen wir zu oft, daß die ehemaligen Befürworter und Anhänger des perversesten Systems noch heute bei uns oft hohe und höchste Ämter innehaben. Art. 139 GG wird total übersehen. Sie werden verstehen, daß der Unterschreiber dennoch mein Bruder ist. Nehmen Sie mir bitte ab, daß ich versuchen werde, ihm das Verderbliche seines Tuns vor Augen zu führen.

Jürgen Floerke,

Hannover

Floerkes Ahnen

Im Zusammenhang mit dem Artikel „Hochachtungsvoll Floerke" (3/75) interessiert vielleicht das Folgende: Am Abend des Ostermontags 1968, vor dem Hamburger Demo-Marsch Richtung Polizeihochhaus Berliner Tor ,wurde anläßlich einer Lagebesprechung im Audimax, nach etwa 15 Minuten, von einem Vortragenden ein BND-Bediensteter im Saal erkannt. Es erfolgte Identifikation durch mehrere Versammlungsteilnehmer, von denen er bei anderen Veranstaltungen bereits fotografierenderweise ertappt worden war. Erst nachdem für ihn zweifelsfrei feststand, daß er sich seine Tarnung an den Hut stecken konnte (er behauptete Student aus Köln zu sein), verließ er unter Drohungen mit Polizeimaßnahmen (unbeschadet) den Saal. Beschwerden meinerseits an „Genossen" Ruhnau als zuständigen Senator sowie an das Bundeskanzleramt als Dienstherrn des BND blieben auch nach mehrfacher Anfrage ohne Echo. Was neben den damals unter den Tisch gefegten Strafanträgen gegen „Ordnungshüter" aber kaum ins Gewicht fällt.

Thomas Schulz,

Bonn

Floerke Forts.

In der Wiedergabe des Briefes dieses Floerke vergaßen Sie den Schlußsatz, der da lautet: „Wären Sie Mitglied der NPD, dann bestünden keine Bedenken!"

Dahms,

Köln

Schlechter Charakter

Ich habe mit großem Interesse Eure beiden Artikel: „Hochachtungsvoll Floerke" und „Student 75" gelesen, weil ich mich davon betroffen fühle. Nach meiner 1. Realschullehrerprüfung im Mai 1974 und zwei Einstellungsgesprächen wurde ich im November 74 endgültig als Referendar abgelehnt. Ich sei charakterlich nicht zum Beamten geeignet, weil ich wiederholt mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen sei. Diese Konflikte sind allerdings nur als Strafanzeigen und Ermittlungssachen aktenkundig, da alle drei Verfahren eingestellt wurden. Darunter befindet sich auch ein Verleumdungsverfahren, das Prof. Gärtner angestrengt hatte. (Wir hatten in einer ASTA-Info Jürgen Wallraffs KONKRET-Recherche „ausgeschlachtet".) Seitdem bin ich leider „frei schwebender" Sozialist, also praktisch gar nichts. Die „Extremistenkampagne" richtet sich wohl schon länger nicht mehr nur gegen Kommunisten, sondern z. B. auch gegen „schlechte Charaktere", und das ist ja wohl der Gipfel, der auch den von Euch erwähnten Liberalen wieder die Augen öffnen wird.

Manfred Jungjohann,

Kiel

Peggy

Peggy, sag' Du doch das gleiche, was der Richter sagte, nämlich: „Ach wissen Sie, damit können Sie uns nicht beunruhigen!" Bange machen gilt nicht, und Du hast uns. Wahrscheinlich hättest Du den Richter lieber geohrfeigt, wie ich Dich aus Deinen Artikeln kenne. Du hast mal geschrieben, Schwächere schlagen gilt nicht. Und wenn man schon tritt, dann nach oben. Darum bewundern wir Dich!

Marlies Gaida,

Hamburg

Im Zuge der Gleichschaltung und des Ausbaus der Festungen für Ordnung und „innere Sicherheit" kann man schon von Glück sagen, daß es eine Berichterstattung wie die von Peggy Parnass über die am eigenen Leib erfahrenen Schikanen der Polizei noch gibt und daß Frau Parnass heute überhaupt noch sagen darf: „Ich habe Polizisten zu Ungehorsam aufgefordert" - Ungehorsam gegen den Befehl, Demonstranten zu verletzen. Dergleichen ist nicht mehr selbstverständliches Gewissensgebot eines Demokraten, heute kann so etwas allenfalls noch in KONKRET gedruckt werden.

Bettina Kraus,

Ambach

Kopfstand ohne

Was sind denn das für Fachkreise, die Reimar Lenz von „Pardon" als „Kopfsteher" (KONKRET 4/75) einschätzen? Mit dieser Bezeichnung wird unterstellt, was nach Studium der Publikationen Lenz' in „Pardon" als sehr zweifelhaft gelten muß:

1. daß Lenz einen Kopf habe,

2. daß er - wenn er denn einen haben sollte - mehr damit täte als ihn zum Friseur zu tragen,

3. daß Lenz wenigstens zeitweise irgendwie irgendwo zu stehen vermöchte.

Besonders letzteres ist eine Behauptung, die, wenn sie zuträfe, ihn seinen Job bei „Pardon" kosten könnte.

Helmut Roth,

Köln

Konkret 05/75, S. 3

konkret intern

In der Februar-Ausgabe von KONKRET hatte Hans Matthöfer, Sozialdemokrat und Bundesminister für Forschung und Technologie, beschrieben, was er von Machthabern hält, die Menschen foltern lassen: "Es sind ehrlose Lumpen, verdorben und schmutzig bis in den letzten Winkel ihrer verrotteten und verlausten Seele." Matthöfer ließ keine Zweifel daran, wen er meinte: Chiles faschistische Junta, die er einige Wochen später als "Mörderbande" bezeichnete. Zutreffend, wie wir meinen. Doch die CDU/CSU forderte Matthöfers Rücktritt, "Welt" und "Bild" holzten nach. Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Gerhard Todenhöfer, selbsternannter PR-Agent des chilenischen KZ-Staats, sprach von Matthöfers "Amokläufen gegen die chilenische Regierung" - ein Vorwurf, der von Todenhöfers politischen Vorfahren auch gegen Otto Wels und den Grafen Stauffenberg erhoben worden war. Am B. Mai 1945 war eben doch nicht alles vorbei.

*

Es gibt noch Richter in Hamburg. Der Münchner Schmuddelsex-Verleger Heinrich Bauer hatte den KONKRET-Herausgeber auf Schadensersatz verklagt - wegen eines Satzes, der im Herbst 1972 im alten KONKRET gestanden hatte. Die 24. Zivilkammer des Hamburger Landgerichts hat Bauers Klage abgewiesen. Kostenpflichtig.

*

Zwei Neuigkeiten aus der Redaktion: Seit einigen Wochen betreut Ingrid Krüger (früher KONKRET, dann Luchterhand-Verlag) den Kulturteil. Und seit 1. Mai hat KONKRET ein neues Layout. Zwischen erstens und zweitens gibt es Zusammenhänge.

*

Mitte März gab es in der Evangelischen Akademie Loccum eine Tagung zum Thema "Die Meinungsfreiheit des Journalisten". Im Bemühen um Ausgewogenheit hatte die Akademie auch Verleger geladen. Doch die kniffen. Die Abteilung Information der Axel Springer Verlag AG begründete die Absage damit, daß "Redner wie Gremliza, Spoo oder Barczynski" teilnähmen, die "oft genug" ... "gegen die private Presse demonstrieren". Wie recht er hat, kann der Springer-Mann auf Seite 21 nachlesen.

Konkret 05/75, S. 6

Hermann L. Gremliza

Ordnungszelle BRD oder: Wo leben wir eigentlich?

In welchem europäischen Staat fordert die zweitgrößte Partei finanzielle Unterstützung für die chilenische Junta? Wo bedauert ein Minister, der der größten Linkspartei des Landes angehört, den Abzug der Amerikaner aus Vietnam? Wo will ein Kultusminister arbeitslose Lehrer ins faschistische Brasilien schicken? Wo fordern Mitglieder einer christlichen Partei zugleich Gebärzwang und Todesstrafe? Wo gibt es keine einzige große linke Tages- oder Wochenzeitung?

Oder: Wo kann ein ehemaliger Minister der Athener Junta Lektor an einer Universität werden? Wo darf eine junge Frau, deren Mann Mitglied der kommunistischen Partei ist, keine Kinder mehr unterrichten? Wo wird der Rücktritt eines Ministers gefordert, der die in Chile regierende Mörderbande so nennt? Wo wird der Militäretat von der regierenden Linkspartei stärker aufgebläht als zuvor von den Rechten?

Na?

Zur Hilfestellung nehmen wir die Landkarte Europas und fangen rechts unten an: Griechenland? Das hat sich gerade von den Obristen befreit und ist aus der Nato ausgeschert. Italien? Dort ist die zweitgrößte Partei eine kommunistische, sie regiert Regionen und Städte, zum Teil gemeinsam mit den Christdemokraten. Spanien? Nein, das denn doch nicht, obwohl sich einige wichtige Politiker des Landes, nach denen wir fragen, dort sehr wohl fühlen.

Weiter. Portugal? Wird von Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten unter Führung linker Militärs regiert. Frankreich? Sozialisten und Kommunisten repräsentieren als Volksfront knapp die Hälfte der Wähler, Schulen heißen nach dem verstorbenen KP-Chef Maurice Thorez. Niederlande? Die Regierung reduziert die Militärausgaben. Belgien? Dänemark? Norwegen? Liberale Demokratien ohne Berufsverbote. Schweden? Der Ministerpräsident ist engagierter Gegner des US-Krieges in Vietnam. Großbritannien? Keine Berufsverbote, kein § 218, Zügelung des Rüstungsetats, Kreditstopp für Chiles Junta.

Genug Hilfestellung. Die Lösung heißt: Bundesrepublik Deutschland.

Sie ist der Staat, der Sozialisten und Kommunisten zu Bürgern zweiter Klasse macht, der sich überall auf die Seite der amerikanischen Imperialisten schlägt, der Sozialdemokraten von früheren Mitarbeitern des Reichssicherheitshauptamtes beschnüffeln läßt. Bundesrepublik Deutschland, das ist der Staat, in dem über „Rotfunk" diskutiert wird, während ein rechtsradikaler Preisträger der „Deutschland-Stiftung" in einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt „das SPD-Regime mit seinem Verständnis für das Untermenschentum jeglicher Couleur" kommentieren darf.

Und dabei ist die Optik noch ganz gut: In Bonn sitzen Leute mit an der Regierung, die einmal den Faschismus unter persönlichen Opfern bekämpft haben. Auch Leute, die heute für spanische Demokraten arbeiten oder politische Freunde des ermordeten Präsidenten Allende aus chilenischen KZs freikaufen.

Aber es sind doch bloß ein paar Prozent, die die Bundesrepublik noch von etwas ganz anderem trennen. Solange Sozial- und Freidemokraten regieren, hält sich die BRD gerade noch als Partner bürgerlich-konservativer Europäer. Was aber, wenn sie die paar Prozent verliert? Wer dann regiert (ob mit Kohl oder ohne) findet die rechte Ansprache doch nur noch in Südafrika oder Südkorea (wo die Forderung nach einer Verschärfung des Demonstrationsrechts vor einigen Wochen bereits verwirklicht wurde, indem man acht studentische Demonstranten einfach hingerichtet hat). Dann kommen die Francophilen und Pinochet-Freunde, die Kopf-ab-und-Glied-ab-Jaeger, die Strauß, Wohlrabe, Reddemann, Werner Marx, Friedrich Vogel, Dregger und Kiep.

Dann bleibt es nicht mehr dabei, daß - schlimm genug - Sozialdemokraten wie Bruno Friedrich in der portugiesischen Innenpolitik herumpfuschen und die dortigen Genossen auf den erfolgreichen bundesdeutschen Weg zum Sozialismus führen wollen. Dann wird aus Kieps Worten („Ich sehe die große Chance einer massiven Beeinflussung der Meinungsbildung in Portugal . . . durch eine entschlossene Haltung des Auslandes") richtige Schweinebucht-Politik. Und die Bundesrepublik wird zur Aufmarschbasis der USA, wenn das Pentagon eine Hilfsaktion für ein volksfrontregiertes Frankreich oder Italien startet.

Soweit ist es nicht, und soweit muß es auch nicht kommen. Nur müssen sich die Sozialdemokraten dann etwas klarer machen als bisher, wie weit es schon gekommen ist, müssen sich eingestehen, daß ihre Partei in der Opposition mehr für die Erhaltung bürgerlicher Freiheitsrechte getan hat als in ihrer Regierungszeit. Und daß deshalb - schmerzlich, das feststellen zu müssen - die Bundesrepublik am Ende der Regierung Erhard ein liberalerer Staat war als heute - ohne Notstandsgesetze, ohne Berufsverbote. Daß damals ein Wolfgang Abendroth Professor sein konnte und es heute nicht mehr

werden könnte.

Im Kampf um die sogenannte Mitte, von der keiner sagen kann, was sie ist, haben sich die Genossen nach rechts treiben lassen. Was immer die Reaktion verlangte, den halben Weg kam die SPD ihr entgegen, manchmal - wie beim Berufsverbot - den ganzen.

„Ein bestimmtes Wirtschaftssystem ist durch das Grundgesetz nicht gewährleistet . . . Das Grundgesetz garantiert weder die wirtschaftspolitische Neutralität der Regierungs- und Gesetzgebungsgewalt noch eine nur mit marktkonformen Mitteln zu steuernde ‚soziale Marktwirtschaft'." Wer heute sowas sagt, muß der nicht befürchten, abgehört zu werden, an keiner Schule unterrichten zu dürfen oder - etwa in Bayern - aus der SPD zu fliegen? Der Satz stammt aus einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1954.

Vom „demokratischen Sozialismus" woll'n wir gar nicht reden. Es genügte schon, eine Situation herzustellen, in der ein solcher Satz als selbstverständliche Grundlage unserer Verfassung begriffen wird.

Der Kultusminister, der arbeitslose Lehrer nach Brasilien schicken will, ist Bernhard Vogel (CDU/Rheinland-Pfalz). Der Junta-Minister heißt Demetrios Tsakonas und wurde Lektor an der Universität Würzburg. Der „Untermenschen"-Kommentator heißt Winfried Martini. Der Vietnam-Minister heißt Georg Leber

Konkret 05/75, S. 7

Gerhard Zwerenz

Von Braunau nach München

Ist Sonthofen ein Sportpalast? Ist Strauß ein neuer Führer?

Die Gegner des F. J. Strauß erfreut es, ihn schwach, jämmerlich und nicht ganz beisammen zu sehen, die Freunde entsetzt es, was die Intensität der Bilder keineswegs abschwächt, das breite Feld der Unentschlossenen aber fühlt sich verunsichert, wo nicht, bei einigem Geschmack, aus eben solchen Gründen abgestoßen. Das insgeheime Urteil, auch politische oder typologische Vorurteil, verwandelt sich ins ganz offenbar begründete Nachurteil; eine Fotografie, auf der jener Strauß zu sehen ist, dessen verschwollen-verquollenes Gesicht nichts als die exorbitante Länge vorausgegangener Zechtouren verrät und der Blick trübe aus lidverhangenen Augen kommt, den unklaren Zustand, in den sich der Darsteller versetzt hat, noch mehr darstellend, ein solcher Anblick macht auch alle die leicht schaudern, die ihrem Milieu und Charakter nach dem starken Mann gern zujubeln möchten, ihn jedenfalls als kommend herbei wünschen, die ersehnte Entlastungsfigur und mindestens symbolisch starke Schulter - dem aber, den man auf diesen Aufnahmen betrachten kann, trauen auch die derart Disponierten nicht mehr zu, stark zu sein, was ja auch umschließt: entschlossen, schlau, fuchsig, stets wach, von eisernem Willen, ständig aufmerksam witternd, vital und topfit. Ein starker Mann im Zustand der weniger gequälten als sich selbst zugrunderichtenden Kreatur erscheint nicht nur als schwacher Mann, sondern auch als höchst unsicherer Kandidat.

Man muß wohl von dieser bekannten, wenngleich selten in Umlauf gebrachten Fotografie ausgehen, will man die Unpäßlichkeiten, die die Anhängerschaft von Strauß, einen engen Kleinkreis mental gleichgeschalteter Schildknappen ausgeschlossen, befällt, in ihren weitgreifenden Wirkungen erfassen. Das Bild des gefällten Herrn Strauß wurde zum Symbol für den anderen, den zweiten, schwachen, verwundbaren, auch unbegreifbaren Herrn Strauß, den es in Wirklichkeit auch gibt und gegen den anzukämpfen der starke Franz Josef ein ganzes Leben nicht nur braucht, sondern auch verbraucht. Der Unmut entwächst dem bohrenden Selbstzweifel, der überwunden werden muß. Die laut dröhnende, gleichwohl ständig gegen irgendwelche vermuteten Übermächte anquengelnde Stimme intoniert den Marsch der ausziehenden Helden in den Kampf. Militärmusik hat zuvörderst den eigenen Kriegern Mutzumachen, die Sinne zu benebeln, die Kameraden an der Seite und davor und dahinter festen Tritt fassen zu lassen. F. J. Strauß, in freier Rede, produziert unablässig Anfeuerungen, die den eigenen Heerscharen zugedacht sind, auch wenn die weniger die Beine zum Marsch als die Hände zum Applaus bewegen.

Applaus ist der Marschtritt der Wirtshäuser. Im Geräusch aufeinanderprallender Hände werden Töne zum Pegelstand; je höher der Klatschpegel, desto höher die erreichte Bewußtlosigkeit, und aus geöffneten Lippen dringt das kehlige Unartikulierte, das den Beifall noch überdröhnt und die urige Qualität verkündet, in die man bereit und gierig ist, sich fallen zu lassen.

Freilich sind derlei Polit-Praktiken in Deutschland durch den allfälligen Gebrauch im Dritten Reich und den darangeschlossenen Staatsbankrott belastet und noch immer nicht optimal wieder nutzbar. Artikulationen des rauschhaften Zustandes verbieten sich, wenn derlei, auf die Spitze getrieben, noch filmisch vorführbar ist - Reichsbenebelungsminister Dr. Goebbels mit der notorischen Existenzfrage an die Sportpalastinsassen, ob sie den totalen Krieg wollten. Sie brachen in Ovationen aus: Es lebe der Tod! Wenn dermaßen der Selbstvernichtung zugejubelt wurde, kann in der gleichen Sprache gleiche Leistung nicht mehr erbracht werden. Das Paradoxe läßt sich nicht überparadoxieren.

So müssen die circensischen Naturen unter den späteren Politikern gewisser Steigerungen und superlativer Entladungen entraten, was ihnen nur einmal mehr ihre Widersprüchlichkeit demonstriert. Als Männer des Volkes, wie sie sich fühlen, können sie doch nicht, wie gewünscht und getrieben, aufs Ganze gehen. Ihr Weg ist eingegrenzt von gar zu engen Leitlinien, und wenn auch einer sich stark genug fühlte, keinerlei Beschränkungen anzuerkennen, so sieht er sich doch immer noch beengt, F. J. Strauß etwa durch die etwas feinere Gangart der CDU-Schwesterpartei, in welcher das liberale Element nicht gänzlich zu eliminieren war.

Die Notwendigkeit, einen starken Staat zu schaffen, korrespondiert mit derjenigen, einen starken Mann an seine Spitze zu bringen, oder auch umgekehrt, nur der an die Spitze gelangte Mann kann den starken Staat in die Wege leiten. Welche Notwendigkeit als Zielvorstellung dem zum politischen terminus technicus erhobenen Saustall innewohnt. Der Mann hat dem Volk aufs Maul geschaut, nun schaudert's manchen im Volk und in den gebildeteren Schichten, weil hier offensichtlich die Sprache weniger in ihrer volkstümlich-derben, auch poetisch-herben Qualität genutzt wird als vielmehr in ihrer demagogisch ausschlachtbaren, auch brutalisierenden Art.

Die guten Freunde mögen derlei als landsmannschaftliche Besonderheit und bajuwarische Sitte hinstellen. Der hellere Teil des Südens und im anschließenden Norden die Mehrheit der Bundesbürger mißtrauen einer Stimme und Atmosphäre, deren kraftmeierische Diktion ebenso ins Obersalzbergische verweist wie ihre schwülstige Drohfreudigkeit an

bierdunstvernebelte Wirtshausstreitigkeiten denken läßt. Man besucht, als Münchenfreund, gern dessen Brauereikeller und zuerst das berühmte Hofbräuhaus; was aber in diesen weiten Gewölben an demagogischen Orgien geleistet worden ist von den nationalsozialistischen Lokal- und später Reichsgrößen, möchte man lieber tief in der Vergangenheit belassen.

Dem Kraftmenschen, der den starken Mann spielt und den starken Staat predigt, ist insgeheim nicht so von sich überzeugt wie er sich aufführt. Ja, umgekehrt, die starken Aufführungen und zyklopischen Ausführungen, alle Reden, bei denen Worte wie zu Eis gefrorene Leberknödel den auf allen Seiten vermuteten Gegnern und Feinden entgegenschießen, diese öffentlichen Verbalschlachten dienen neben der allgemeinen Aufrüstung auch der stets von neuem bitter nötigen Selbstmobilisierung.

Inwendig sieht sich der starke Mann ernsthaft bedroht von psychischen Schwächen und, Gott bewahre, vielleicht sogar menschlichen Regungen, wo nicht Anfechtungen, wie er äußerlich in Gestalt und Physiognomie Gefahr läuft, sich in Richtung jener ihm feindlichen Karikaturen zu verunstalten, gegen die bereits juristischer wie politischer Beistand bemüht wurde. Sie gehen nicht zart mit ihm um, die bösen Andersdenkenden, und das beleidigt ihn noch mehr als es ihn ergrimmt, muß er nun doch immer entschlossener den eisernen Bayernführer spielen, wie er einst gezwungen war, im Maximilianeum Primus zu werden, wie er gezwungen war, „Süddeutscher Straßenmeister" im Radrennen zu werden, wie er gezwungen war, das Referendarexamen mit der besten Note seit anno 1910 zu machen, wie er gezwungen war, Oberleutnant der Wehrmacht zu werden und wie er gezwungen war, Oberkommandierender der neuen Bundeswehr zu werden.

Wieso gezwungen? Von wem gezwungen? Manche Karrieren sind die Folge der Tatsache, daß einer in seinem Inneren ständig von wilden Hunden gehetzt wird. Die zu erbringende Leistung erweist sich, ist sie erst vollbracht, nur als Vorstufe für die nächste Leistung. - Da hechtet unser starker Mann nun zeitlebens über immer höhere Hürden, die Zunge hängt ihm aus dem Hals, der Puls fliegt, der Schweiß perlt, die Worte sollen eigentlich Flüche sein und sich gegen diese ewige Abhetzerei richten, doch ein Starker gibt sich keine Blößen und so klagt er nicht, sondern bedroht und beschimpft die Feinde, die wirklichen, die möglichen und, viel Feind viel Ehr, die imaginären noch dazu.

Es ist keine Warnung vor dem, wenn er kommen sollte, übertrieben, weil nicht übertreibbar. Er ist der erste von den viel zu vielen, die im Nachkrieg nichts sich erarbeiteten von den Erkenntnissen, die das westliche Deutschland veränderten, indem es sie leistete und wieder auch erntete. Kein heutiger kritischer Schriftsteller ist von ihm gelesen worden, es sei denn in ein paar Sätzen und zur höhnischen Abwertung und Verwertung beim nächstfälligen Kampfgedröhn vor Biertischen und Schnapsköpfen.

An diesen Machern, wo allein die Ignoranz Format hat, ist alle Nachkriegsliteratur (Soziologie und Psychologie und Pädagogik einbeschlossen) spurlos vorübergegangen. Die Literatur, als links verschrien und verketzert, ist ihnen in die Feueresse geschrieben worden. Schwarzer Rauch dunkelte die Schrift aus. Das Geistesleben hat für die Rechten im Lande nicht stattgefunden, es sei denn als Anlaß für Abwehrhaltungen, Abkanzelungen und, neuerdings, handfeste Drohformeln, wobei, erstmals, auch sozialliberale Bundestagsabgeordnete in die Kategorie der direkten, physischen Bedrohung eingeschlossen worden sind.

Das Prinzip Strauß ist, nicht zuerst, aber auch nicht zuletzt, die Exilierung der deutschen Literatur, soweit sie zählt, und ihre neuerliche Ersetzung durch Heimatdichter, heuchelnde Moralapostel und verzieselte Pflichtpoeten. Was als Ignorierung in den fünfziger Jahren begonnen hatte und in den sechziger Jahren in offene Diskriminierung umschlug, wird ganz offensichtlich in Kriminalisierung übergeleitet; denn den autoritären Politikern paßt, wie sie oft genug verkündet haben, die ganze Nachkriegsrichtung nicht. Es gehört wenig Fantasie dazu, sich vorzustellen, wie das Verhältnis zwischen Geist und Macht beschaffen sein würde, kämen die Straußparteigänger erst wirklich an die Macht.

Ein Mann, der in seiner von dunklen Ängsten bestimmten Abwehrhaltung alles ablehnt, was auch nur im entferntesten nach Liberalität oder gar Emanzipation aussieht, der diese Entwicklungen aus Mentalitätsgründen stets verteufelt und sich damit zum Mittelpunkt aller ähnlich Gestörten macht, wiederholt die verhängnisvolle Haltung, die in unserem Vaterland schon einmal als Indiz für „gesundes Deutschtum" gewertet wurde. Damals emigrierten alle Leute, die das Land dem 20. Jahrhundert geöffnet hatten, und der blutige Rekurs aufs germanische Banausentum begann. Ein paar Künstler krochen zu Kreuze, das Billig-Bodenständige erfuhr staatliche Förderung, was einzig zählte, rettete sich ins Ausland.

F. J. Strauß ist kein Hitler und kein Schlächter, doch daß Satire erlaubt sein muß, ihn derart darzustellen und daß sie's tun muß, auch wenn's unerlaubt ist, liegt in der Haltung, der Mentalität und Feindschaft allem Weltgeistigen gegenüber, die der CSU-Politiker stets aufs neue exemplifiziert.

Für F. J. Strauß hat die moderne Literatur in aller Welt draußen ebensowenig stattgefunden wie im eigenen Land drinnen. Als die deutschen Intellektuellen ihre großen Probleme diskutierten, hatte Strauß seine immensen Skandale durchzustehen. Als die Schriftsteller ihren Lesern, der Weltöffentlichkeit und sich selbst ein neues, demokratisches, jedenfalls helleres Bild

vom Deutschen entwarfen, war Strauß mit Aufrüstung beschäftigt, die bald die Bundeswehr, bald seine Partei, bald die antikommunistische Ideologie betraf. Dieser Angsthase mußte sich immerzu verpanzern, tarnen und neuen Waffensystemen nachjagen. Für ihn war die Welt stets voller roter Teufel. In drei Jahrzehnten Nachkriegsgeschichte gibt es keinen einzigen Strauß-Beitrag, der die künstlerische oder gar intellektuelle Sphäre beträfe, und es gibt keine Waffenlage und kein Macht-Problem, wo er sich nicht beteiligt hätte. Wer einen Mann solcher Ungeisteshaltung zum Regierenden wählen will, kann nicht wissen, was er tut, oder er beabsichtigt allen Ernstes die variierte Wiederaufführung jenes Reiches, das 1945 untergegangen war.

Man kann in Strauß nicht einfach einen Nazi oder Faschisten sehen, doch sein Fühlen, Denken und Sprechen weisen bedenkliche Nähen und Verwandtschaften auf, und das Risiko, es mit ihm zu probieren, ist zu groß. Freilich trennen Strauß von Hitler wenn nicht Welten, so doch die Entfernung von München bis Braunau, und daß der Führer hernach in die Münchner Schellingstraße einrückte, ist keinem der dortigen Bewohner anzulasten. Zu fragen aber bleibt nach der prinzipiellen Distanz, die zu halten ist gegenüber dem Blut & Bodennebel, und da hilft kein lateinisches Zitat und keine noch so hochfahrende humanistisch aufgetakelte Bildungsgeste. Der Herr Oberlehrer, der junge Gegner in der Diskussion fragt, ob sie überhaupt Abitur hätten oder der mit lateinischen Sätzen garniert, was derlei Ausschmückung auch bitter nötig hat, seine elementare Dürftigkeit zu verdecken, verkörpert jenen überständigen, von der Zeit überholten, wenngleich möglicherweise immer noch nicht ungefährlichen Typ, der anfangs sich so hygienisch aufführt, daß die Ratten ihm folgen; später sind's die Kinder.

So sagen wir's denn noch einmal in aller Offenheit. Ein Volk, das sich verraten fühlt, weil man's ihm eingebleut hat und sich seinen Führer erwählt für den Weg ins Glück, wobei es ins tiefste Unglück gerät, erwiese seine absolute politische Untauglichkeit, begäbe es sich im selben Jahrhundert zum zweitenmal auf die politische Führersuche.

So unwichtig die persönlichen Stationen des Mannes, über den hier nachzudenken war, sind, so wichtig sind seine Manifestationen und deren Wirkungen. Das Fernsehen decouvriert ihn, zu unserem Glück, noch immer am nachhaltigsten und bei den Frauen, wo man ihm Erfolge in Einzelfällen nachsagt - über Geschmack läßt sich nicht streiten -kommt er, insgesamt betrachtet, nur minimal an. Seine Ausstrahlung also darf, welch gütige Fügung, als arg vernachlässigt und vernachlässigenswert eingeschätzt werden. Allein, der rechtslastigen Schmalspurpartei erwachsen auch telegene Herrschaften, die als Dr. Dregger oder Schnullermund Stoltenberg so sympathisch aufgeschniegelt antreten, als betrieben sie Werbung für Kaffee aus Südamerika oder Zigaretten mit Spezialfilter. Täten sie es doch!

Die Gefahr liegt einzig und allein in der großen, aufbrechenden Krise, die nur als Weltkrise beginnen, bei den Westdeutschen aber zur germanischen Walpurgisnacht geraten kann. Die mit einem schlechten Gedächtnis geschlagen sind, haben schnell vergessen, daß sie schon einmal aufmarschierten zum Blocksberg, unter dumpfem Trommelklang, unter Fahnen und mit rauschhaftem Liedgedröhn; unsere Ehre heißt Treue.

F. J. Strauß ist kein Hitler und kein Nazi. Wer ihn so sieht, verharmlost ihn, denn das Undifferenzierte vom alten dumpfen Unglück mobilisiert keine Massen mehr, wie Thaddens NPD zeigte. Wenn aber einer versteht, im dunkel dräuenden Urgrund, wohin kein Aufklärungsstrahl je drang, die alten Ängste neu zu formieren, die Sorge ums Häuschen, die dämonische Einbildung, man werde beleidigt und habe herrenhaft aufzutrumpfen, sei kurzum berufen, der nach links driftenden Welt einen Rechtstrend einzuprügeln, der soll jedenfalls wissen, was ihm blühen könnte mit dem neuen, rechten und autoritären Staat Strauß'scher Prägung.

Die ungekürzte Fassung des Strauß-Porträts von Gerhard Zwerenz erscheint zur Buchmesse im Herbst in der Sammlung „Porträts von Rechts" bei Kiepenheuer & Witsch.

Konkret 05/75, S. 10

Winfried Thomsen

Radikalauer

Der Chefredakteur stellte sich voll hinter seinen Karikaturisten: „Hicks".

Aus der Pleite des Bankhauses Iwan D. Herstatt zogen die Gläubiger den Schluß, daß man dem Iwan nicht trauen darf.

Ulrike Meinhof soll jetzt ans Verdienst-Kreuz der Union geschlagen werden.

Kennen Sie den schon? Karl Carstens wird Außenminister.

Vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe wird die CDU/CSU auf ersatzlose Streichung der Grundgesetzartikel 1, 2 und 3 klagen, da sich diese als ausgesprochene Investitionshemmer erwiesen haben.

Beate Uhse will die CDU in ihren Katalog aufnehmen, weil die Mischung aus schwarz und durchsichtig besonders anregend auf ihr Publikum wirkt.

Die vietnamesischen Flüchtlinge ~ haben &,nur soviel Angst, wie ihnen von denen eingejagt wurde, die jetzt abhauen.

Die Anfänge währen schon wieder.

„Ich bin ein glühender Verteidiger der freiheitlich-demokratischen Grundordnung", versicherte der Angeklagte, „Bodenspekulation, Mietwucher, Preiserhöhungen, Lehrstellenboykott, Wirtschaftskonzentration -für all das bin ich."

Wenn die Koalition in guter Reform ist, gerät die Union in schlechte Verfassung.

Der erfolgreiche Journalist scheckte seine Auftraggeber stets gründlich ab.

Konkret 05/75, S. 11

Alexander von Hoffmann

Nicht sein kann, was nicht sein darf

Joachim Zahn (Daimler-Benz), Otto Wolff von Amerongen (Industrie- und Handelstag) und Helmut Schmidt (Bundesregierung) - drei Männer der Marktwirtschaft und eine Krise: Geht sie oder kommt sie, wann geht sie, wann kommt sie wieder. Die Talsohle der ökonomischen Diskussion durchschritt Alexander v. Hoffmann

Der Planet Merkur hat nun doch ein Magnetfeld, obwohl er nach herrschender Theorie keins haben darf. Die freie Marktwirtschaft hat nun doch eine schwere Krise hervorgebracht, obwohl das nach herrschender Theorie gar nicht geschehen durfte.

Beiden Theorien lag bis dahin scheinbar Hieb- und Stichfestes zugrunde, Astronomen wie Marktwirtschaftler mußten ob der unerwarteten Fakten geschockt sein. Die Astronomen machen sich dennoch daran, ihre Theorie zu revidieren.

Nicht so die Marktwirtschaftler. Fast verdient es Hochachtung, wie entschlossen und einhellig sie sich weigern, Ausmaß und Bedeutung der Krise zur Kenntnis zu nehmen oder gar theoretische Konsequenzen daraus zu ziehen. Denn begriffen werden sie es doch wohl haben, die qualifizierten, meist wissenschaftlich geschulten Experten, was sich ereignet. Es sind ja dieselben Leute, die über zwei Jahrzehnte durch Glanz und Glorie der freien Marktwirtschaft gerade mit deren Krisenfestigkeit theoretisch begründeten.

Gefunden war, so hieß es damals, das beste aller denkbaren Systeme. Sein Motor: unternehmerische Freiheit, Wettbewerb, freier Welthandel, freie Konvertierbarkeit; seine Steuerung: ein sinnreicher Mechanismus von internationalen wie nationalen Eingriffs- und Ausgleichsmöglichkeiten. Das System garantiere, so hieß es, Wachstum, stabilen Geldwert, Vollbeschäftigung und steigende Realeinkommen. Beseitigt seien alle schlimmen Schwächen des Frühkapitalismus, vor allem „das alte und bisher für unumstößlich gehaltene Gesetz von dem konjunkturzyklischen Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens".

So schrieb Ludwig Erhard 1957 unter der Überschrift „Konjunkturzyklus überwunden", und dies wurde zum neuen Gesetz, scheinbar bestätigt durch eine über Jahre vorzeigbare Realität. Das weithin krisenfeste, stetige, oft stürmische Wachstum der westdeutschen Wirtschaft lieferte, so schien es, eine geradezu unwiderstehliche Rechtfertigung des zeitgenössischen Kapitalismus, in der Bundesrepublik freie Marktwirtschaft genannt.

Heute ist erwiesen, daß auch dieser Merkur sein Magnetfeld hat. Nicht erwiesen etwa durch eine relativ leichte, rasch vorübergehende Rezession, wie es sie selbst während der Glanzjahre gelegentlich gab und über deren Bedeutung sich streiten ließ. (Wer in jenen Jahren Wirtschaftsjournalist war, erinnert sich, daß die Begriffe Krise und sogar Rezession gemieden, statt dessen Worte wie Abkühlung oder Flaute geprägt wurden.)

Nein, erwiesen durch Nullwachstum, durch Inflationsraten, die in jenen Jahren als südamerikanisch gegolten hätten, durch Arbeitslosen- und Kurzarbeiterziffern, die um ein Vielfaches über der Norm jener Zeit liegen. Erwiesen dadurch, daß die Inflation nun schon seit fünf, Produktionseinbrüche und hohe Arbeitslosigkeit seit anderthalb Jahren anhalten, und daß es in allen wichtigen Industrieländern des Westens ähnlich oder schlimmer aussieht. Erwiesen nicht zuletzt dadurch, daß dies in der Bundesrepublik nun schon die zweite schwere Krise innerhalb weniger Jahre ist: 1966/ 1967, man weiß es jetzt, war mehr als eine Panne.

Noch nicht schlüssig erwiesen, aber durch den Ablauf der beiden Rezessionen wahrscheinlich geworden ist, daß die Krisen des marktwirtschaftlichen Systems sich von Mal zu Mal verschärfen.

Das wäre die Bestandsaufnahme, die Feststellung der neuen Fakten, der eine Revision der Marktwirtschafts-Theorie unausweichlich folgen müßte. Aber nichts dergleichen findet statt. Nicht einmal die Fakten werden korrekt registriert.

Ganz überwiegend stellen zum Beispiel die westdeutschen Massenmedien statistische Krisenzahlen nur in jenes verkürzte Bezugssystem, das ihnen die Lieferanten der Zahlen vorgeben: Veränderungen gegenüber dem Vormonat, dem vorhergehenden Quartal, dem Vorjahrsmonat. Gründliche längerfristige Vergleiche, die das wahre Ausmaß, die neue Qualität der Krise zeigen würden, werden so gut wie nie angestellt.

Auch den sekundären Krisenfakten versagen die Medien weitgehend ihre detaillierte Aufmerksamkeit, jenen langfristig nicht wieder zu beseitigenden Schäden im gesellschaftlichen Gefüge, die die Krise täglich anrichtet.

Zum Beispiel: Arbeitslosigkeit, selbst vorübergehende, verstümmelt in zahlreichen Fällen den beruflichen Aufstieg und wirft, dauert sie länger, viele Betroffene gänzlich aus der Bahn. Arbeitslosigkeit von Jugendlichen ist geeignet, deren ganze künftige Existenz negativ zu verändern. Aber wo liest, sieht, hört man's?

Oder: Die Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, die wegen der Krise jetzt und auf Jahre hinaus nicht gebaut werden, die zu tausenden wegen der Krise gestrichenen Kindergärtner-, Sozialarbeiter-, Lehrerstellen, sie bringen buchstäblich ganze

Generationen unwiderruflich um die Chance eines besseren Lebens. Wo liest, sieht, hört man's?

Bei einschneidenden, verändernden Ereignissen sind die Medien sonst mit Reportagen, Analysen, Umfragen, Kommentaren schnell zur Hand. Dem Konkurs der amerikanischen Politik in Indochina zum Beispiel gaben sie über Wochen breitesten Raum, räumten ihm täglich die erste Stelle ein. Die historische Bedeutung des Ereignisses ist unbestreitbar; zu streiten aber ist darüber, ob nicht die Krise, die es gar nicht geben durfte, die das theoretische Fundament von zwei Jahrzehnten westdeutscher Politik wegräumt, die schwere Schäden in der Gesellschaft bewirkt, ob sie nicht mindestens den gleichen Rang hat wie Thieus Ende.

Nicht für die Theoretiker der Marktwirtschaft. Und wie sie die komplette Registrierung der Fakten verweigern, so verweigern sie auch die Revision ihrer Theorie. Wenn sie die Krise schon nicht gänzlich leugnen können, so bleiben sie doch standhaft dabei, daß die Marktwirtschaft damit nichts zu tun hat.

Auf's Wetter ist eben kein Verlaß

Sie haben eine ganze Bildersprache erfunden, mit der sich die Krise als das Werk höherer Gewalt (meist von Naturkräften) darstellen läßt. Da wird „der Boden schwankend", da sind „die vertrauten Wegweiser weggewischt" (FAZ), da gibt es Stürme und düstere Schatten und unwegsames Gelände.

Dann sind da die Hilfstheorien. Jeder weiß mittlerweile, daß Ölscheichs, Gewerkschaften, Beamte an allem Schuld sind. Dem „Spiegel", der bis dahin auch auf der Scheich/Gewerkschafts/Beamten-Theorie gestanden hatte, fiel das bislang Ausgefallenste ein: Schuld ist die Bundesbank, im engeren Sinne ihr Präsident, Herr Klasen (im selben Aufwasch wurden gleich zwei weitere Herren, die ehemaligen Reichsbankpräsidenten Havenstein und Luther, für die verheerende 1923er Inflation und die Wirtschaftskrise der 30er Jahre samt Hitler und den Folgen ein für allemal verantwortlich gemacht).

Hilfreich war auch die Studie „Grenzen des Wachstums" vom Club of Rome, mit der sich ein dem Menschengeschlecht offenbar innewohnender Wachstums-Wahnsinn als Krisenursache ausmachen ließ. Nicht untersucht wurde, welches System seit 200 Jahren den Raubbau an den vorhandenen Ressourcen organisiert und in immer neue Exzesse treibt, schon gar nicht die Frage, wem dieser Raubbau genutzt hat und auf wessen Kosten er ging.

Neben der Weigerung, Krisenfakte korrekt zu registrieren und die notwendig gewordene Überprüfung der Marktwirtschafts-Theorie vorzunehmen, wurden stets Umfang und Bedeutung der Krise zu verschleiern und zu verharmlosen gesucht. Ständig verbreiten die Experten den Eindruck, das Ungemach lasse sich mit westdeutschen Bordmitteln beseitigen und sei schon so gut wie vorüber. Sie zeigen eine bemerkenswerte Unempfindlichkeit gegen die Ohrfeigen, die sie dabei immer wieder einstecken müssen.

Da war etwa die Sache mit der Arbeitslosenzahl von einer Million. Sie werde, hieß es fast einstimmig im Sommer letzten Jahres, mit Sicherheit nicht. erreicht. Im Herbst las und hörte man, die Million werde im Falle eines besonders harten Winters vielleicht für kurze Zeit einmal erreicht. Nun ist sie, bei besonders mildem Winter, drei Monate lang erheblich überschritten worden. Aufs Wetter ist eben kein Verlaß.

Inzwischen aber ist Frühling, und deshalb melden die Experten eine Tendenzwende, auch wenn sie sie mit der Lupe suchen müssen. Viel hergemacht wurde zum Beispiel von einer leichten Steigerung der Auftragseingänge in der westdeutschen Investitionsgüterindustrie, obwohl der Auftrageingang bei der Industrie insgesamt sowohl gegenüber dem unmittelbar vorhergehenden als auch dem entsprechenden Vorjahrszeitraum real weiter gesunken war. Viel hergemacht wurde von Neueinstellungen in der Autoindustrie, obwohl die Eingestellten meist nur befristete Arbeitsverträge bis zu einem halben Jahr erhalten.

Natürlich ist nichts leichter, als jetzt für die nächste Zukunft eine Besserung vorherzusagen. Da gibt es einen nun schon lange zurückgestauten Bedarf unbedingt notwendiger Anschaffungen, besonders Ersatzanschaffungen; da gibt es vom Staat siebeneinhalb Prozent Zuschuß für Investitionen, 60 Prozent Zuschuß für Löhne - auf ein halbes Jahr - bei der Einstellung von Arbeitslosen, und sowas läßt ein richtiger Unternehmer nicht liegen; da gibt es vor allem die fast gesetzmäßigen Expansionstendenzen des Frühjahrs, die sich selbst im vergangenen Krisenjahr vorübergehend zaghaft bemerkbar machten. Wenn nicht einmal mehr all das zusammen einen Auftrieb, wie begrenzt und befristet auch immer, zustande brächte, dann wäre in der Tat die Existenzfrage der Marktwirtschaft gestellt.

Es wird ihn also geben, diesen Auftrieb. Das Faktum der marktwirtschaftlichen Krise schafft er nicht aus der Welt, aber den Experten wird er Gelegenheit verschaffen, wieder von der prinzipiellen Krisenfestigkeit dieses Wirtschaftssystems und von seinen mythischen „Selbstheilungskräften" zu sprechen.

Eins läßt sich mit Sicherheit prophezeien: An das Beispiel der Astronomen werden sie sich auch in Zukunft nicht halten. Nicht sein kann, was nicht sein darf.

Konkret 05/75, S. 13

Jürgen Saupe

Der Fall Narr

SPD-Mitglieder haben verhindert, daß ein Sozialdemokrat in Hannover Professor wurde. Warum der Politologe Wolf Dieter Narr nicht berufen wurde und was Polizeisenator Kurt Neubauer dazu angestellt hat, beschreibt Jürgen Saupe

Die Meldung las sich simpel: „Die Landesregierung von Niedersachsen hat einer Berufung des Berliner Politologen Professor Narr auf den Lehrstuhl für Politik an der TU Hannover nicht zugestimmt."

Hier ist die Geschichte hinter dieser Meldung. Wolf-Dieter Narr, Mitglied der SPD, Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität, Beamter des Landes Berlin, bewirbt sich um die ausgeschriebene Stelle eines Professors an der Juristischen Fakultät der TU Hannover. Die Niedersachsen wollen ihn haben. Sie setzen ihn auf Platz 1 der Berufungsliste, die dem zuständigen niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst, Professor Dr. Joist Grolle (SPD) zugeht.

Zwischenzeitlich hat jedoch die Behörde des Berliner Innensenators Kurt Neubauer (SPD) dem Innenminister von Niedersachsen, Rötger Gross (FDP) „Erkenntnisse" des Verfassungsschutzes (ob auf Anfrage ist nicht bekannt) über Professor Narr mitgeteilt.

Gross schreibt Grolle - am 27. November 1974 und am 3. Januar 1975 - was er aus Berlin erfährt: Fein säuberlich unterschieden zwischen „gerichtsverwertbaren Erkenntnissen" und „Behauptungen". Die Hannoveraner bitten Narr daraufhin zur „Anhörung gemäß Ziff 2.3 des Beschlusses des Nieders. Landesministeriums über die politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (Nds. MBI. S. 970)".

Narr kommt. In Gegenwart einer Protokollantin werden ihm von einem Oberregierungsrat und einem Regierungsrat am 12. Februar „die Verdachtsgründe eröffnet, die sich aus den bekanntgewordenen Tatsachen ergeben".

Der Dialog zwischen Narr und den Kultus-Inquisitoren füllt 14 Blatt Protokoll. Ein rares Dokument, es belegt Behördenschnüffelei, Verdrehungen, Verfälschungen und Verleumdungen durch die Ausbreitung der behördlichen „Erkenntnisse", mit denen Neubauer seinen SPD-Genossen Narr in Hannover denunziert. Es ist aber auch ein enthüllendes Dokument über heimliche Praktiken und offenkundige Fehlleistungen der Verfassungsschützer. Hier ein kurzer Auszug der „Verdachtsgründe", die Narr „eröffnet" und anschließend auch noch schriftlich gegeben wurden:

Narr sei „Mitglied und Funktionär des Landeskuratoriums ‚Notstand der Demokratie` in Baden-Württemberg" gewesen, habe „Verbindung zur DFU und zur Ostermarsch-Bewegung" unterhalten, eine SDS-Zeitung und die Zeitung „links" mit herausgegeben. „Hieraus könnte der Schluß gezogen werden, daß er für Organisationen tätig ist, deren Ziele durch Kommunisten beeinflußt werden sowie von revolutionären, eine Umgestaltung der Gesellschaft in der Bundesrepublik anstrebenden Extremisten bestimmt werden."

Narr berichtigt: Er war kein Funktionär von „Notstand der Demokratie", hatte keine formellen Kontakte zu DFU und Ostermarschbewegung und gab keine SDS-Zeitung heraus, weil er auch nie SDS-Mitglied war.

„Erkenntnisse" der beamteten Schnüffler sind weiter Veröffentlichungen in den „Hochschulpolitischen Informationen" des Bundes Freiheit der Wissenschaft über Narr, sind von Narr mitunterzeichnete Flugblätter, in denen zu einer Vietnam-Demonstration in Berlin aufgerufen wird, ist eine in der „Roten Fahne" nachgedruckte, von Narr mit anderen verfaßte Resolution gegen ein Verbot des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV), ist eine Beschlußvorlage für eine Fachbereichsvollversammlung, die Narr als Fachbereichsvorsitzender unterzeichnet hat, ist ein von Narr mitveröffentlichter Aufruf, eine Veranstaltung über das Thema „Gibt es in Westberlin Isolierhaft?" durchzuführen (nachdem die Berliner Presse von einer solchen Möglichkeit berichtet hatte), ist schließlich ein „Raubdruck" (Narr) seines Aufsatzes „Allmacht der Bürokratie und Ohnmacht der Linken" in einer linken Korrespondenz.

Schließlich wird Narr noch um eine Stellungnahme zu „Behauptungen" gebeten, die aus Berlin kämen. Sie lauten: Narr habe eindeutig Stellung genommen für linksradikale Studenten, die eine Lehrveranstaltung abbrachen; er habe Kontakte zur von der sogenannten KPD gesteuerten „Roten Hilfe"; er habe sich für eine vom Berufsverbot betroffene Kollegin eingesetzt; er habe auf einer Liste der „Demokratischen Hochschule" kandidiert. Narr dementiert, berichtigt, stellt in den richtigen Zusammenhang.

Grolle scheint es zufrieden. Er schlägt Narr dem Kabinett in Hannover vor. Die Regierung des Sozialdemokraten Kubel aber lehnt ihn ab. Und Grolle schreibt am 6. März 1975 an Narr: „Ich muß Ihnen zu meinem Bedauern mitteilen, daß das Kabinett sich nicht in der Lage gesehen hat, meinem Vorschlag zu folgen. Bestimmend für diese Entscheidung war nicht irgendein Zweifel an Ihrer Eignung und hervorragenden Qualifikation für den zu besetzenden Lehrstuhl, vielmehr war ausschlaggebend das Interesse des Kabinetts an einer möglichst ausgewogenen Gesamtzusammensetzung der Juristischen Fakultät."

Dem im Kabinett Kubel offenbar überstimmten Grolle gebührt das Verdienst, aktenkundig gemacht zu haben, was man aus dem Radikalen-Erlaß politisch alles machen kann, wenn man es nur richtig anstellt.

Und es wird offenkundig, was man innerhalb unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung alles nicht mehr darf, falls man im öffentlichen Dienst steht. Man darf keine Protestresolutionen unterschreiben; man darf nicht gegen Verfassungsänderungen wie die Notstandsgesetze opponieren; man darf nicht die Frage nach der Isolierhaft stellen; man darf sich nicht für Kollegen einsetzen; man darf als Hochschullehrer keine Vermittlungsversuche in dienstlichen Streitfragen unternehmen; man darf sich nicht für die Grundrechte Dritter einsetzen, zumal wenn diese auch noch Kommunisten sein können. Kurz, man muß die Klappe halten und nur dann „Jawohl, Herr Vorsitzender!" sagen, wenn man ausdrücklich gefragt wird. Dann verhält man sich ausgewogen und paßt in jede Fakultät. So stellt man sich in Niedersachsen die Freiheit der Wissenschaft vor.

Narr hat den Denunzianten Neubauer aufgefordert, „widerlegbare Tatsachenbehauptungen umgehend zurückzunehmen und diese Zurücknahme auch dem Innenministerium Niedersachsen und dem Kultusministerium in Niedersachsen kundzutun". Neubauers Senatsdirektor hält das nicht für nötig. In einem Brief an Narr unterscheidet er fein zwischen von seiner Behörde verbreiteten Erkenntnissen und Tatsachenbehauptungen bzw. sogenannten Als-ob-Tatsachen. Und dann fügt der Staatsdiener an: „Hinsichtlich der aus den Ihnen gegenüber mitgeteilten Erkenntnissen zu ziehenden Schlußfolgerungen steht mir eine wertende Stellungnahme nicht zu."

Das heißt im Klartext: Behörden können jegliche Absonderung, wenn sie sie nur als „Erkenntnisse" einstufen, über Bürger beliebig verbreiten. Das ist dann nie eine Verleumdung, eine üble Nachrede, eine Verdächtigung, eine Verdächtlichmachung, ein Ruinieren der Existenz. Das ist auch keine Fälschung, keine Verdrehung, keine Lüge und keine Infamie. Erkenntnis ist, was immer ein Beamter erkennt.

Und der Bürger erkennt, wie hilflos er gegen diese Machenschaften ist. Das wird FU-Präsident Kreibich noch erkennen, wenn er die Öffentlichkeit über den Fall Narr, der wohl eher ein Fall Kubel und ein Fall Neubauer ist, unterrichten will. Das wird Narr erkennen, wenn er -wie er es Grolle geschrieben hat - beim Verwaltungsgericht in Hannover klagt.

Und so bleibt einem die Erkenntnis, daß irgendein beamteter Schnüffler auch aus diesem Beitrag „Erkenntnisse" gewinnt und irgendwo in ein Dossier packt. Und - ohne eine wertende Stellungnahme natürlich - bleibt die einst in der Hitler-Zeit getroffene Erkenntnis auch heute noch gültig: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant."

Von den SPD-Politikern Kubel und Neubauer liegen keine näheren Erkenntnisse vor.

Konkret 05/75, S. 15

Winfried Thomsen

Da lacht die Nato

Otto Waalkes ist die humoristische Entdeckung des letzten Jahres. Winfried Thomsen führt den Afterkalauer auf seine Ursprünge zurück

Wehrmachts-Funker und Zivil-Schauspieler Werner Finck, so erzählt der Altkabarettist in seinem Programm „Der brave Soldat schweigt", wurde vom Spieß zur Bescherung abkommandiert: „Sie machen den Weihnachtsmann."

Drei Jahre nach Wehrmachts-Ende wurde der Truppenbetreuung ein neuer Weihnachtsmann geboren. Ihn befahl „Die Stimme seines Herrn" (so der Titel) zur moralischen Aufrüstung an die Heimatfront. Vom Schicksal zum „Blödelgenie" („Hamburger Morgenpost") erkoren, machte er eine Karriere, deren auf seine Platten vermixte Stationen hier rekonstruiert werden sollen.

Schon in der Schule scheint er mit dem Training begonnen und sich rasch zum Lümmel auf der ersten Bank entwickelt zu haben. Da er klein und dürr geraten war, seine Stimme „dünn und leise, das Gitarrenspiel durchschnittlich, seine Gestik fahrig und nervös" („Stern"), ihn also vieles vom Starformat trennte, profilierte er sich als Antityp und machte wohl schon damals als Suppenkasper auf sich aufmerksam. Es gilt als sicher, daß er wie kein anderer die Lehrer imitierte und auch das Geräusch eines Dackels perfekt beherrschte, so daß er es zum unbestrittenen Klassenclown bringen konnte.

So vorbelastet, wurde er eingezogen. Auf der Hochschule der Nation studierte er die Kunst des Uhurufes und lernte noch besser zu bellen, zu wiehern, zu pfeifen, schnalzen und klappern. Bald beherrschte er auch die Stimmlage der Firma Hoch-Tief, konnte ein paar Akkorde greifen und auch englisch, was für die Verbreitung des freien Westhumors im Rahmen der NATO unerläßlich ist. Mit dreistündigem Gekläff gelang es ihm auf seinem ersten Kompanieabend, die müden Kameraden dem Alltag zu entrücken. Und sie waren zu Tränen erheitert, als er mit „El Condom basta" die Abschaffung der Verhütungsmittel forderte (für die im Kasernenbereich ohnehin keine Verwendung bestand) und den Kompaniechef mit dem antiautoritären Scherz anging, man müsse ihn einfach gernehaben, „sonst schmeißt er einen raus".

Der Ruf solcher Frechheit eilte ihm voraus bis zur Panzerabwehr, wohin er versetzt wurde, um das Brechen von Tabus zu üben. Mit Erfolg schoß er „Das Gebet" und „Die Pille" (von 3,5 Tonnen vor der Schlafzimmertür katholischer Mädchen) auf so tote Witzobjekte wie den Papst ab, dem er - im Scherz, versteht sich - ein Doppelbett unterschob. Mit dieser Leichenfledderei wiederum zog er Gelächter und Bewunderung aus der angelernten Gottesfurcht seiner Ausbilder, die ihn prompt zur Ausschlachtung der Witzseiten ihrer Leibblätter abkommandierten.

Dabei kam er bald zu der Erkenntnis, daß Witze, bei denen der vortragende Künstler immer den Spott, die anderen den Schaden haben, stets ihr dankbares Publikum finden. Schon als er beim nächsten Bataillonsabend die heitere Kriegsmeldung vortrug: „Es ist eine Atombombe auf Bayern gefallen, 65 Mark Sachschaden" - da sagte ein zufällig anwesender Schallplatten-General „Selten so jelacht".

Hier lernte er Parodie: eine Kunstform, bei der etwa Klischees der Unterhaltung auf den Arm genommen, aber nicht faltengelassen werden. Man nutzt die Methode, indem man sich über sie lustig macht - sich aber immer auf „Parodie" herausreden kann. Bald konnte er die Beatles, Udo Jürgens und Gilben Bécaud so gut nachäffen, daß selbst Offizierschargen der Pop-Army ihren vermeintlichen Humor wiederfanden - besonders, wenn er auch noch die Gruppe „Deep Popel", Herrn „Iwan Reblaus" und Gnä' Frau „Anneliese Rothenbaumchaussee" ansagte. Schon mauserte er sich, vorübergehend bei der Artillerie, zur Stimmungskanone: die zur individuellen Leistung erzogenen Fähnriche der Marktwirtschaft animierte er zum Mitsingen der Refrains (wie „Schubiduba" und „Schwabbeldiwau"), was ihrem Niveau entgegenkam und ihre Formierung zum Sanges-Korps förderte.

„Darauf einen Unterleib", dachte unser Flachmann und wurde Sanitätsgefreiter. Fortan galt ihm auch die Vokabel „Scheiße" als Gag, reduzierte er seine Pointen auf den Po. Mit „Wie ich dir, Sodomie", Bemerkungen über den Mittelstürmer, der „von hinten gedeckt wird (huch)" und anderen analen Phrasen begann diese banale Phase notdürftiger Afterkalauer. Es folgten Aufrufe zur Sauberkeit: die Geschichten vom Waschmittelvertreter und dessen Schwierigkeiten mit weiblichen „undertrousers" sowie von der ansteckenden Mary („Jeder hat es, nur ich nicht"). Schließlich schreckte er nicht davor zurück, aus Wolf Biermann einen „Bierhahn" zu machen. Unser Held erreichte den Gipfel des Kasinohumors.

Seither trat er nur noch in Obristen-Separées auf, vorwiegend bei den Herrenreitern der Kavallerie. Mit schlüpfriger Zweideutigkeit hatte er nunmehr Erfolg auf Erfolg, wie er in der Regel - und da war unser Don Qui-Zote keine Ausnahme -

nur auf dem Boden der Verhältnisse und seinen Vorurteilen gedeiht. Regelbeispiel: Die Dame mit der „Times" lehnt ein anzügliches Angebot mit der Begründung ab: „No, I habe my times." Da lacht die atlantische Allianz.

Er bemächtigte sich mit Appellen an die Kastrationsängste seiner Hörer (Schilderung der Entstehung eines Eunuchen, Bécaud-Parodie „L'impotence in der Hose") auch der Sonthofener Sexual-Strategie, um dann Potenz aufzubürsten: Jane hängt an Tarzans Liane, an des Wolfs Liane zieht Rotkäppchen ihn aus dem Sumpf, und der Bulle will eine komplette Kuhherde vernaschen. Das nennt man Spaßvögeln, das Selbstbewußtsein steht wieder stramm.

Der Kasinounterhalter erfreut seine Voyeure jetzt mit Andeutungen, mit Fucksimiles: Grunzen und Bellen vereinigte er zum „Schweinehund". In seinen Geschichten breiten sich in hinreichender Zahl Objekte aus, manchmal werden sie mit Drillingen bestückt, aber auch Abgänge sind zu beklagen: „Gestorben war sie mit 17 Jahr, just als sie zu gebrauchen war."

Und nach solchen Höhepunkten auf Gebrauchsgegenständen ließ er gern noch eine Humor-Rakete ab: „Steh jetzt auf und mach' Kaffee, oder kannst du das auch nicht?" Die Herren im Kasino johlten vor Fröhlichkeit (gewiß weil sie selbst weder das eine noch das andere können). 1m Gelächter sind sich die Verklemmten dieser Erde einig und die Moral der Frustraten im Kampf wider jede Aufklärung ist gestärkt.

Die Entdeckung des Witzes als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln war seine vorerst letzte. Seine Masche ritt er weiter, und mit ihm andere Geister. Von „Satire-Profis" („Spiegel") ließ er sich diesen Reim machen, den das Nachrichtendienst-Magazin offenbar als Lösung aller Probleme für zitierfähig hielt: „Lieber Hergott, schenke doch / der Mireille Matthieu ein Loch, / laß sie reinfall'n und mach zu, / dann herrscht auf der Erde Ruh'."

Er selbst hatte sich schon längst ein tiefes Loch gegraben, um den im Untergrund seines Publikums (dem es zwar an Lust, nicht aber an Freud mangelt) verborgenen Schatz zu heben. Die Ausbeutung lohnte sich, wenngleich er beim Graben wohl auch ins Schwitzen geraten ist und in „Bild" eingestand: „Ich protestiere gegen alles - vor allem gegen Unterarmnässe."

„Bild" - das Zentralorgan der inneren Truppenbetreuung - beantwortet auch die letzte Frage: „Kennen Sie den komischsten Umsatzmillionär Deutschlands? Es ist ein Bilderbuch-Ostfriese: blond, blöd, blauäugig und HSV-Fan. Sein Name: Otto."

Konkret 05/75, S. 16

Erich Wulff

Völkermord, letzter Teil

Erst ein Volk verstümmeln, ermorden, verbrennen und sich dann die wehrlosen Überbleibsel in väterlicher Pose an die Brust drücken - selten zeigte sich die Unmenschlichkeit des US-Krieges gegen Vietnam so drastisch. Erich Wulf, der jahrelang als Arzt in Vietnam war, analysiert die Lügen der US-Propaganda

In Südvietnam haben die Befreiungsstreitkräfte den größten Teil des Landes besetzt. Nur noch Saigon und die Städte des Mekong-Deltas werden von der Thieu-Regierung kontrolliert. Aber auch viele Dörfer dieses Gebietes - des ehemaligen französischen Lochin-Chinas -sind schon seit Jahren im Macht- und Verwaltungsbereich der provisorischen revolutionären Regierung der Republik Südvietnam oder gelten als umkämpfte Zonen.

Die westliche Berichterstattung - vor allem in der Bundesrepublik - versucht diese Entwicklung als ein weiteres Beispiel kommunistischer Aggressivität und Vertragsbrüchigkeit hinzustellen: eine Lüge, die ihr von der Saigoner und US-Propaganda mundfertig geliefert worden ist. Wie gefährlich es im Südvietnam Thieu's selber ist, diese Lüge zu entlarven, zeigt die Ermordung des ASP-Korrespondenten Paul Leandri durch Thieu's Polizei. Leandri hatte berichtet, daß in der Provinz Ban-Me-Thuot (der ersten, die im Verlauf der jetzigen Offensive des „Vietcong" befreit werden konnte) es die dortigen Bergbewohner des Rhadee-Stammes selber waren, die die Thieu-Truppen aus der Stadt und der Provinz vertrieben - und keine nordvietnamesischen Invasoren.

Wie ist es zur Offensive der Befreiungsstreitkräfte gekommen? Zwei Jahre lang war das „Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam", das am 27. 1. 1973 in Paris offiziell von den Vereinigten Staaten von Amerika in Übereinstimmung mit ihren Saigoner Verbündeten und der Demokratischen Republik Vietnam in Übereinstimmung mit der provisorischen revolutionären Regierung der Republik Südvietnam unterzeichnet worden war, von Thieu und den USA ununterbrochen verletzt worden. Dies gilt sowohl für seine militärischen Klauseln als auch für seine politischen Bestimmungen.

Politisch weigerte sich Thieu den in Artikel 12 vorgeschriebenen Rat der Nationalen Versöhnung und Eintracht zu institutionalisieren, in dem Angehörige der provisorischen revolutionären Regierung der Republik Südvietnam, des Saigoner Regimes sowie einer dritten, neutralen Kraft, als oberstes Verwaltungsgremium die Aufgabe haben sollten, ein politisches Klima herzustellen, das freie Wahlen möglich machte. Dazu gehörte die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Wiederherstellung der Freizügigkeit der Bewohner des Landes sowie das Recht auf ungehinderte politische Betätigung. Die 90-Tage-Frist, die im Pariser Abkommen für die Bildung des nationalen Rates gesetzt war, konnte nicht eingehalten werden, weil Thieu sich der Bildung dieses Gremiums hartnäckig widersetzte. Auch eine Verlängerung der Frist brachte ihn nicht zum Einlenken. Statt dessen forderte er sofortige freie Wahlen in eigener Regie - unter den gegebenen Verhältnissen in Südvietnam mit 200 000 politischen Gefangenen, ungesetzlichen Verhaftungen und Einkerkerungen, Verbot der Rückkehr der ausgebombten Landbevölkerung in ihre Dörfer, Unmöglichkeit jeder oppositionellen politischen Betätigung. Solche Wahlen wären eine ebensolche Farce geworden wie Thieu's letzte Präsidentschaftswahlen, bei denen er über 90 Prozent der Stimmen auf sich vereinigte.

Durchaus im Einklang mit der Weigerung Thieus, die politischen Bestimmungen des Pariser Abkommens zu erfüllen, steht die Politik des Terrors gegen alle politischen Gegner, insbesondere gegen die oppositionellen Buddhisten und Katholiken, eine Terror-Politik, die sich seit dem Abschluß des Pariser Abkommens noch erheblich intensiviert hat. Pater Ngnyen Dinh Thein, in Paris lebender katholischer Vertreter der Opposition gegen Thieu, sprach sogar davon, das Saigoner Regime wolle durch physische Vernichtung möglichst viele Angehörige der Dritten Kraft die Verwirklichung des Rates der nationalen Versöhnung und Eintracht unmöglich machen.

Militärisch hat die Saigoner Verwaltung vom ersten Tage des Pariser Abkommens an versucht, ihr in den vorhergegangenen Kämpfen verlorengegangenes Gebiet unter Bruch der Waffenstillstandsvereinigungen zurückzuerobern. Diese Tatsache konnte auch in der westlichen Presse nicht völlig übergangen werden. Die „Süddeutsche Zeitung", die „International Herold Tribune", „Le Monde" und andere Publikationsorgane berichteten darüber, gelegentlich auch das Fernsehen. Besonders bekannt geworden ist die gewaltsame Eroberung des Hafens Sa Huynh in der Provinz Quang Ngai durch eine Saigoner Division in den ersten Wochen nach dem Waffenstillstand, aber auch viele andere Eroberungsversuche der Thieu-Truppen vor allem im Mekong-Delta gehören zur Tagesordnung. So schreibt Adalbert Weinslein, sicher kein Freund des Vietcong, in der „FAZ" vom 3. 4. 1975: „Er (Thieu) hat die Roten überall angegriffen: militärisch, politisch, *psychologisch.*

Thieu hat die Pariser Abkommen als Fetzen Papier behandelt."

Diese Aktionen des Thieu-Regimes wurden durch Lieferungen modernster Waffen (Düsenjäger, Bomber, Artillerie, Munition) durch die USA möglich. So lagen die militärischen Hilfslieferungen der Vereinigten Staaten für das Vietnam Thieu's sowie das Kambodscha Lon Nols seit dem Pariser Abkommen nach Quellen der CIA immer noch mehr als doppelt so hoch wie die Hilfslieferungen, die die provisorische revolutionäre Regierung, die Demokratische Republik Vietnam sowie die Grunk Kambodschas von ihren Verbündeten, den sozialistischen Ländern erhielten. 20 000 Militärberater blieben - vertragswidrig als Zivilisten getarnt - im Lande.

Über zwei Jahre lang hat die provisorische revolutionäre Republik Südvietnam die Vereinigten Staaten und Saigon gemahnt, das Pariser Abkommen einzuhalten. Erst als dies nicht fruchtete, als für alle erkennbar wurde, daß Thieu seine Vertragsbrüche unter allen Umständen fortsetzen wollte, mußte sie von ihrer Politik abgehen, die von ihr verwalteten Gebiete ausschließlich zu verteidigen. So kam es zunächst zu begrenzten militärischen Aktionen: wie zur Einnahme der Provinzhauptstadt Phouc Binh im Januar dieses Jahres, um Thieu und seinen amerikanischen Gönnern ein Alarmzeichen zu geben. Auch dieses brachte Thieu nicht zum Einlenken. Danach war die Bevölkerung Südvietnams nicht mehr bereit, stillzuhalten und sich von den Saigoner Söldnertruppen töten oder vertreiben zu lassen. So blieb der provisorischen revolutionären Regierung kein anderer Weg mehr übrig, als selber offensiv zu werden. Wie Madame Nguyen Thi Binh, die Außenministerin der provisorischen revolutionären Regierung, bekanntgab, geht es ihrer Regierung nicht um einen militärischen Sieg, sondern nur darum, daß sich in Saigon -unter dem Druck der militärischen Ereignisse - eine Regierung bildet, die bereit ist, endlich in ernsthafte Verhandlungen zur Verwirklichung des Pariser Abkommens einzutreten.

Wo schon die militärischen Niederlagen des Saigoner Regimes nicht mehr verheimlicht werden können, versuchen US- und Saigoner Propagandisten wenigstens aus dem Elend der Menschen, die in die Kriegslawine geraten, Kapital zu schlagen. Es wurden Zahlen von Millionen Menschen genannt, die angeblich vor den Kommunisten und ihren Greueltaten flüchten, die - so das „Wall-Street-Journal" - „mit ihren Füßen" wählen, und es wurden viele andere abgestandene Schlagworte des kalten Krieges verbreitet.

Auch hier sieht die Wahrheit ganz anders aus. Einige Zeitungen haben sie wenigstens angedeutet, so Werner Holzer in der „Frankfurter Rundschau", so mehrfach die Süddeutsche Zeitung, so auch Gert von Patczensky (Radio Bremen) in seinem Fernsehkommentar der ARD vom z. April dieses Jahres: Die meisten der unglücklichen Menschen Südvietnams flüchten nicht vor den Kommunisten. Sie verlassen ihre Heimatorte aus folgenden Gründen: erstens wissen sie genau, daß die Thieu-Luftwaffe alle aufgegebenen Gebiete in verbrannte Erde zu verwandeln sucht. Dies ist keine leere Drohung, denn durch US-Hilfe ist die Thieu-Luftwaffe zur viertstärksten der Welt geworden: nach den USA, der UdSSR und Großbritannien. Zweitens wurden viele Bewohner der aufgegebenen Städte und Dörfer von Saigoner Regierungstruppen mit Gewalt gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Auch darüber hatte Paul Leandri berichtet - und über den Widerstand den die Bevölkerung den Saigoner Evakuierungskommandos entgegenbrachte.

Ursprünglich hatte die Thieu-Regierung nach dem Verlust von Ban-me-thuot nur zwei dünnbesiedelte Hochlandprovinzen - Pleiben und Kontum - räumen und dabei die weitgehend zwangsweise Evakuierung der Bevölkerung publikums- und fernsehwirksam als Flucht vor den Kommunisten ausgeben wollen. Damit sollte wohl der amerikanische Kongreß bewegt werden, Präsident Fords Ersuchen nach mehr Militärhilfe für Thieu nachzukommen. Als die Begrenzung des Rückzuges auf diese wenigen Provinzen nicht gelang, versuchte die Saigoner Regierung auch die übrigen Landstriche, die sie aus strategischen Gründen räumen mußte, menschenleer zurückzulassen. Die Bewohner unter ihre Kontrolle zu bringen, hatte vor allem den Sinn, ihnen bei künftigen Wahlen, die auf Druck der US-Regierung von Zeit zu Zeit stattfinden mußten, besser Stimmen abpressen zu können. Schließlich sollten diese Menschen auch daran gehindert werden, den Befreiungskämpfern zu helfen.

Als dann die Räumung zur allgemeinen Panik entartete, die auch Thieu's Elitetruppen mit einbezog, wurden die Flüchtlinge für diese zudem ein bequemes Bereicherungsobjekt. Tausende und aber Tausende wurden von bewaffneten Soldaten ihrer letzten Habe, vor allem ihres letzten Geldes beraubt. Und schließlich hoffte die Thieu-Soldateska, ihre eigene Flucht durch Tausende von Zwangsevakuierten auf den Straßen zugleich decken und verschleiern zu können.

Viele der Flüchtlinge haben in Rundfunk- und Fernsehinterviews angegeben, daß sie gewaltsam zur Aufgabe ihrer Habe und ihrer Heimat gezwungen worden sind. Dies ist im übrigen nichts Neues. Während der ganzen Jahre des amerikanischen Krieges in Vietnam wurden gewaltsame Evakuierungen als spontane Fluchtbewegung der Bevölkerung vor den Kommunisten ausgegeben. Gleichzeitig bürgerte sich aber bei amerikanischen Dienststellen der enthüllende Begriff der „Flüchtlingsproduktion" ein, der besagte, daß man mit Bombenangriffen und Zwangsevakuierungen die Bevölkerung zwingen müsse, die umkämpften Gebiete zu räumen und sich in der Nähe der US-Basen niederzulassen.

Täglich kann man aus Fernsehsendungen und Zeitungsveröffentlichungen entnehmen, daß die verschiedensten karitativen Organisationen, aber auch die Bundesregierung, große Geldmengen zur „humanitären Hilfe" für Südvietnam aufbringen. Charterflugzeuge gehen nach Saigon, Millionenbeträge der Bundesregierung werden zur Verfügung gestellt. Auch Schiffe sind zur Evakuierung der „Flüchtlinge" gechartert worden. Da es sich zum großen Teil um Zwangsevakuierte handelt, würde die Bundesrepublik sich zum Komplizen von Gefangenen-Transporten machen - ein Verdacht, der sich durch die Meldung des „Deutschlandfunks" vom 3. 4. 75 noch erhärtet, die „Flüchtlinge" sollten auf die Inseln Con Son und Phu Quoc gebracht werden, beides Gefangenen-Inseln, von denen Con Son durch seine berüchtigten „Tigerkäfige" einen traurigen Weltruhm erlangt hat.

Zudem muß daran erinnert werden, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen die Verwendung der gespendeten Mittel durch deutsche Stellen kaum mehr kontrolliert werden kann. Dies bedeutet, daß sie zum größten Teil den Funktionären des Saigoner Regimes zur Verteilung überlassen werden müssen. Dessen Korruptheit braucht - besonders nach den Pressemeldungen und Fernsehaufnahmen der letzten Wochen - nicht mehr unter Beweis gestellt zu werden. Von den Millionensummen der Bundesregierung, der „Caritas", von „Misereor" und „Brot für die Welt" wird nur ein winziger Teil die Betroffenen, die Flüchtlinge erreichen. Der weitaus größte Anteil davon wird in die Taschen der Saigoner Beamten und Offiziere fließen.

Überdies hat die schnelle Eroberung der Küstenprovinzen zur Folge gehabt, daß der größte Teil der Menschen, die ihre Heimatorte verlassen mußten, von den Truppen der revolutionären Regierung der Republik Südvietnam eingeholt worden sind. Sie müssen bis zu ihrer Rückkehr nach Hause und bis sie die Möglichkeit haben, sich durch Arbeit selbst ernähren zu können, durch die Armee und die Behörden der revolutionären Regierung ernährt und versorgt werden. Diese hat deshalb nationale und internationale Organisationen ersucht, ihr bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems zu helfen. Die einzige Hilfsorganisation in der Bundesrepublik, durch die dem größten Teil der Flüchtlinge - denjenigen im Machtbereich der provisorischen revolutionären Regierung - geholfen werden kann ist aber die „Hilfsaktion Vietnam" e. V., 4 Düsseldorf, Bilkerstr. 35. Die , Hilfsaktion Vietnam" hat bereits in großem Ausmaß humanitäre Hilfe für die Opfer des Krieges in der demokratischen Republik Vietnam als auch in den befreiten Gebieten Südvietnams geleistet. Spenden, die ihr zufließen, erreichen ihren Empfänger mit Bestimmtheit. Ich fordere deshalb zu großzügigen Spendenaktionen für die Hilfsaktion Vietnam, Konto: Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Nr. 1 016 250 300 sowie Postscheckkonto Essen 90 040 430, auf. Und ich frage mich, weshalb weder das Fernsehen noch die Zeitungen diese Konten bisher genannt haben, wenn es ihnen wirklich um Linderung der Not der Flüchtlinge geht -und nicht bloß um antikommunistische Propaganda und verschleierte Unterstützung des Thieu-Regimes.

Konkret 05/75, S. 19

Ulrich Happel

200 x Nagasaki

Mit gewaltlosem Widerstand stemmen sich die Bürger vom Oberrhein

gegen den Bau des Kernkraftwerks in Wyhl. Daß aber der dort geplante

Reaktor noch vergleichsweise harmlos ist, und was danach kommen

soll, beschreibt Ulrich Happel

Im südbadischen Wyhl am Oberrhein blockieren Bürger den Baubeginn eines Atomkraftwerks. Seit Wochen halten sie das Baugelände Tag und Nacht besetzt. Die spektakuläre Aktion im Südwesten erregt bundesweites Interesse. Einige hundert Kilometer stromabwärts aber -nahe der kleinen Stadt Kalkar und unweit der holländischen Grenze - werkeln unterdessen Bauarbeiter und Ingenieure ungestört und von der Öffentlichkeit kaum beachtet an dem ersten deutschen Prototyp der nächsten Atomofengeneration. Sein Name: Schneller Brüter.

Nicht wenige Wissenschaftler sind davon überzeugt, daß der Schnelle Brüter, dessen Name an die friedliche Vogelwelt erinnert, mehr Arger ausbrüten wird als elektrischen Strom. In einem amerikanischen Gerichtsurteil wird er als „einzigartige und beispiellose Gefährdung der menschlichen Umwelt für hunderte von Jahren" bezeichnet.

Die Propaganda der Energie-Konzerne feiert den Schnellen Brüter hingegen als rettenden Ausweg aus der angeblich drohenden Energieverknappung. Und in der Tat: auf den ersten Blick grenzt das, was so ein Schneller Brüter vollbringt, ans Wunderbare.

Anders als ein herkömmliches Atomkraftwerk erzeugt dieser „Goldesel der Atomphysik" nämlich nicht nur Energie, sondern außerdem noch atomaren Brennstoff. Und zwar mehr, als er selbst zur Stromerzeugung verbraucht. Wie ein Ofen, in dem man einen Zentner Kohle verheizt und der außer Wärme zusätzlich noch mehr als einen Zentner Kohle liefert. Vorausgesetzt er funktioniert ohne Pannen. Wenn nicht, dann - aber darüber später.

Wie arbeitet dieser wundersame Atommeiler und warum heißt er Schneller Brüter? In einem normalen Atomkraftwerk wird Wärme, also Energie durch die Spaltung von Uran-Atomen erzeugt. Uran besteht aus 2 verschieden schweren Atomen, aus Uran-235 und Uran-238. Diese verschieden schweren Atome eines Elements nennt man Isotope. Spaltbar und damit für die Energiegewinnung wie für den Bombenbau gleich gut geeignet ist allein das leichtere Uran-235. Sein Anteil am Natururan beträgt jedoch nur 0,7 Prozent. Die übrigen 99,3 Prozent sind nichtspaltbares Uran-238. Wegen seines geringen Gehalts an spaltbarem Uran-235 ist Natur-Uran für den Betrieb normaler Atomkraftwerke ungeeignet.

Man erhöht deshalb durch künstliche Anreicherung den Uran-235-Anteil von 0,7 auf 3 Prozent. Das ist ein enorm teueres Verfahren.

Während nun im Reaktor das Uran-235 gespalten wird, verwandelt sich ein Teil des unspaltbaren Urans-238 in ein neues Element, das es in der Natur nicht gibt. Es heißt Plutonium-239. Das giftigste Element mit dem der Mensch je umgegangen ist. Weil es wie Uran-235 spaltbar ist, kann man daraus nicht nur ebenfalls Atombomben bauen - was übrigens mit Plutonium-239 sehr viel leichter geht als mit Uran-235 -, sondern man kann es auch als atomaren Brennstoff verwenden. Zusammen mit dem sonst wertlosen, weil unspaltbarem Uran-238.

Und genau das geschieht im „Schnellen Brüter". Er erzeugt also im Gegensatz zu einem konventionellen Atomkraftwerk Energie nicht aus spaltbarem Uran, sondern aus spaltbarem Plutonium. Bei der Plutonium-Spaltung wandelt sich durch sogenannte „Schnelle Neutronen" ein Teil des miteingesetzten Abfall-Urans in neues spaltbares Plutonium um. Nach einer bestimmten Betriebsdauer hat der Schnelle Brüter mehr spaltbares Plutonium „erbrütet" als man zuvor in ihn hineingegeben hat. Er wird praktisch mit dem gefüttert, was die konventionellen Atomkraftwerke als „Abfall" übrig lassen: Spaltbares Plutonium und unspaltbares Uran.

Auf diese Weise wird das Natur-Uran, das ja zu 99,3 Prozent nicht spaltbar ist, etwa 40mal besser ausgenutzt als in gewöhnlichen Atomöfen. Mit diesem Effekt machen die Propagandisten des „Schnellen Brüters" Reklame. Sie malen das

düstere Bild einer absehbaren Uranverknappung an die Wand. Auch SPD-Forschungsminister Hans Matthöfer spricht von einer Schonung der vorhandenen Uran-Reserven.

Aber droht uns wirklich eine Uranknappheit? Der britische Atomphysiker Prof. Philip B. Smith, der an der holländischen Universität Groningen lehrt, sagt dazu: „Daß Uran knapp werden könnte, ist ganz einfach falsch. Die Uranmengen, die sich zum Beispiel im Meerwasser befinden, reichen völlig aus und könnten zu ziemlich geringen Kosten gewonnen werden."

Sicher ist: Die Kosten einer Urangewinnung aus dem Meerwasser liegen heute noch weit über denen der herkömmlichen Urangewinnung. Entscheidend aber ist der Umstand, daß man auch das Meeres-Uran, wie das heute im Tagebau gewonnene Natur-Uran, auf 3 Prozent anreichern müßte, um es in normalen Atomkraftwerken verwenden zu können. Diese Anreicherung zu sogenanntem Kernbrennstoff ist sehr teuer und allein darum geht es beim Bau des „Schnellen Brüters". Die Industrie hofft, daß der „Schnelle Brüter", der kein teuer angereichertes Uran braucht, sondern das gefährliche Plutonium -das sowieso bei konventionellen Atomkraftwerken abfällt-, die hohen Brennstoffkosten senkt.

Dafür gehen die Verantwortlichen freilich ein Risiko ein, das mit dem herkömmlicher Atomkraftwerke nicht zu vergleichen ist. Fast eintausend Kilo Plutonium wird der Kern des Schnellen Brüters in Kalkar enthalten. Und dabei handelt es sich nur um einen kleinen Prototyp in der Größenordnung von 300-Mega-Watt. Die geplanten kommerziellen Großbrüter sollen sogar zwei- bis dreitausend Kilogramm des todbringenden Elements in sich bergen. Ein Vergleich: „Fat Man", die Plutonium-Bombe, die die japanische Stadt Nagasaki zerstörte, enthielt 5 Kilogramm.

Natürlich sind die plutoniumhaltigen Brennstäbe im Reaktorkern so angeordnet, daß sich keine „kritische Masse" bilden kann, daß keine unkontrollierte Kettenreaktion eintreten kann. Was aber wenn das Kühlsystem versagt und die Notkühlung nicht sofort funktioniert?

Der renommierte amerikanische Atomphysiker Professor Edward Teller, bekannt als der Vater der Wasserstoff-Bombe, fürchtet, das tonnenweise eingesetzte Plutonium könne dann schmelzen, sich am Boden des Reaktorgefäßes sammeln und durch Bilden von „kritischer Masse, eine unkontrollierte Kettenreaktion auslösen. Wie groß der atomare Bumms dann ist, darüber gehen die Meinungen der Wissenschaftler auseinander.

Professor Engelmann vom Karlsruher Kernforschungszentrum, der die wissenschaftliche Leitung des Projekts in Kalkar hat, glaubt, daß die Sprengwirkung so gering ist, daß sie vom Reaktortank und vom Containment aufgefangen wird. Im übrigen könne so etwas nur „hypothetisch" passieren.

Der amerikanische Physiker Dr. Thomas Cochran vom Nature Resources Defense Council - eine Umweltschutzorganisation, die von der Ford-Foundation finanziert wird - hält die Explosion für stark genug um die Betonwände des Reaktors zu zerfetzen: „Das Plutonium würde verdampfen, in Windrichtung entweichen und je nach Wetterlage sind viel größere Unfälle zu erwarten als bei herkömmlichen Atomkraftwerken."

Wie groß ein solcher Brüter-Unfall sein kann, beschreibt eine Studie der Universität von Ann Harbor in Michigan (USA): 133 000 Tote, 200 000 Schwerverletzte und eine Viertelmillion Langzeitgeschädigter. Anlaß für diese makabre Studie: 1966 wäre in Monroe (USA) ein Schneller Brüter durch eine technische Panne um ein Haar in die Luft geflogen. Glück hatte auch die Bevölkerung von Detroit. Anfang Oktober 1966 blockierte ein Stück Metall den Kühlfluß im Schnellen Brüter „Enrico Fermi" unweit der Millionenstadt. Der Kern begann zu schmelzen. Buchstäblich in letzter Minute konnte der Reaktor abgeschaltet werden.

Mit der Kühlung des „Schnellen Brüters" ist ohnehin eine Reihe von Problemen verbunden. Er wird nämlich nicht, wie konventionelle Atomkraftwerke, mit Wasser, sondern mit heißem, flüssigem Natrium gekühlt, das bei der Berührung mit Luft oder Wasser explodiert und brennt.

Bei einem russischen Demonstrationsbrüter kam es 1973 in einem der drei Dampferzeuger, in denen die Wärme des flüssigen Natriums auf das Wasser übertragen wird (Wärmetauscher), zu einer Explosion, die so groß war, daß sie von einem US-Aufklärungssatelliten entdeckt wurde.

Das sind freilich nicht die einzigen Gefahren. Die Entwicklung der Schnellen Brüter wird dazu führen, (laß schon in absehbarer Zeit jährlich einige hunderttausend Kilo Plutonium gewonnen werden. Tausende von Transporten werden Tag und Nacht unterwegs sein. Damit steigt das Risiko von Transportunfällen und von Diebstählen. Der weltweite Terror wird eine neue Dimension erhalten. Denn man braucht gar nicht, wie es unlängst ein Student vom Massachusetts Institute of Technology den staunenden Amerikanern im Fernsehen vorführte, eine Bombe zu bauen. Schon kleinste Mengen in der Hand von Terroristen und die Drohung, das Zeug zu versprühen, würden jede Regierung in die Knie zwingen.

Von den Kosten auf deutscher Seite Holland und Belgien sind in Kalkar mit je 15 Prozent beteiligt - von diesen Kosten in Höhe von etwa 1,7 Milliarden Mark trägt die beteiligte Industrie nicht einmal 10 Prozent. Den Rest blecht, wie bei risikoreichen Geschäften üblich, der Steuerzahler.

Kasten Seite 20

Die Atombombe aus dem Kohlenkeller

„Do it yourself" stand auf der Titelseite des französischen Nachrichtenmagazins „L'Express", die einen Terroristen beim Atombombenbau zeigte. Der „New Yorker" beschrieb in einer Serie, wie man eine Atombombe herstellt. Und vor einigen Wochen strahlte die US-Fernsehstation WGBH eine Sendung aus, in der ein zwanzigjähriger Chemiestudent eine Atombombe bastelte.

Einschlägige Literatur ist billig zu haben: Das Tabellenwerk „The Los Alamos Primer" verschickt die amerikanische Atomenergie-Kommission für 2,60 Dollar. Die Broschüre „Manhattan District History, Projekt Y", gibt es beim US-Bundesamt für technische Dienste für vier Dollar. Aber auch die „Encyclopaedia Britanica" gibt schematische Anleitungen zum Bau einer Atombombe.

Wie kommen potentielle Bombenbauer an sogenanntes „strategisches Material"? In den USA, so berichtete die Frankfurter Allgemeine" am 31.12. 1974, seien mehrere Tonnen Plutonium 239 und Uran-235 abhanden gekommen, und das FBI vermute, daß es sich im Besitz terroristischer Gruppen befinde. Je mehr Kernreaktoren es gibt, desto mehr „strategisches Material" muß transportiert und kann dabei gestohlen werden.

Ist aber das „strategische Material" einmal da, ist der Rest nicht mehr unmöglich und läuft schematisch so ab: Das Plutonium wird im „Handschuhkasten" zu zwei unterkritischen Massen geformt (was dabei zu beachten ist, steht im „Reactor Handbook"), an der Oberfläche mit Radium und Beryllium beschichtet und mit einer Uran-, Cadmium- und Kohlenwasserstoffschicht umgeben, um Explosionen im Anfangsstadium zu vermeiden. Die beiden unterkritischen Massen (16,2 kg für eine gewöhnliche Kugelform) werden dann in einer Art Kanonenrohr (siehe Abbildung) angeordnet und durch die Zündung einer Pulverladung ineinandergeschossen (Näheres bei M. A. Cooks „The Science of High Explosives"). Um diesem Vorgang die nötige Geschwindigkeit zu verschaffen, wird zuvor in dem Rohr ein Vacuum hergestellt. Und dann kracht's. Ein ausführlicher Bericht erscheint in „Risiko Kernenergie", (Hsgb.) H. Strohm, Associations-Verlag, .Hamburg, Juni 1975.

Konkret 05/75, S. 21

Hermann L. Gremliza

Press Freiheit

„Die Meinungsfreiheit des Journalisten" war Thema einer Tagung der Evangelischen Akademie in Loccum am 15. und 16. März. Einer der Referenten auf dieser Tagung war KONKRET-Herausgeber Hermann L. Gremliza. Sein Thema: Pressefreiheit und Redaktionsstatute.

Was erwartet man von einem linken Journalisten, der im Kampf um ein Redaktionsstatut einen bürgerlichen Verlag verlassen mußte, wenn man ihn zu einem Referat über innere Pressefreiheit einlädt? Man erwartet, daß er das Los der reglementierten Journalisten beklagt, die Tyrannei der Verleger geißelt und abschließend die Unterdrückten zu irgendwas aufruft.

Diese Erwartung muß ich enttäuschen: Weder bin ich der Meinung, daß die Berufsgruppe der Journalisten in diesem Land ein Bannerträger der Pressefreiheit ist, noch gehe ich davon aus, daß die Durchsetzung von Pressefreiheit an den Verlegern scheitert. Denn - und dies sind meine beiden Grundthesen -:

-

Die Journalisten in der Bundesrepublik sind eine der politisch bewußtlosesten, schlechtest ausgebildeten, für Korruption aller Art anfälligsten, zugleich aber privilegiertesten Berufsgruppen.

-

Die Zeitungs- und Zeitschriftenverleger sind de facto nicht, wozu konservative Verfassungsausleger sie stilisieren wollen: Die Träger- der Grundrechte auf Informations- und Meinungsfreiheit. Wer immer dieser Träger de jure sei, de facto ist es die werbende Wirtschaft.

Letztere Feststellung ist nicht neu. Sie ist nicht einmal umstritten, eben weil die Pressefreiheit in diesem Land von einer Art ist, die einen öffentlichen Streit über diese Behauptung nicht zuläßt. Die faktischen Träger der Pressefreiheit, das wissen die eingebildeten Träger der Pressefreiheit, die Verleger, würden diese Diskussion unterbinden.

Ein paar Belege mögen genügen, um den Zusammenhang deutlich zu machen.

Erstes Beispiel: „Stern" und „Spiegel" haben im Wahlkampfjahr 1972 Anzeigenverluste in Höhe von insgesamt über 60 Millionen Mark erlitten - Pressefreiheits-Strafe für ihr Engagement zugunsten einer sozialliberalen Bundesregierung. Als beide Blätter 1973 ihren Kurs änderten, wurde das in etwa gleicher Höhe honoriert.

Zweites Beispiel: Erich Bärmeier, der Verleger des Verbrauchermagazins „DM", hat kürzlich auf den Vorwurf, seine Zeitschrift weise im redaktionellen Teil auf die Gesundheitsschädlichkeit von Zigaretten hin und drucke daneben Zigaretten-Anzeigen ab, mitgeteilt, daß die Zigaretten-Werbung etwa 400 000 Mark zu den jährlichen Kosten der „DM" beitrage. Ohne diese Werbung sei die Existenz der Zeitschrift gefährdet. Das heißt: Ein Verbraucher-Magazin kann nur dann über die krebserzeugende Wirkung von Zigaretten aufklären, wenn es gleichzeitig zur Hebung des Zigaretten-Absatzes beiträgt.

Drittes Beispiel: Die „Welt" arbeitet mit Defizit, das zur Begleichung nötige Geld muß der Springer-Verlag mit „Bild", „BZ" und anderen verdienen. „Bild" und „BZ" verdienen das Geld unter anderem durch den Abdruck von Bordell-, Zuhälter- und Prostituierten-Anzeigen. Im Klartext: Herbert Kremp kann in den „Welt"-Leitartikeln seine abendländische Sittlichkeit unter anderem deshalb entfalten, weil das „Straps-Kätzchen mit Natursekt" seine „tolle Nummer" für den „Salon Babette" in der „BZ" anpreist.

Viertes Beispiel: Der „Spiegel" veröffentlichte im Herbst 1974 eine Titelgeschichte über Raucherkrebs: Das kostete den Verlag (und das war vorauszusehen) Anzeigenaufträge. Der „Spiegel" hat den Mut aufgebracht, den Raucherkrebs-Titel dennoch zu drucken. Den Mut, über die Folgen zu berichten, konnte er nicht aufbringen. Das wäre zu teuer geworden.

Nicht ohne Grund handeln zwei der angeführten Beispiele von der Zigaretten-Werbung. Nicht, daß auf diesem Gebiet der Schwerpunkt in der Machtausübung der werbenden Wirtschaft auf der Presse liegt. Im Gegenteil. Nur ist bei redaktionellen Beiträgen etwa zur Frage der Mitbestimmung, der Gewerkschaften, der Steuerreform, der Leichtlohngruppen für Frauen oder der Ostpolitik die Übertragung von Unternehmerinteressen auf Journalisten-Produkte wesentlich schwerer durchschaubar, weil hier der Transmissionsriemen, der Verleger, mit einer sogenannten eigenen Meinung hantieren kann. Das heißt: Er kann nicht durch wissenschaftliche Erkenntnisse unter Druck gesetzt werden. Daß Rauchen zu Krebs führt, ist keine Meinung, zu der man eine andere haben kann. Daß Demokratie ohne Mitbestimmung in der Wirtschaft eine Farce bleibt - das ist eine Meinung, und ein Verleger kann beanspruchen, eine andere zu haben. Keiner wird ihm beweisen können, daß er diese andere Meinung zum Wohl seines Verlags haben muß. Da aber zur Aufrechterhaltung des Scheins von Pressefreiheit gehört, daß wissenschaftlich unleugbare Tatsachen nicht -oder nicht auf Dauer - unterdrückt werden, kommt es eben vor, daß ein Verleger sich gezwungen sieht, auch einmal gegen seine kurzfristigen materiellen Interessen zu handeln.

Daß Pressefreiheit in der Bundesrepublik nicht eine Freiheit von Journalisten meint, eigene Überzeugungen und Informationen zu vermitteln, ist in den letzten Jahren gesicherte Erkenntnis aller an der Diskussion Beteiligten geworden. Daß Pressefreiheit aber nur dann eine Verlegerfreiheit ist, wenn und solange sich ihre Wahrnehmung an die Grenzen hält, die von den Interessen der werbenden Wirtschaft gesteckt werden, hat sich weniger weit herumgesprochen. Dabei ist es übrigens unerheblich, daß die faktischen Träger der Pressefreiheit schon deshalb selten dazu gezwungen sind, diese Grenzen deutlich zu machen, weil die meisten Verleger als mittelständische Unternehmer gleichartige Interessen haben.

Weil dieser Zusammenhang - aus naheliegenden Gründen - nicht öffentlich diskutiert werden kann, wurde der Streit um die sogenannte „innere Pressefreiheit" bislang als Konflikt zwischen Redakteuren und Verlegern ausgetragen. So ist der falsche Eindruck entstanden, als sei Pressefreiheit dadurch herzustellen, daß die Verleger dazu gezwungen werden, ihre angestellten Journalisten nicht mehr in der bislang üblichen Weise zu bevormunden. Pressefreiheit - und damit die sogenannte „innere Pressefreiheit" - wurde deshalb auch vorwiegend als das Problem von Journalisten diskutiert und selten als das, was es eigentlich ist: Der Anspruch der Öffentlichkeit auf umfassende Information und Aufklärung.

Was vermögen unter diesen Bedingungen Redaktionsstatute? Nehmen wir einmal an, ein Presserechtsrahmengesetz würde - anders als das jetzt im Bonner Entwurf vorliegende -. paritätische Mitbestimmung der Redakteure in allen Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen vorsehen. Also beispielsweise in der „Welt". Wäre der Pressefreiheit gedient, wenn Herbert Kremp, Wilfried Hertz-Eichenrode, Enno von Loewenstern und Kurt Steves mitbestimmen könnten? Würden diese Redakteure und der von ihnen und ihrem Verleger nach dem Springersehen Hausgesetz verlesene Troß irgend etwas an der politischen oder journalistischen Konzeption des Blattes ändern? Würde die „Welt" ihre Rolle als Klassenkampf-Organ aufgeben?

Dies Beispiel handelt sicherlich von einem Extremfall. Aber es beleuchtet doch ganz gut das Problem: Mitbestimmung - auch und erst recht in Redaktionen - ist kein Wert an sich. Ihre Qualität hängt entscheidend von der Qualität derer ab, die mitbestimmen sollen.

Und diese Qualität ist schlecht. Im Gegensatz zum Facharbeiter verfügen Journalisten meist über keine ordentliche Berufsausbildung, im Gegensatz zum Arbeiter überhaupt fühlen sie sich nach Art und Honorierung ihrer Arbeit als „etwas Besseres", die Undurchsichtigkeit der Bewertungsmaßstäbe, nach denen ihre Produkte beurteilt werden, züchtet geradezu den Typ des Heloten, der auf das Lob seines Chefredakteurs zuschreibt. Das Überangebot von Journalisten verschärft die Unsicherheit über die soziale Rolle und fördert die Anpassungsbereitschaft noch.

Dies alles macht Journalisten, deren Klassenbestimmung vielleicht am besten mit dem Begriff Lumpenbourgeoisie getroffen wird, zu solidarischem gewerkschaftlichen Handeln unfähig. Ja, das Anti-Gewerkschaftliche ist geradezu ein Kennzeichen der Journalisten-Zunft. Redakteure, die was auf sich halten, sind am liebsten ganz „unabhängig" (das heißt: nur dem Oberbefehl ihres Chefredakteurs oder Verlegers unterworfen), allenfalls sind sie im Standesverband DJV. Bei der SPD-eigenen „Hamburger Morgenpost" wurde jetzt ein Redaktionsrat gewählt. Von fünf Gewählten sind vier im DJV, einer in der gewerkschaftlichen DJU.

Wo Redaktionsstatute frei vereinbart wurden, geschah dies fast immer auf Kosten der gewerkschaftlichen Position in dem jeweiligen Verlag. Meist wurde das Aktionsfeld des Betriebsrats beschnitten, überall wurden Interessenkonflikte zwischen gewerblichen Lohnabhängigen und privilegierten Lohnschreibern zugespitzt. Solidarische Aktionen kamen allenfalls dann zustande, wenn ein Verleger bei Fusionierung oder Liquidation allen ihre gemeinsame Abhängigkeit unausweichlich

klarmachte.

Daß Redaktionsstatute die Freiheit der Presse nicht fördern müssen, sondern sogar einschneidend behindern können, erhellt aus einem konstruierten Beispiel:

Angenommen, in allen Redaktionen wäre Mitbestimmung durch Redaktionsstatute eingeführt. Wer möchte dann dafür garantieren, daß etwa beim „Spiegel" nicht innerhalb der Redaktion Widerstand gegen einen Raucherkrebs-Titel sich breitmachte? Die „Spiegel"-Redakteure sind am Gewinn beteiligt - was passiert, wenn Millionenverluste durch Anzeigenentzug voraussehbar wären? Es ist schlimm, daß die Verleger der werbenden Wirtschaft ein anzeigenfreundliches Umfeld bieten müssen. Aber wäre es nicht schlimmer, wenn die Redakteure sich an dieser Prostitution auch noch direkt beteiligten?

Deshalb: Redaktionsstatute können nur dann etwas zur Pressefreiheit - die eine Forderung und keine Wirklichkeit ist - beitragen, wenn sie nicht auf den vordergründigen Dualismus Journalist - Verleger hin konstruiert sind, sondern in Rechnung stellen, daß die Interessen der werbenden Wirtschaft und die politische Bewußtlosigkeit freischwebender Journalisten und Redakteure Pressefreiheit verhindern. Voraussetzungen für demokratische Redaktionsstatute sind demnach

- die Befreiung der Verlage vom Druck der werbenden Wirtschaft, denn wo der Verleger im Zweifelsfall nichts zu bestimmen hat, hat auch der Journalist nichts mitzubestimmen, und
- ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad der Journalisten, der ihnen in der Zusammenarbeit mit anderen an der Produktion von Zeitungen und Zeitschriften beteiligten Lohnabhängigen das Bewußtsein vermittelt, daß das Grundrecht auf Information und Meinung nicht ein Geschenk an eine Berufsgruppe, sondern ein Verfassungsauftrag ist, dem im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung wahrgenommen werden muß. Daß dies nicht geschieht, läßt sich schon aus der Tatsache ersehen, daß fast fünfzig Prozent der Bevölkerung SPD wählen und Millionen den Gewerkschaften angehören, aber - knapp gerechnet - achtzig Prozent der Zeitungen und Zeitschriften der CDU/CSU und den Unternehmern nahestehn.

Daß Pressefreiheit nicht auf einen Schlag herzustellen ist, ist klar. Daß aber der gewerkschaftliche Kampf um die Abschaffung des Stände-Privilegs „Tendenzschutz" im Betriebsverfassungsgesetz ein wichtigerer Schritt zur Pressefreiheit ist als der zwischen ständisch orientierten Journalisten und abhängigen Verlegern ausgetragene Kampf um Redaktionsstatute, diese Erkenntnis wartet noch auf Verbreitung.

Konkret 05/75, S. 23

Springers strenge Massagen

Die Hamburger Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den Verleger von KONKRET wegen des Verdachts der Verbreitung unzüchtiger und gewaltverherrlichender Schriften. Nein, wir haben nicht die Sonthofener Rede des CSU-Vorsitzenden Strauß abgedruckt, sondern - im November und Dezember 1974 - eine Anzeige des Buchdiensts Darmstadt für das Werk „Die Abenteuer der Sweet Gwendoline" - eine eher komische Comic-Sammlung sado-masochistischer Szenen der abgebildeten Art.

Der wirkliche Grund für das Ermittlungsverfahren wird offenkundig, wenn man danebenhält, weswegen etwa die Westberliner Staatsanwaltschaft gegen den „BZ"-Verleger nicht ermittelt. Seit Jahren werben in Axel Springers „BZ" sado-masochistische Salons mit detaillierter Propaganda. Zum Beispiel so: „Dem Liebhaber der strengen Massage wird in den dunklen Räumen des Folterkellers auf der Streckbank in den Fängen von rücksichtslosen Lederdamen mit Rute und Peitsche die entspannende Spezialbehandlung geboten."

Bei Springer gibt es alles, was es gibt: Einfache Prostituierte („Kätzchen massiert nachts"), Callgirls („auch Hausbesuche"), Strichjungen („Boy massiert"), Sadistinnen („Lederdamen"), Gruppen-. sex („Doppel-Massage").

(Sämtliche Anzeigentexte stammen aus der „BZ" vom 28. Februar 1975 mit der Titelzeile „Ist Lorenz noch am Leben? Die bange Frage, die alle . . . bewegt." Bis auf die „BZ"-Leser, für die ein paar Seiten weiter anderes Bewegen angeboten wurde).

Konkret 05/75, S. 24

Vladimir Lomejko

Der Krieg in jedem von uns

Vladimir Lomejko erlebte als Kind die Belagerung Leningrads durch die Hitler-Wehrmacht., 641803 Menschen verhungerten in der umzingelten Stadt. Heute ist Lomejko Chefredakteur der sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti für Westeuropa. Für KONKRET schrieb er auf, was der Krieg dreißig Jahre nach seinem Ende für einen Russen noch bedeutet

Es fällt einem Russen schwer, über den Krieg zu schreiben. Es ist doppelt schwer, darüber für Deutsche zu schreiben. Doch darüber schreiben muß man. Nicht, um alte Rechnungen zu begleichen, sondern um der Vergangenheit willen, die auch heute noch in uns fortlebt. Und auch deshalb, weil vom richtigen Verstehen dieser Vergangenheit die Verständigung zwischen unseren Völkern abhängt.

Wir erinnern uns an den Krieg nicht nur bei runden Daten. Überraschend und oft springt uns der Krieg in die Augen, pocht an unsere Herzen, dringt in unser Zuhause ein - manchmal wie in einem Film: Bald werden die riesigen Drahtigel so greifbar nah vor Moskau eingeblendet - das Monument zum Gedenken an die Soldaten, die hier im Jahre 1941 die Panzerarmaden zum Stehen gebracht hatten; bald eine Gefallenenanzeige, die uns 30 Jahre später aus einem entlegenen Dorf in Belorußland erreicht, wo Schüler das Grab eines unbekannten Soldaten entdeckt und den Namen und die letzte Ruhestatt des Vermißten der Vergessenheit entrissen haben. Da wischt sich eine greise Mutter, an festlicher Tafel sitzend, eine Träne vom Gesicht beim Blick auf das vergilbte Foto eines jungen Soldaten.

Der Krieg wird in den Schulen behandelt. Die Enkel jener, die sich im Mai 1945 wunderten, daß alles vorbei war und man alles überstanden hatte, führen im Geschichtsunterricht an, was der Krieg unser Land gekostet hat. Hier nur einige dieser Zahlen, die wichtigsten:

· Der Krieg hat mehr als zwanzig Millionen sowjetische Menschenleben ausgelöscht.

· Auf dem zeitweilig okkupierten Territorium der UdSSR wurden sechs Millionen Zivilisten von den Faschisten umgebracht, viele von ihnen zu Tode gefoltert.

· Mehr als vier Millionen sowjetische Bürger wurden zu Zwangsarbeiten nach Deutschland verschleppt.

· Es wurden 1710 Städte und Arbeitersiedlungen, mehr als 70 000 Dörfer zerstört.

· Während der Okkupation wurden 32 000 Industriebetriebe, 65 000 Kilometer Schienenstrecke, 4100 Eisenbahnstationen, ca. 14 000 Eisenbahnbrücken und andere Bauwerke zerstört, 16 000 Lokomotiven und 428 000 Waggons vernichtet bzw. weggeschafft.

· Es wurden 40 000 Krankenhäuser, 84 000 Schulen und Hochschulen zerstört.

· Schwerer Schaden wurde der Landwirtschaft zugefügt: Es wurden 98 000 Kolchosen, 1876 Sowchosen und 2890 Maschinen- und Traktorenstationen verwüstet und ausgeplündert.

· Aus den okkupierten Gebieten wurden sieben Millionen Pferde, 17 Millionen Rinder, 20 Millionen Schweine, 27 Millionen Schafe und Ziegen weggeschafft.

Der nachweisbare Kriegsschaden der Sowjetunion wird auf 679 Milliarden Rubel geschätzt - ein Drittel ihres nationalen Reichtums.

Es gibt auch andere Zahlen. Berechnet man die Ausgaben für die Kriegsführung, für die Umstellung der Wirtschaft auf den Krieg wie auch die aus der Okkupation eines großen Territoriums erwachsenden Verluste, so beziffern sich die Verluste der Sowjetunion auf 2600 Milliarden Rubel. Es gibt viele Zahlen, viel zu viele, als daß man sie aufzählen könnte. Doch das Gedächtnis des Volkes kennt keine Zahl, die bitterer wäre, als die der 20 Millionen Toten. Hat doch jeder von uns jemanden von seinen Nächsten verloren. Die Zahlen können sich zu greifbarer Wirklichkeit verdichten, wenn sie dein eigenes persönliches Schicksal betreffen .

. . . Wir sitzen an einem großen leeren Tisch: Mutter, ich und mein zweijähriger Bruder. Draußen wütet der Leningrader Winter. Man schreibt den Dezember 1941.

Auf dem weißgedeckten Tisch liegen drei dünne Brotscheiben. Wir schauen sie schweigend an. Mutter schiebt jedem die magere Brotration zu. Vorsichtig, um ja kein Stückchen zu verlieren, legt sie auch ihre Brotscheibe in die durchsichtig dünne Hand des Bruders. Sein Gesicht scheint nur noch aus Augen zu bestehen. Er schiebt das Brot vor die Mutter zurück.

. . .und ein paar Monate später Goethe lernen...

Niemand sagt ein Wort. Es heißt, Kraft zu sparen. Vom Mittagessen bis zum Abendbrot ist doch eine ganze Ewigkeit. Abends gibt es auch Brot, nur noch weniger, und eine Tasse heißes Wasser. Dann gehen alle zeitig zu Bett. Der Schlaf ist unser guter Bundesgenosse gegen den Hunger. Es kommt die Nacht und dann wieder der Morgen. Und wieder ein sauberer, weißgedeckter Tisch, der nie Brotkrümel gekannt hat . . .

900 Tage. Während der Leningrader Blockade fanden in der von faschistischen Truppen umzingelten Stadt 17 000 Einwohner den Tod unter Bomben und Artilleriegeschossen, und 641 803 Menschen starben den Hungertod. Als die Blockade durchbrochen war, lebten in Leningrad nur noch 600 000 Menschen.

Sollte ich jemals über jene Tage schreiben, werden das „Aufzeichnungen eines zufällig Überlebenden" sein. Auch heute noch kann ich es nicht fassen, wie es damals überhaupt gelang, mit dem Leben davonzukommen . . .

Die Tagesration der Unterhaltsberechtigten (sie machten ein Drittel der Stadtbewohner aus) betrug 125 Gramm Brot, sechs Gramm Fett, 13,2 Gramm Fleisch, 26,6 Gramm Zucker, 20 Gramm Grütze oder Teigwaren - insgesamt 466 Kalorien. Bei den Kindern (bis 12 Jahren) waren es 125 Gramm Brot, 16,6 Gramm Fett, 13,2 Gramm Fleisch, 40 Gramm Zucker, 40 Gramm Grütze -insgesamt 684 Kalorien. Doch auch diese Rationen standen des öfteren nur auf dem Papier. Monatelang gab es weder Fleisch noch Fett.

Menschen schwollen an und starben vor Hunger. Und dennoch hielt die Stadt durch und streckte nicht die Waffen.

Erst viel später erfuhr ich, daß die Ausrottung der zivilen Bevölkerung eine bewußte Politik der Okkupanten war. In einer Direktive des Stabschefs der Seekriegführung Deutschlands hieß es: „In diesem Krieg, der auf Leben und Tod geführt wird, besteht unsererseits kein Interesse an der Erhaltung auch nur eines Teils der Einwohner dieser großen Stadt" (rückübersetzt aus dem Russischen).

Zufällig am Leben geblieben, bezeuge ich: Im Dezember 1941 machte ich keinen Unterschied zwischen Deutschen und Faschisten. Sie bildeten damals einen einzigen Begriff: Feind, der uns alle mit dem Hunger töten wollte. Hätte mir damals jemand gesagt, ich würde in wenigen Monaten in der Schule die deutsche Sprache durchnehmen, Heine, Goethe und Schiller auswendig lernen, so wäre mir das widernatürlich erschienen, wie auch der bloße Gedanke, daß es andere Deutsche und eine große deutsche Kultur gibt, für die das belagerte Leningrad damals mitgekämpft hatte.

Seitdem sind mehr als dreißig Jahre verstrichen. Ich kam inzwischen mit vielen Deutschen zusammen. Mit solchen, die sich die schreckliche Vergangenheit schwer zu Herzen genommen und begriffen haben, auch mit solchen, die nur an den Verlust denken. Ich kann heute nicht nur in meinem eigenen Namen, sondern auch im Namen vieler Hunderter sagen, denen ich begegnet bin und die ich kenne: Wir hegen keinen Haß gegen die Deutschen.

Das muß gesagt werden, denn nicht für alle Deutschen ist das eine Selbstverständlichkeit. Ich erinnere mich, wie im März 1963 eine vom stellvertretenden VDS-Vorsitzenden Eberhard Roß geleitete Delegation des Verbandes Deutscher Studenten, die erste Delegation dieser Art, eine Studienreise durch die Sowjetunion machte. Drei Vertreter des Verbandes und ich wurden in die Familie eines jungen Ingenieurs des Charkower Traktorenwerks eingeladen. Die kleine Zwei-Zimmer-Wohnung war zum Bersten voll: Etwa anderthalb Dutzend Gäste, Verwandte und Bekannte hatten sich eingefunden. Da erhob sich eine alte Frau, die Mutter des Hausherrn, und ließ die jungen Deutschen hochleben. Sie sah Deutsche zum ersten Mal nach 1943. Sie sagte: „Mögen die jungen Leute aus Westdeutschland in unserem Lande Freunde finden und nie erfahren, was Krieg ist, in dem ich den Mann und zwei Söhne verloren habe."

Wir hegen keinen Haß gegen die Deutschen

Wenige Jahre später sah ich diese ehemaligen Studenten in der Bundesrepublik wieder. Aus ihren Erinnerungen schloß ich: Die Begegnung mit der Mutter in Charkow hatte ihnen die Seele unseres Volkes erschlossen.

Wir hegen keinen Haß gegen die Deutschen. Nur Bitternis und Bedauern empfindet man mitunter, wenn man jemandem begegnet, der aus dem Krieg nichts gelernt hat außer Bosheit, der hinter den Bäumen seines verlorenen Gärtchens nicht den Wald von Birkenkreuzen an den Gräbern sieht.

Auch spürt man beißende Scham wegen mancher Deutscher, die, jeden Sinnes für Maß und Takt bar, sich über unsere schlechten Straßen, über Mängel unseres Dienstleistungswesens und baufällige Dorfhütten mokieren und dabei vergessen, daß es vielleicht gerade ihre Väter waren, die mit Panzern unsere Straßen aufgewühlt hatten.

Wer nicht eingesehen hat, wieviel Leiden der Krieg über die Sowjetunion gebracht hatte, kann niemals ganz die Opferbereitschaft begreifen, die Millionen Sowjetmenschen während des Krieges und in den Jahren des Nachkriegswiederaufbaus gezeigt haben. Der Krieg, den uns der Faschismus aufgezwungen hatte, war eine der schwersten Prüfungen, die unser Volk je durchstehen mußte. Wir wurden dem schwersten Schlag des Faschismus ausgesetzt und hatten die Hauptlast des Krieges zu tragen.

Die Prüfungen wollten auch nach Kriegsende nicht enden. Ein riesiges Gebiet von der Wolga bis zu den Grenzen im Westen lag in Ruinen. Es mangelte an Arbeitskräften. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten hatte sich gegenüber 1940 nahezu um vier Millionen verringert. Die Produktion von Konsumgütern betrug nur 59 Prozent des Vorkriegsstandes.

Die Menschen bauten ihr Land wieder auf, wie sie im Krieg gekämpft hatten. Der Vorkriegsstand des Nationaleinkommens sollte bis zum Ende des Fünfjahresplans 1946-1950 um 38 Prozent übertroffen werden, in Wirklichkeit übertraf das Nationaleinkommen 1950 den Stand von 1940 schon um 64 Prozent. In den Städten wurden insgesamt 102,8 Millionen Quadratmeter Wohnfläche wiederhergestellt bzw. neugebaut. Auf dem Lande baute man 2 700 000 Wohnhäuser.

Alles stimmt. Die Zahlen sprechen Bände. Und dennoch: Ich kann nicht sagen, wann wir die Kriegswunden restlos geheilt haben. Kann man überhaupt in Zahlen ausdrücken, was Krieg für ein Volk bedeutet?

Krieg, das sind doch nicht nur die Toten und Kriegsversehrten, nicht allein die zerstörten Städte und die ausgeplünderte Wirtschaft. Das ist nicht nur die Blüte vieler Völker und Nationen unseres Landes, die dahingerafft wurde. Das sind auch die verlorengegangenen Erfahrungen von Generationen, die nicht an die Söhne und Schüler weitergegeben werden konnten. Das ist nicht nur der zerstörte Teil unserer Kunst und Kultur, die gefallenen Schriftsteller, bildenden Künstler und Komponisten, sondern auch Bücher, Gemälde und Musikwerke, die sie nicht schaffen konnten. Das ist eine ganze Schicht des Volkes, die der Krieg ausgetilgt hat. Das ist eine Schicht der Kultur, die aus dem Gewebe der menschlichen Zivilisation ausgerissen wurde.

Der Krieg fügte dem Volk neben dem unersetzlichen materiellen Verlust auch einen unermeßlichen psychologischen Schaden zu: Millionen alleinstehender Mütter, deren Männer nicht von der Front zurückkehrten, ein ganzes Land von Bräuten, die Witwen geworden sind, ehe sie Ehefreuden empfunden haben, eine ganze Generation, die keine Kindheit erlebt hat, eine Generation von Menschen, die sich nur als Erwachsene denken können.

Inzwischen sind sie weniger an Zahl geworden. Jahr für Jahr sterben Tausende Kriegsversehrte. Doch wie viele Jahre lang rollte das beinlose Rußland auf Stümpfen durch Stadt und Land, Rollbretter statt Fahrzeuge benutzend. Sie sind jetzt tot, doch Kinder leben, die mit sechs Jahren ihre Väter um einen Kopf überragten . . .

Ist es überhaupt möglich, den psychologischen Schaden des Krieges zu ermessen? Auch heute noch leben Menschen, die erschaudern, wenn sie deutsche Laute hören. Ich sah selbst das zornverzerrte Gesicht eines Vaters, der auf den Sohn losschlug, als dieser ihn mit dem Ruf „Hände hoch!" erschrecken wollte.

„Untersteh' dich, dich darüber lustig zu machen!" belehrte er den ganz perplex gewordenen Buben. Doch wie ihm erklären, daß dieser deutsche Anschnauzer während der Okkupation für viele in Rußland Abschied von der Freiheit, wenn nicht vom Leben bedeutet hatte. Selbst die Deutschen der älteren Generation haben nie ganz erkannt, was der Faschismus über das Sowjetvolk gebracht hatte. Sie erfuhren dies später, aus Augenzeugenberichten und Dokumenten. Wir aber mußten das am eigenen Leben erfahren.

Der Krieg ist in die Annalen unseres Volkes als eine Zeit großer Bewährungsproben eingegangen. Seine Lehren werden noch lange im Gedächtnis vieler Generationen leben.

Der hinterhältige Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion war für uns eine harte Lehre. Der Krieg hat das ganze Volk gelehrt, wie notwendig es ist, wachsam zu sein und das Verteidigungspotential zu stärken. Wir vergessen das nicht, wenn wir eine konsequente Friedenspolitik verfolgen. Zwischen diesen Aufgaben gibt es keinen Widerspruch. Wir treten für die Reduzierung der Rüstungen und Streitkräfte, für die Begrenzung der strategischen Rüstungen ein, doch wir wollen nicht wieder Opfer einer heimtückischen Aggression werden.

Ich muß aber auch sagen, daß dieser Krieg in jedem von uns noch eine weitere unauslöschliche Spur hinterlassen hat, einen heftigen physischen und seelischen Haß auf Krieg und Gewalt. Das will offenbar jenen Ausländern nicht in den Kopf, die mitunter Zweifel hegen, ob die Russen tatsächlich keinen Krieg wollen. Und ich verstehe meine Landsleute, die statt ausführlich und gut argumentiert zu antworten, verblüfft oder gar fassungslos nur die Schultern zucken. Für sie, für jeden von uns ist der Krieg keine Theorie, keine Abstraktion, sondern ein zutiefst schmerzvolles persönliches Unglück, das man nicht einmal einem Feind wünschen möchte.

Aus diesem Grund kann niemand von uns gleichgültig bleiben, wenn zum Krieg hufgerufen wird, ganz gleich, woher die Appelle kommen. Niemand von uns kann gleichgültig „historische Begründungen" des Krieges und Auslassungen über den

Tod von Millionen einer gerechteren Zivilisation zuliebe hören.

Konkret 05/75, S. 27

Peggy Parnass

Nichts ist ausgestorben

8. Mai 1975.30 Jahre seit Ende des Zweiten Weltkrieges. 30 Jahre Frieden? Nein. Hier nannte man auch damals den B. Mai nicht den Tag des Friedens, sondern Kapitulation, Zusammenbruch, eine Katastrophe. Dort, wo ich war, in London, hieß der schöne Frühlingstag „V-day" (victory day -Siegestag). Man jubelte und feierte.

Und ich lernte an dem Tag, als ich mit anderen Kindern bei den Umzügen vor dem Buckingham Palace zuguckte, fürs Leben. Nach Nationen eingeteilt wie im Olympia-Stadion, die jeweiligen Flaggen schwenkend, defilierte man singend vorbei. Unter anderem auch eine sehr kleine Gruppe Juden. Vielleicht 30 an der Zahl. Natürlich nicht weniger glücklich als alle anderen auch. Bis sie plötzlich von Engländern auseinandergetrieben und vermöbelt wurden.

Folge dieses Anblicks war, daß ich es zehn Jahre später nicht so schlimm fand, nach Deutschland zu kommen, wie ich es wohl sonst gefunden hätte. Es kostete damals Fantasie, sich vorzustellen, daß die vielen geschwächten, schlecht gekleideten, gebrochenen Gestalten noch vor kurzem brutale Herrenmenschen waren.

Hier machte man ja erst mal Pause, was öffentliche Verfolgungen anlangte. Zwangsarbeiter gab es nicht mehr und Gastarbeiter noch nicht. Das ganze deutsche Volk war vorübergehend zu einer Art Randgruppe geworden. Die dem Franz Josef Strauß beipflichtete, als er sagte: „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfallen."

Im Suff oder wenn man unter sich zu sein meinte, war es anders. Die Deutlichkeiten, die dann ausgetauscht wurden, ließen nichts zu wünschen übrig. Steigerten sich Jahr für Jahr in dem Maß, indem die Angst vor Strafe wich. Diese Angst stellte sich sowieso ziemlich bald als unbegründet heraus.

Da pflichtete man wieder dem Franz Josef Strauß bei, der sagte: „Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen erbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen."

Ich weiß noch, wie wir Jahr für Jahr tagelang als Ostermarschierer über die Dörfer zogen in einem Protest gegen mögliche Atombewaffnung. Gegen konventionelle Waffen hatten viele der Demonstranten nichts. .Klar, die konventionellen Waffen sind ja die harmlosen, durch die man nur stirbt. Wir waren nicht sehr viele, obwohl „ganz Deutschland zusammenströmte". Zwischen zwei- bis zehntausend. Die uns begleitenden Polizisten schienen immer in der Überzahl.

Ostern spazierten wir über die dänische Grenze. Ganz friedlich, versteht sich. Auf der anderen Seite von skandinavischen Ostermärschlern erwartet. Und später, am gleichen Tag, verweigerte man mir als Schwedin, mit legalen Papieren ausgerüstet und in Hamburg inzwischen seit Jahren ansässig, die Rückkehr nach Deutschland. Erst der massive Druck der dänischen Presse öffnete mir wieder das Tor. Als ich dann hier war, fragte ich mich, wieso ich mir eigentlich dieses fragwürdige Recht erkämpft hatte.

Ein schlechtes Gewissen hatten nur die Kinder. Stellvertretend für ihre unbelehrbaren Eltern und Großeltern, mit denen sie das Pech hatten, weiterleben zu müssen. Oft dachte ich, daß ich mit meinen in Auschwitz umgebrachten Eltern weiß Gott besser dran war als die mit ihren lebenden Gruselkabinett-Gestalten. Wie die jetzt Alten als Mächtige ausgesehen haben, ist kaum noch vorstellbar. Sie sind ja so verändert. So mickrig geworden, diese Herrenmenschen. Aber ich sehe auch die Jungen, die jetzt so aussehen, wie ihre Eltern damals.

Erst nach Jahren hatte ich in diesem Land wieder Angst vor diesem Land. Und mußte mir immer mit Gewalt vor Augen halten, daß doch eine Menge Sozialisten, Kommunisten, Christen und Liberale Widerstandskämpfer waren. Gesundheit, Existenz, ihre Leben investierten. Wenn auch vergeblich.

Ich überlege, warum mir so mulmig ist, wenn ich an diese 30 Jahre Frieden denke.

Ich komme mir selbst undankbar vor. Denn immerhin fallen keine Bomben. Die meisten von uns sind in relativer Freiheit. Und trotzdem. Da ist die lange, lange Herrschaft der CDU/CSU. Da ist das viele Jahre lange Verbot der KPD. Kommunisten wanderten in Deutschland nach dem Krieg genau so wieder ins Gefängnis wie unter Hitler. Da sind die Notstandsgesetze, dir wir nicht verhindern konnten. Da ist das Braunbuch, in dem man nachschlagen kann, wenn man wissen möchte, in wessen Händen Geld, Macht und Einfluß liegen. Und welche Funktion diese Hände unter Hitler hatten. Da sind Justiz und Verfassungsschutz, die qualifizierte Fachkräfte der Nazi-Zeit übernommen haben.

Die Verwaltung flutscht nach wie vor. Und wird noch verbessert. Die deutsche Verwaltung war schon immer von erschreckend hoher Qualität. Und machte es möglich, daß man das außerordentlich Entsetzliche ordentlich durchführen konnte.

Das angebliche „Gar-nichts-gewußt-Haben" von Leuten wie Kiesfinger und auch sonst jedem, der gefragt wird. Was man hier weiß, so sagt man, weiß man nur vom Hörensagen. Ich wußte mit fünf Jahren alles. Ich konnte mit fünf auch schon die Schilder lesen. Kann mir vorstellen, wie es wäre, wenn ich jetzt nicht unten zum Gemüsemann dürfte, nicht in den Spar-Laden, nicht zum Schlachter, nicht zum Friseur, weder ins Hallen- noch Freibad, nicht ins Kino, nicht ins Theater, Ballett, nicht in die Kneipe, nicht ins Restaurant und natürlich nicht zu Leuten. Die äußere Form hat sich geändert. Nicht die Leute. Ich bin sicher, daß nach wie vor eine Behörde erfolgreich entscheiden könnte, wer bedient werden darf und wer nicht.

Inzwischen hat man auch hier wieder was zu verteidigen, Gott sei's geklagt. Und wo es etwas zu verteidigen lohnt, weiß man ja was los ist, wenn's in Frage gestellt wird.

Der Zweite Weltkrieg, dem fast 50 Millionen Menschen zum Opfer fielen, war zu Ende. Ich kann mir kaum 10 000 vorstellen, geschweige 100 000. 1 Million schon gar nicht. 50 Millionen liegt außerhalb der Reichweite meiner Fantasie.

Der B. Mai 1945 bot die Möglichkeit, die Zukunft des deutschen Volkes demokratisch, friedlich und in einer sozial gerechten Ordnung neu zu gestalten. Eine demokratische Bildungsreform sollte damals die Erziehung der Jugend im Geiste der Demokratie und des Friedens sichern helfen.

Die Schulbücher und der Geschichtsunterricht waren nicht geeignet, viel zu ändern. Die Verlogenheit hier und die Korruption sind nicht anders als in anderen Ländern auch. Die alten Nazis. Und das favorisierte Kruppzeug, das sie nach sich zogen. In so gut wie allen Spitzen der Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Gestützt von vielen. Fast widerspruchslos in jede „gute" Gesellschaft aufgenommen.

Alles ganz anders? Das Übel mit den Wurzeln entfernt? Wohl kaum. Wenn man bedenkt, daß die Nazi-Diktatur ohne das fleißige Mitwirken von Großindustrie, Pressekonzernen, Hochfinanz und Intelligenz nicht möglich gewesen wäre. Nichts ist ausgestorben.

Konkret 05/75, S. 28

Chile nach dem Putsch

3. Folge

KONKRET dokumentiert auf dieser Seite monatlich die jüngste Entwicklung in und um den Faschisten-Staat Chile und die Widerstands- und Solidaritätsaktionen in aller Welt.

Dr. Bautista van Schouwen, 31 Jahre, Chilene, Arzt, Mitglied der Politischen Kommission des MIR (Movimento de Izquierda Revolucionaria, Bewegung der Revolutionären Linken). Am 13. 12. 73 verhaftet. Gefoltert. Seit Januar 1974 im Militärhospital Santiago. Durch eine halsbrecherische Aktion gelang es mexikanischen Journalisten, zu ihm zu kommen. Sie veröffentlichten vor kurzem in Mexiko ein Foto des Sterbenden mit dem offiziellen Krankenbericht.

Darin heißt es: „Schlafsüchtiger Kranker. Kooperiert nicht. Antwortet nur in einsilbigen Worten. Die Prellungen, die Blutgeschwulste und die Schorfstellen an den Extremitäten ebenso wie die Verletzungen am Unterarm verheilen langsam. Die Blutgeschwulste am Unterleib und am Rücken sind am Abklingen. Die Prellungen an der rechten Schulter und das deutlich sichtbare Ödem und die Reizungen der Eichel sind immer noch sehr schmerzhaft. Der Kranke reagiert wenig auf Reize auf die unteren Gliedmaßen, die Schmerz verursachen müßten. Verringertes Reaktionsvermögen. Notwendig: Röntgenaufnahmen des Brustkastens und der Wirbelsäule auf der Höhe das Rückens und der Lenden von vorne, von hinten und von der Seite."

Dies sollen heute die Folgen von im Dezember 1973 erlittenen Folterungen sein? Nach Berichten von Augenzeugen erlitt van Schouwen auch Kopfverletzungen; ein Auge wurde zerquetscht. Eine Krankenschwester des Hospitals, die sich jetzt in Cuba befindet, bestätigte kürzlich die Vermutung, daß er im Krankenhaus von seinen Kollegen nicht gepflegt, sondern weiter gefoltert wird.

Die Junta stritt monatelang ab, van Schouwen verhaftet zu haben. Jetzt erklärt sie, er befände sich längst im Ausland im Exil in dem noch weniger zugänglichen Marinekrankenhaus in Valparaiso.

Luz de las Niewes Ayes, 23 Jahre, Chilenin. Mit Vater und Bruder während einer Razzia festgenommen. Vater und Bruder in ihrer Gegenwart gefoltert. Später der Versuch, sie durch beide vergewaltigen zulassen. Dann selber gefoltert. Prügel, Elektroschocks, gezielte Schläge, besonders in den Magen. Nach den Ohnmachten Wiederholung. Tagelang. Abwechselnd auch eine andere „Methode": Nackt auf einen Tisch gefesselt. Offensichtlich präparierte Spinnen und Mäuse über Gesicht und Körper gejagt. „Die Mäuse griffen mich an. Dann spreizten die Männer meine Beine und stießen mir Mäuse in die Vagina." Unzählige Male vergewaltigt. Jetzt im Gefängnis „Zum guten Hirten", Santiago. Schwanger.

Zwei Namen, 6000 bis 8000 politische Gefangene. Zahlen, mit denen man ohne Gedanken an das, was sich hinter ihnen verbirgt, jonglieren kann. Als der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Gerhard Todenhöfer, in Santiago ankam, erhielt „Radio Balmaceda" für zehn Tage Sendeverbot. Vor dem Umsturz hatte der Sender der jetzt verbotenen Christdemokratischen Partei (PDC) gehört. Begründung: Verstoß gegen die Bestimmungen der Staatssicherheit. Der Sender hatte gemeldet, daß 2000 Exemplare eines Buches des Soziologen Claudio Orrego Vicuna über weltpolitische Krisen der Gegenwart auf Befehl der Junta vernichtet wurden. Der Autor ist PDC-Abgeordneter gewesen.

Augusto Pinochet Ugarte sagte über das Gespräch mit Todenhöfer in Punta Armas, es sei „umfassend und offen" gewesen. Es sei auch die Frage der „linken Häftlinge" erörtert worden. Es gebe zur Zeit etwa 1107 politische Gefangene und eine „mehr oder weniger gleiche Anzahl" sei von ordentlichen (Kriegs-)Gerichten abgeurteilt worden. Über die könne er aus „Respekt vor der Justiz" nicht verfügen. Todenhöfer kam mit der frohen Botschaft über zukünftige Demokratie und Pinochets erstaunlicher Zusage zurück, „fast alle", nämlich 4500 politische Gefangene freilassen zu wollen.

Die evangelische Kirche in der Bundesrepublik protestierte: Nicht 1107, nicht 4500, sondern zwischen 6000 und 8000 Chilenen seien in den Gefängnissen und Konzentrationslagern. 1000 bis 1500 Menschen seien spurlos verschwunden. Mindestens 1000 Chilenen seien ständig in vorbeugender Haft (verhaftet, mißhandelt, entlassen, die Nächsten). Am stärksten gefährdet seien drei Gruppen (deren Ausreise die Junta nur nach ganz massiven ausländischen Interventionen manchmal erlaubt): Gefangene, über die die Junta jede Auskunft verweigert. Gefangene, die auf ihre Aburteilung warten. Verurteilte.

Was er von Demokratie, Parteien und Politikern hält, machte Pinochet kurz nach der Abreise Todenhöfers wieder einmal allen klar. Er würde gerne, erklärte er, Zivilisten in die Regierung nehmen (drei hat er schon). Es dürften jedoch keinesfalls Politiker sein, sondern „reine und saubere Leute".

Zunächst war dafür gesorgt worden, daß „reine und saubere Leute" in die Spitzenpositionen der Armee aufrücken konnten. Unmittelbar nach dem Tod des Verteidigungsministers, General Oscar Bonilla, durch einen Hubschrauberabsturz am 3. März. Innerhalb der Militärhierarchie hatte Bonilla nach Pinochet den höchsten Rang. Nach General Bachelet (einstiger Vorgesetzter des jetzigen Juntamitgliedes Luftwaffengeneral Leigh; durch Folter oder deren Folgen ermordet) und General Prats (einstiger Vorgesetzter von Pinochet; in Buenos Aires ermordet) ist Bonilla der dritte hohe General, der eines gewaltsamen Todes starb. Allerdings nicht wegen seiner Verfassungstreue.

Bonilla war als Innenminister der direkt Verantwortliche für den Terror. Er zeigte sich viel in der Öffentlichkeit und sprach mit „lästigen Ausländern" über Christentum und Menschenrechte. Als er im Juli 1974 zum Verteidigungsminister ernannt wurde, war man sich nicht darüber im klaren, ob dies als Beförderung oder Degradierung aufzufassen sei.

Bonilla war 1964 Militärberater des Präsidenten Frei (PDC) geworden. Ihre Beziehungen zueinander fielen bereits damals als besonders freundschaftlich auf. Bonilla galt daher nicht nur als der Verbindungsmann zwischen dem gegen die Regierung Allende arbeitenden rechten Flügel der PDC (+ CIA) und dem Militär, sondern nach der „gelungenen Befreiung" sah man in ihm den Garanten für die „Rückkehr zur Demokratie" unter Frei.

Als Frei im September 1974 von einer längeren Reise aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt war, soll Bonilla begonnen haben, gegen Pinochet zu konspirieren. Es fiel jedenfalls auf, daß er ab 18. 11. 74 nicht mehr in der Öffentlichkeit und in seinem Ministerium gesehen wurde. Die Junta dementierte Gerüchte über seine Ermordung, zeigte ihn am z. 1. 75 Journalisten und erklärte, daß Bonilla mit einer Verletzung der Wirbelsäule in einer Klinik liege. (Nach Informationen der Opposition war die Klinik wahrscheinlich eine Zentrale der DINA, der „Dirección de Investigación National Anticomunista", der von Bonilla mitgeschaffenen chilenischen GESTAPO).

Als am 3. 3. der brennende Hubschrauber vom Himmel fiel, war Bonilla angeblich auf dem Wege gewesen, seine Amtsgeschäfte wieder aufzunehmen. Das glaubte in Santiago niemand. Die drei Tage Staatstrauer, das Staatsbegräbnis für den „Helden des Vaterlandes", die „Tragödie für das ganze Land" usw. erinnerten sehr an die Manieren der legendären Gangsterbanden von Chicago.

Bonillas Nachfolger wurde General Herman Brady, der ein Diplom der nordamerikanischen Militärakademie Fort Benning hat, und sich im „vaterländischen Krieg" gegen das eigene Volk besonders hervortat. Neuer Generalstabschef des Heeres wurde General Sergio Arellano Stark, der „Todesgeneral". (Im Oktober 1973 ließ er u. a. in den Städten La Serena, Calama, Copiapó und Antofangasta über hundert Gefangene hinrichten, vorwiegend Menschen, die bereits von Kriegsgerichten „nur" zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. Er wurde gestoppt durch Proteste aus Kreisen der Junta, aber seither unaufhaltsam befördert.)

Neben den verfassungstreuen Soldaten und Matrosen und vielen ihrer ehemaligen Vorgesetzten, die, sofern sie noch leben, unter furchtbaren Bedingungen gefangengehalten werden, scheint sich nun die Zahl der Soldaten drastisch zu erhöhen, die Befehle verweigern. Das Konzentrationslager Chacabuco ist weitgehend von Zivilisten geräumt und jetzt für „Deserteure, Widerspenstige und Rebellen" reserviert.

Im Januar haben zehn hohe Offiziere ein Manifest verfaßt und mit vollem Namen unterzeichnet, in dem sie sich „gegen die faschistische Junta" erklären und versichern, daß sie kämpfen würden für die Wiederherstellung der Demokratie und die „Rückkehr zu einer verfassungsmäßigen Regierung".

Laura Allende Gossens, während der Regierung der Unidad Popuhr Abgeordnete der Sozialistischen Partei, Schwester von Salvador Allende, Mutter von Andrés Pascal Allende (nach dem Tod von Miguel Enriquez im Oktober 1974 Generalsekretär des MIR); ist nach massiven monatelangen Interventionen lateinamerikanischer Regierungen jetzt in Mexico. Während verschiedener Pressekonferenzen kam sie zu Schlußfolgerungen, zu denen auch Sicco Mansholt nach einer 14tägigen Chilereise gekommen war.

Mansholt, Niederländer, ehemaliger Präsident der Brüsseler EG-Kommission, war im Auftrag der Sozialistischen Internationale gereist und kurz vor Todenhöfer zurückgekommen. Er bestätigte, daß die Bevölkerung „einem Terror ausgesetzt ist, der in mancher Beziehung mit dem Auftreten der GESTAPO im Zweiten Weltkrieg zu vergleichen ist."

Frau Allende zum Thema: „Die chilenische Diktatur betrügt Beobachter und internationale Kommissionen, die nach Chile kommen, um die Verletzung der Menschenrechte zu untersuchen." Die Konzentrationslager erhielten für kurze Zeit eine menschenwürdig erscheinende Fassade; die Folterhäuser würden geräumt und die Opfer versteckt (meist in militärischem Sperrgebiet). Sie selbst sei mehrfach versteckt worden vor ausländischen Delegationen.

Für einzelne treibt die Junta diesen Aufwand jedoch meistens nicht. So beschwerte sich kürzlich der Verteidiger von Luis Corvalan (Senator in der UP-Regierung, Vorsitzender der Kommunistischen Partei), der Nordamerikaner Stanley Faulkner, bitter darüber, daß es ihm bei seinem letzten Besuch in Chile unmöglich gemacht wurde, Corvalan zu sehen.

„Die Untersuchungskommissionen", meinte Laura Allende, „haben ihre fundamentale Aufgabe erfüllt: bestätigt, daß mein Land ein einziges Gefängnis ist vom Norden bis zum Süden. Jetzt muß anders gehandelt werden. Konkreter: Boykott. Bruch der diplomatischen Beziehungen. Wirtschaftliche Isolierung."

Konkret 05/75, S. 30

Die Sache mit dem Flair

KONKRET-Serie: Student ´75, Schluß
Sind Westdeutschlands Studenten auf dem Weg nach rechts? Gewinnt die CDU-Jugend mehr Anhänger? Wer rettet den VDS?

Tendenzwende an den Hochschulen? J a - wenn wir hören

· daß dem SHB, dem Sozialistischen Studentenbund, jetzt auch die Bundesjugendplan-Mittel entzogen wurden, '

· daß Rektor und Landesregierung eine Gedenkfeier für die Geschwister Scholl in der Münchner Universität verbieten,

· daß die Oldenburger Universität gegen den Willen ihrer Mitglieder nicht den Namen Ossietzkys tragen darf,

· daß die Mainzer Studentenzeitung aufgrund einer Karikatur des KONKRET-Mitarbeiters Stefan Siegen beschlagnahmt wird,

· daß ein Staatssekretär die nordrhein-westfälischen Rektoren auffordert, ihm Geheim-Berichte über studentische Aktivitäten in Hochschulen und Wohnheimen zuzuschicken,

· daß der „Verfassungs-Schutz" bereits 100 000 Personen auf ihre „Gesinnung" überprüft hat,

· daß ein Hochschullehrer nicht berufen wurde, weil er in der Schweiz Gast einer „kommunistischen Stammkneipe" war,

· daß der Kieler Uni-Rektor vertragliche Kontakte zur Universität Santiago de Chile aufrechterhält und Junta-Professoren empfängt,

· oder daß eine Burschenschaftsdelegation unter Leitung des CDU-Bundestagsassisten Prießnitz vor Ort „ein klares Chile-Bild" (so die „Welt") gewann,

· und schließlich, daß ein Heidelberger Student ein Jahr Universitäts-Verbot bekommt weil er im Hörsaal das Diskutieren nicht lassen konnte.

Tendenzwende an den Hochschulen? Nein - wenn wir den politischen Standort der Studenten selbst und ihre Aktivitäten als Maßstab setzen. In einer Infratest-Erhebung (der zufolge 70 Prozent der Studenten - gegenüber 27 Prozent der Wahlbevölkerung - an politischen Problemen „stark interessiert" sind) nach den „entschiedensten Reformern" gefragt, nannten 57 Prozent der befragten Studenten den DKP-nahen MSB Spartakus, je 34 Prozent die Juso-Hochschulgruppen und den SHB, 28 Prozent die DKP und 9 Prozent die SPD (Mehrfachnennungen). Paradox genug ergab sich bei einer anschließenden Frage zur Parteien-Präferenz folgendes Spektrum: SPD 45 Prozent, FDP 8 Prozent, CDU/CSU 14 Prozent und DKP 5 Prozent. 16 Prozent wollten keine dieser Parteien angeben.

Nehmen wir die Studentenparlaments-Wahlen als politischen Gradmesser. Im Dezember vorigen Jahres jubelte die „Welt" auf Seite 1: „Nach fünf Jahren verliert die Linke Bonns Universität!" Tatsächlich errangen - trotz eines erheblichen absoluten Stimmenzuwachses für die linken Gruppen - die CDU-Studenten vom RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) und anderen rechten Organisationen eine Mehrheit im Bonner Studentenparlament. Ein Wahlkampf mit beispiellosem Materialaufwand und bundesweiter Konzentration der Hochschul-Rechten auf Bonn waren vorausgegangen. Doch der erhoffte „Domino-Effekt" blieb aus. Die meisten der darauffolgenden Wahlergebnisse an den anderen Hochschulen brachten empfindliche Schlappen für den RCDS und erhebliche Gewinne für SHB und MSB Spartakus, zum Teil auch für die Juso-Hochschulgruppen.

Dementsprechend sah die Zusammensetzung des Gründungskongresses für einen bundeseinheitlichen studentischen Dachverband aus: Die stärkste Fraktion bildeten 65 ASTen (Allgemeine Studentenausschüsse), die von SHB und MSB Spartakus getragen werden; etwa 20 Studentenvertretungen wurden von den Juso-Hochschulgruppen vertreten; rund 40 von maoistischen und anderen linkssektiererischen Organisationen; und nur 7 ASTen vom RCDS und dessen Verbündeten.

Der Kongreß begann am 20. März in Düsseldorf (vertagte sich allerdings noch vor Schluß des ersten Tagesordnungs-Punkts), aber kaum einer hat's gemerkt. Wenn die Vertreter von fast 1 Million Studenten zusammenkommen, um einen der stärksten Verbände der Bundesrepublik zu gründen, die „FAZ" hält's nicht für erwähnenswert (ein ausführlicher Bericht von Mrs. Thatchers Aufnahme in den Carlton-Club war ihr an diesem Tag wichtiger). Und auch sonst wollten die großen Zeitungen des Landes kaum eine Zeile über den Studentenkram verlieren.

Aber vielleicht sollte man auch froh drüber sein. Die bürgerliche Journaille hätte sich wahrscheinlich eh nur am desolaten Erscheinungsbild dieser Versammlung hochgezogen; wie der Herr vom WDR etwa, der nach dem Sinn der Berufsverbote

fragte, wenn sich die Linken doch selbst gegenseitig die Köpfe einschlügen. Und wer schon - sei er nicht grade Insider auf der Hochschul-Szene - kann dieses Bild entwirren: Da kabbeln sich KBW und KSV, KB und KHB, AK-Fraktion und Spontis, Jusos und RCDS, SLH und SHB, Spartakus und Spartacus . . . Dennoch, es wäre fatal, von diesem Bild auf den tatsächlichen Stand der Studentenbewegung in der BRD zu schließen.

Worum ging es in Düsseldorf? Auf eine Formel gebracht: VDS + SVI = VDS. Will heißen, die Studentenvertretungen, die im Verband deutscher Studentenschaften und die, die im Studentenverband der Ingenieurschulen (Fachhochschulen) zusammengeschlossen sind, bilden einen neuen, gemeinsamen Dachverband: die Vereinigten Deutschen Studentenschaften.

Auf der Gründungsversammlung schälten sich vier Positionen heraus: 1. der Marxistische Studentenbund Spartakus, der gemeinsam mit dem SHB ein hochschulpolitisches Konzept der „gewerkschaftlichen Orientierung" vertritt; z. die Jungsozialisten-Hochschulgruppen (Jusos, SHB, Spartakus und der FDP-nahe LHV bildeten zusammen paritätisch den Vorstand des alten VDS); 3. verschiedene maoistische Vereinigungen und sogenannte Basisgruppen, die den alten SVI-Vorstand majorisierten; 4. rechte Gruppen unter der Führung des RCDS.

Doch das politische Koordinaten-System des Beobachters gerät ins Wanken. Und es wird ihm klar, warum die konstituierende Satzungsgebung bis heute noch nicht abgeschlossen ist, wenn er folgendes hört:

„Der Verband setzt sich ein für eine freiheitliche, demokratische, soziale und rechtsstaatliche Entwicklung unserer Gesellschaft." Dieser Passus soll in die neue Satzung aufgenommen werden. Aber wer verweigert die Zustimmung? Der Spartakus? Nein. Der SHB? Auch nicht. Der LHV ist Antragssteiler. Daß die Maoisten im Verein mit den Rechten diesen Satz nicht wollen, paßt in ihr Weltbild. Aber daß seine Verabschiedung ausgerechnet am Veto der Juso-Hochschulgruppen scheitert - wer kommt da noch mit?

Diese Taktik brachte dann auch Juso-Bezirks- und Landesvorstände von Hamburg bis Bayern und SPD-Gliederungen von Hummelsbüttel bis Bonn in Harnisch: „Mit Empörung und scharfer Kritik" fordern sie in Erklärungen die Juso-Studenten auf, ihr „bisheriges prinzipienloses Taktieren mit Negativ-Koalitionen" einzustellen.

In der Tat waren die Juso-Hochschulgruppen mit dem festen Vorsatz angetreten, sich mit dem MSB Spartakus nicht wieder an einen Tisch zu setzen. Über die realen Kräfteverhältnisse an den Hochschulen und deren Spiegelbild, das die VDS-Versammlung bot, eines besseren belehrt, schraubten sie ihr Ziel zurück: MSB Spartakus und SHB müssen in die Minderheit gedrängt werden, vor allem im neuen VDS-Vorstand. So war es auf dem Kongreß ein offenes Geheimnis, daß dieses Ziel wenige Tage zuvor auf einer Sitzung des neugewählten Juso-Bundesvorstands formuliert wurde, gekoppelt mit der Auflage, die Juso-Hochschulgruppen dürften nicht einmal mit den Spartakus-Vertretern verhandeln. Ergebnis war die „perverse Koalition", wie es im VDS-Jargon hieß, ein Negativ-Bündnis von Juso-Hochschulgruppen, Maoisten und CDU-Studenten, geeint in ihrer Ablehnung der gewerkschaftlich orientierten Politik von SHB und Spartakus.

Diese Politik führte zum Beispiel an der Uni Bremen Mitte Februar zum offenen Bündnisangebot der dortigen Juso-Studenten an den maoistischen KSB/ML, einen sogenannten Kommunistischen Studentenbund/Marxisten-Leninisten (KSB-Kostprobe zum Berufsverbot für das DKP-Mitglied Prof. Horst Holzer: „Wer Holzer unterstützt, unterstützt die DKP - er unterstützt die Wasserträger des Faschismus"). Eine solche Koalition sollte einen Wahlsieg von SHB und MSB in Bremen zunichte machen. Nur durch den massiven Protest der Studentenschaft, die ihren Wählerwillen verfälscht sah, und durch Einspruch des Bremer Juso-Landesvorstands konnte sie verhindert werden. Der AStA der Uni Bremen wird jetzt von einem Bündnis aus MSB, SHB, LHV und Jusos getragen. Ein gemeinsames Aktionsprogramm verpflichtet alle Gruppen zur konstruktiven studentischen Interessenvertretung. Diese Bündnispolitik, wie sie beispielsweise auch in München oder Bamberg verfolgt wird, wird nun ebenfalls für den neuen studentischen Dachverband angestrebt.

Die Vertreter der allein von Juso-Hochschulgruppen geführten ASten wie Heidelberg, Göttingen oder Gießen allerdings betrieben im März noch „skrupellose Machtpolitik", wie ihre sozialdemokratischen Kollegen vom SHB verärgert feststellten.

Andererseits = und hierauf gründen sich die Hoffnungen von SHB und Spartakus, doch noch zu einer Zusammenarbeit mit den Jusos auch auf Bundesebene zu kommen - haben sie ihr politisches Gesicht zu wahren, sind sie ihrem eigenen Anspruch antikapitalistischer Politik verpflichtet. Den aber können sie allein an den Hochschulen nicht einlösen. Wer kommt als Partner in Frage? Der RCDS und seinesgleichen wohl kaum; zu oft hat er den undemokratischen Charakter seiner Politik unter Beweis gestellt. Die Maoisten? Hier verbietet sich ein Bündnis im Grunde schon allein durch einen entsprechenden Beschluß des Juso-Bundesausschusses zur Zusammenarbeit mit sektiererischen Gruppen.

Bleibt allein der starke Block „gewerkschaftlich orientierter" ASten, bleibt die Kooperation von SHB, MSB Spartakus, Jungsozialisten und - auch wenn er nur an drei Asten beteiligt ist - LHV. Ein solches Bündnis könnte 70 Prozent der

Stimmen im neuen VDS auf sich vereinigen, hätte das Mandat der Mehrheit aller Studenten. Die Entscheidung muß noch in diesem Monat, bis zur Fortsetzung der vertagten Gründungsversammlung, fallen.

Ein Einigungszwang besteht nicht nur, weil die Studenten zur Durchsetzung ihrer dringendsten politischen und materiellen Forderungen möglichst schnell einen starken Dachverband brauchen: Diejenigen, denen der ganze Verein nicht paßt, weil sie in ihm keinen Fuß mehr auf den Boden bekommen, winken schon mit einem Konkurrenz-Vorhaben. Der RCDS plant eine „Bundes-Studentenkonferenz". Eine Gesetzes-Vorlage hierfür hat er schon erarbeitet. Administrativ soll ein Gremium eingesetzt werden, das nicht mehr von den gewählten Interessenvertretungen an den einzelnen Hochschulen, sondern von direkt gewählten Delegierten gebildet wird. Was dahintersteckt: Nationale studentische Interessenvertretung soll zur parlamentarischen Spielwiese werden, Koalition und Opposition lähmen sich im folgenlosen Palaver, effektive Interessenvertretung bleibt auf der Strecke.

Denn das ganze soll offensichtlich nach bayerischem Muster ablaufen. Per Landeshochschulgesetz wurden von der CSU-Studentenparlamente und ASten aufgelöst und durch Sprecher-Räte ersetzt, die an Weisungen von Hochschule und Kultus-Bürokratie gebunden sind. Die Studenten, die dennoch nicht auf frei gewählte Interessen-Organe verzichten wollten, mußten die Wahlen teilweise unter brutalem Polizei-Einsatz durchstehen (da wurden Urnen gestohlen, da wurden Wahlmaterialien verbrannt, da stürmte kasernierte Polizei Uni-Räume, in denen gewählt wurde). Trotzdem gibt es heute wieder an allen bayerischen Hochschulen Allgemeine Studentenausschüsse.

Verständlich, daß die Pläne zu einer Bundesstudentenkonferenz den Bundestags-Parteien recht gelegen kommen. Seit 1969, seit der VDS die Phase Adenauerscher Karrierezucht und die linksradikale Kinderkrankheit des „revolutionären Kampfverbandes" unter SDS-Führung überwunden hatte, wurde keine Bundesregierung mehr glücklich mit dieser Studentenvertretung.

Als die Zeiten der studentischen Fackelzüge zum 17. Juni vorbei waren, als es keinen Mauer-Tourismus und keine Berlin-Seminare mehr gab, strich die Bundesregierung dem VDS kurzerhand sämtliche öffentlichen Mittel. Als sich der Verband dennoch als lebensfähig und schlagkräftig erwies, setzten politische und juristische Disziplinierungsversuche ein. Willy Brandt noch auf dem VDS-Kongreß von 1960: „Gestatten Sie mir zu sagen, daß es nicht befriedigend ist, wenn die Sprecher der akademischen Jugend den Mut zur Politik fordern. Die Pflicht zur Politik würde mir persönlich mehr zusagen."

Ein peinliches Zitat, heute, wo das „Politische Mandat" der Angelpunkt aller Angriffe auf den VDS ist. Weil er Fragen der Chancengleichheit im Bildungswesen mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit in der gesamten Gesellschaft verknüpft, weil er die Forderung der Bildungsfinanzierung nicht von der nach Senkung des Rüstungs-Etats trennen will, weil er die Verbindungen materieller Forderungen der Studenten mit denen der Arbeiter und Angestellten aufzeigt, weil für ihn sein antifaschistischer Auftrag Solidarität mit den Völkern Indochinas, Chiles und mit der jungen portugiesischen Demokratie heißt. Kurz: weil der VDS das politische Mandat seit seiner Gründung 1949 kontinuierlich wahrnimmt, nur halt heute mit anderer Stoßrichtung, soll ihm jetzt der Garaus gemacht werden.

Das Startzeichen gab der Nationaldemokratische Hochschulbund der NPD mit seiner Kampagne „Klagt den VDS bankrott!" Dieser Aufforderung folgten einzelne Studenten (hauptsächlich NHB- und RCDS-Mitglieder) an fast allen Hochschulen. Und oft genug fanden sich Richter, die den jeweiligen Studentenvertretungen das Recht absprachen, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen und Gelder an den VDS, der das Politische Mandat wahrnimmt, abzuführen. Folge: Heute muß der VDS fast auf 70 Prozent seiner gesamten Mitgliedsbeiträge verzichten.. Die „Welt" freut sich: „Wer diesem Verband den Geldhahn° zudreht, macht sich um die Entpolitisierung und Befriedung der Universität verdient." Die Gerichte umreißen, wie weit die „Befriedung" zu gehen hat. So wurden zum Beispiel AStA-Stellungnahmen zum Mißtrauens-Votum gegen Willy Brandt 1971 oder zur Ratifizierung der Ostverträge, ja sogar gemeinsame Stellungnahmen von Studentenvertretungen und DGB zu Fragen des Hochschulbetriebs untersagt.

Solche „Maulkorb-Urteile", wie sie der Vorsitzende Richter am Oberverwaltungsgericht Frankfurt (Main), Heinz Düx, nennt, waren nicht zuletzt Anlaß für die Zusammenlegung der beiden Studenten-Dachverbände VDS und SVI. Den Willen der westdeutschen Studentenschaft, diese neue Dachorganisation mit politischem Mandat zu stützen, sollte eine Urabstimmung dokumentieren.

An 84 Hochschulen gaben über 130 000 Studenten, fast 90 Prozent der abgegebenen Stimmen, ihr„Ja" zu dieser Frage; ein beachtliches Ergebnis, wenn man bedenkt, daß in einzelnen Orten (Münster, Bremen) sogar gegen die Durchführung dieser Abstimmung gerichtliche Sanktionen verfügt wurden.

Also nochmal die Frage: Tendenzwende an den Hochschulen? Wohl kaum, und da mag die „FAZ" auch wieder einmal (15. 3.) jammern, die Revolution habe - was immer das sei - „ihr ‚kosmopolitisches` Flair verloren", sei „provinziell geworden, kleinkariert, borniert" und bescheide sich „in manchmal geradezu penetranter und kleinlicher Weise mit der Artikulation ‚studentischer Interessen'".

Penetrant für wen? Die Entscheidung, ob die Artikulation studentischer Interessen kleinlich ist, überlassen wir den Studenten lieber selbst. Und wenn sie sich in einigen Wochen zu bundesweiten Massenaktionen für ihre sozialen und politischen Rechte formieren, wenn sie zum „Sternmarsch '75" nach Bonn kommen, können wir ja auch nochmal die Sache mit dem „Flair" überprüfen.

Kasten Seite 32

„...und euch wählen ist ein Greuel"

Kurzportrait des RCDS

Rauschgiftringe handeln mit Rauschgift, Callgirlringe mit Callgirls. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) handelt nicht mit Christentum oder Demokratie, sondern mit Studenten.

In einem Brief an die Geschäftsleitungen diverser Firmen schrieb der damalige RCDS-Bundesvorsitzende Gerd Langguth vor einem Jahr: „Gut geschulte linksradikale Kadergruppen agitieren an den Hochschulen! Aus diesem Grund sucht unser Verband, der sich klar zur sozialen Marktwirtschaft bekennt. . . , um eine Geldspende von Ihrer Seite nach. Auf Wunsch sind wir gerne bereit, Ihnen nähere Auskunft über unsere Arbeit zu geben..."

In einem anderen Bittbrief an kapitalkräftige Unternehmen hieß es: „Der RCDS wendet sich vertrauensvoll an Sie. Bereits im vergangenen Jahr haben viele Verständnis für unser Anliegen gezeigt . . . Ohne Geld läuft nichts . . . Mit Ihrer Hilfe werden wir es schaffen!"

Führende Christdemokraten klingeln mit. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl Carstens wünscht sich, „daß die Masse der Studenten auf unsere Freunde vom RCDS hört". Und der Geschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrats, Haimo George, morst an Mitglieder und Freunde: „Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) bemüht sich um die Studenten der Universitäten und Hochschulen (Studentenzeitschriften, Podiumsdiskussionen, Seminare, ASTA-Wahlen, Information, Flugblätter usw.) und versucht, diese zur kritischen Befassung mit den Systemveränderern zu bewegen und sie von den freiheitlichen Anschauungen der Union zu Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu überzeugen . . . Wir haben uns mit dem RCDS-Landesverband Nordrhein-Westfalen über dessen Aktivitäten im einzelnen unterhalten, uns einzelne Projekte angesehen und die Personen, die den RCDS repräsentieren, kennengelernt. Wir glauben, Ihnen eine Unterstützung des RCDS in Nordrhein-Westfalen empfehlen zu sollen. Wenn auch Unternehmer heute bereits kaum noch Zeit haben, noch sollten sie Geld und Sachmittel in ihrem ‚Systemveränderungs-Abwehr-Etat` haben oder bereitstellen." In einem anderen Schreiben Georges heißt es: „Ich empfehle Ihnen daher eindringlich, zugunsten des RCDS-Bundesvorstands ein längerfristiges direktes Engagement einzugehen, denn nur durch langfristige Unterstützung ist eine gute Effizienz und eine anhaltende Meinungsprägung zu erreichen."

„Meinungsprägend" wird im RCDS auch innerverbandlich gearbeitet. In einem internen Brief schreibt Detlev Preuße vom RCDS der Uni Hamburg: „Der LaVo des RCDS Hamburg, R. Kimmich, hat auf der zweiten oMV des RCDS-Uni-HH am 28. 5. 73 mit satzungswidrigen Praktiken und faschistischen Schlägertrupps eine sachliche politische Auseinandersetzung unmöglich gemacht." Roland Kimmich war maßgeblich an der Zusammenarbeit des Hamburger RCDS mit Neonazis beteiligt, als diese gemeinsam im Tarnbündnis „LUK" (Liste Unabhängiger Kandidaten) auf Wählerfang gingen. Daß er „Welt"-Mitarbeiter ist, daß er in der Hamburger CDU gegen Jürgen Echternach kandidierte, weil ihm dieser nicht rechts genug war, ergänzt das Bild.

Dabei ist Kimmich durchaus repräsentativ für den RCDS, der zum faschistischen Putsch in Chile fragte: „Hätte man erwarten können, daß es ohne Verwundete und Tote abgehen würde . . . ?" Chile habe eben „nicht anders als durch Eingreifen des Militärs vor dem Bürgerkrieg und vor dem totalen Verfall gerettet werden" können.

Polizeistaatsmethoden sind beim RCDS nicht unbeliebt. In Heidelberg gab er „Informationen zum Streik" aus, in der Dozenten eingeschüchtert und Studenten zur Denunziation ermuntert werden sollten: „Zur Identifikation einzelner Störer liegen Bilder und Namen bereit bei: Tel. (06 21) 73 64 94."

Und Demokratie wird so betrieben: „Wahlabsprachen . . . sind sehr nützlich, wenn sie nicht publik werden." Oder: „Aktivieren Sie . . . möglichst viele Mädchen: Das sind oft nahezu ‚todsichere` Tips." Und Flugblätter „werden auf Matrize getippt und abgezogen, weil das spontaner wirkt" (zitiert aus einem RCDS-Leitfaden zur Wahlkampfführung).

Die Hamburger Studentenzeitung „zas" brachte den Studenten-Ring-Verein der CDU auf den Nenner: „Siehe, Ihr seid aus nichts, und Euer Tun ist auch aus nichts, und Euch wählen ist ein Greuel (Jesaia 41, 24)."

-

Konkret 05/75, S. 34

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

„Das Aufgeben von Räumen ist aktive Kriegskunst." Das stammt nicht von Clausewitz, nicht von Rommel, sondern von **Adelbert Weinstein**, dem Militärredakteur der „Frankfurter Allgemeinen". Weinstein meint aber nicht die Frontbegradigung am Kursker Bogen, die den Zweiten Weltkrieg - na, sagen wir mal - um die Zahl der potentiellen Arbeitslosen bei Audi-NSU verlängert hätte. Nein, Weinsteins Schreibtisch-Taten zielen auf Saigon und wie man es durch „Absetzbewegungen" verteidigen kann. Immerhin stehen „im Großraum Saigon drei fast intakte r Divisionen, die 5. nordwestlich, die 18. nordöstlich und die 25. westlich". Dazu kommen - nach Zählung des Wehrmachts-Offiziers Weinstein, der im besetzten Frankreich denkwürdige Feste mit Fronthelferinnen und Schampus zu geben verstand - noch „14 Panzerregimenter, mehr als ein Dutzend gepanzerter Aufklärungsschwadronen, an die zehn selbständige Panzerbataillone" und so fort. Und wenn dann „Rot sich anschickt, sowohl die Flankenstellungen in Kambodscha zu nutzen wie von der Küste her Saigon zu bedrohen.. .", ist es wie im Manöver. Oder wie in Frankreich, wo Weinstein schon mal einen Krieg gewonnen hat.

Zur Eröffnung einer Ausstellung des DDR-Künstlers Willi Sitte schrieb die „**Hamburger Morgenpost**": Sitte sei „einer der bedeutendsten Maler deutscher Zunge". Es ist ihnen eben alles Wurst.

Die „**Morgenpost**" ist eine „farbige Weltstadtzeitung" mit „sozialdemokratischer Grundhaltung". Da starb ihr ein Reeder: „Aristoteles Onassis hatte viel Geld, er hatte viele Frauen und Humor" (Weltstadt). Er trug „am Anfang seiner Laufbahn nur anderer Leute Sachen. Er war Laufbursche (farbig). Bis er in den 30er Jahren, auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise auf die Idee kam, sich billig eine Tankerflotte zusammenzukaufen" (Grundhaltung). Vor einigen Monaten gab es Gerüchte, die SPD wolle die „Morgenpost" dichtmachen. Einige hielten das für eine politische Frage. In Wahrheit ist es heute nur noch ein soziales Problem, das allerdings besser als von Sozialdemokraten von Planwirtschaftlern gelöst werden könnte, und zwar so: Leute, die sowas (also: nicht) schreiben können, einer vernünftigen Beschäftigung in der Produktion zuzuführen.

Karl Carstens, dessen Aufstieg zum Professor noch heute auch die wildesten Anläufe zu einer Reform der Hochschulen legitimiert, hat beobachtet, „daß es dieselben Kräfte sind, die zunächst den Amerikanern das Engagement in Vietnam vorgeworfen haben und die ihnen jetzt vorwerfen, daß sie Vietnam angeblich im Stich ließen". Du Dummerle, erst die Strümpfchen, dann die Schuhchen anziehen, nicht umgekehrt! Also nochmals Dieselben Kräfte, die zunächst den Amerikanern das Engagement in Vietnam vorgeworfen haben, sehnen den Augenblick herbei, wo sie endgültig abhauen. Und die den Amerikanern jetzt vorwerfen, daß sie Vietnam angeblich im Stich lassen, denen war der US-Völkermord schon immer Herzenssache. Daß du mir's aber jetzt nicht mehr verwechselst! Setzen!

An den Ringen der Bäume kann man ihr Alter ablesen. Woran liest man Prominenz ab? Da hat die CDU ein neues, prominentes Mitglied gewonnen. Die Prominenz rührt in diesem Fall aus unheimlicher Ehemaligkeit: Die Dame ist die ehemalige Frau eines ehemaligen Sozialdemokraten, der ehemals Bundesminister war. Sie heißt **Etta Schiller**. Eine Meldung für dpa und „Bild"-Zeitung, Seite eins. Heute noch.

Druckfehler sind manchmal Fehler, die durch Druck entstehen. Ein Springer-Setzer soll eine „**Welt**"-Geschichte über Adoption setzen (adoptieren - an Kindes statt annehmen). Nun muß er aber täglich Sätze über die autoritätszersetzenden linken Pädagogen durch die Maschine drehen. So steht in der „Welt" schließlich der Satz: „Elternlose Kinder sollen schneller Adaptiv-Eltern finden." Adaption heißt Anpassungsvermögen. Und Herbert Kremp hat alles gefettet.

Die Macht der Gewohnheit: Noch heute gilt die „**Süddeutsche Zeitung**" vielen als das, was sie in den sechziger Jahren war - ein liberales, manchmal kritisches Blatt. Daß sie inzwischen einen CSU-Chefredakteur hat und heute allenfalls noch für Kohl (und gegen Strauß) schreibt, ist vielen nicht aufgefallen (die Anzeigenkunden natürlich ausgenommen). Das liegt nicht zuletzt daran, daß der CDU-Kurs behutsam gefahren wird. Im „**Münchner Stadtanzeiger**", der im selben Verlag erscheint, wird man deutlicher: „Wer nämlich hat noch den Mut, Worte wie Moral, Ordnung, Gediegenheit, Staatstreue, Frömmigkeit und Biedersinn auszusprechen . . . Wer getraut sich noch frei zu behaupten, daß Wehrbereitschaft,

Unternehmertum und Privatbesitz auch etwas anderes bedeuten als Imperialismus, Ausbeutung und sozialschädliches Privileg?" Ja, wer soll sich das noch trauen, wenn aus dem Fernschreiber des Süddeutschen Verlags versehentlich die Bestätigung eines St. Moritzer Hotels tickert, die Reservierung einer Suite für 2000 Mark pro Tag für die Verlegerin Anneliese Friedmann gehe in Ordnung? Wer da noch Biedersinn und Frömmigkeit aufbringt - der macht die Gewohnheit.

Wenn die „Süddeutsche Zeitung", wöchentlich erscheint, heißt sie „Die Zeit", und der staatstreue Gediegene heißt **Theo Sommer**, nebenberuflich Mitglied des Londoner Institute for Strategie Nonsense. Sommer über Vietnam: „Selten ist ein Land so lautlos zusammengebrochen, hat (richtig: haben) sich seine Kampfkraft, seine Disziplin, seine Moral so schnell, so spurlos verflüchtigt. Wieso, warum? Die Welt ist aufs Rätseln angewiesen." Sommer nicht: „Genauso ist es gekommen, hat es, wer weiß, kommen müssen." Und: „Termopylae? Untergang der Goten am Vesuv? Aufrecht sterben? Nein." Nein, kein Schrecken ist so groß, kein Leid so tief und kein Verbrechen so abscheulich, daß dieser Nato-Poet uns mit seinen Bildungsschmockereien verschonen würde. Nein, diesmal gibt es über Theo Sommer nichts zu lachen. Es muß bei dem Wunsch bleiben, ihm eins aufs Maul z(i hauen.

„**Bild**" ist die Zeitung für den kleinen Mann. Sie wird vor allen Fabriktoren verkauft, ist immer dabei, nimmt kein Blatt vor dem Mund, spricht die Sorgen seiner Leser direkt an. Zum Beispiel mit diesem Kommentar: „Die eigene Insel -was bedeutet sie? Sie bedeutet Freiheit, Freiheit vom Lärm, vom politischen Haß, von der Angst vor Gewalttätern, vom Neid des Nachbarn, vom Streß und von des Tages Last. Und wenn die Insel nun ganz weit- weg liegt? Dann hat man wenigstens das Gefühl, daß man jederzeit auf seine Insel könnte." Man. Eine Spalte weiter wird ein preiswertes Inselchen gezeigt - für ganze 780 000 Mark. Gut, das ist immer noch eine Stange Geld und einer der anderthalb Millionen Arbeitslosen müßte etwa achtzig Jahre lang jeden Pfennig seines Arbeitslosengeldes und jeder gerade nicht Arbeitslose fünfzig Jahre lang seinen gesamten Lohn sparen - aber dann bekäme er auch was dafür: Kein Lärm, kein politischer Haß, kein Streß und, vor allem, keine „Bild"-Zeitung.

Redaktionen sind, wenn sie historische Photos brauchen, auf den Westberliner „**Ullstein-Bilderdienst**" angewiesen. Besonders gut bestückt ist „Ullstein" mit Photos aus der NS-Zeit. Auf der Rückseite sind die Bilder beschriftet. Eines hat den Text: „Il. Weltkrieg 1939-1945 / Rußland Kriegsschauplatz / Russische Befestigungen für die Verteidigung von Leningrad dienen unseren Truppen als Schutz und Bereitschaftsstellung für den weiteren Angriff." Unseren Truppen - und daneben Vermerke verschiedener Redaktionen, durch die das Bild schon gegangen- ist. Und niemandem ist was aufgefallen. Dann werden die Truppen, die den faschistischen Überfall auf die Sowjetunion unternahmen, wohl immer noch (oder schon wieder) „unsere" sein.

Franz Barsig, der Intendant des SFB und besondere Beschützer des SFB-Kommentators Matthias Walden, gab in der Westberliner SPD-Zeitung „Berliner Stimme" zu bedenken, man solle „nicht nur über den Springer-Konzernschimpfen, sondern auch einmal darüber nachdenken, ob man nicht auch selber Fehler begangen hat"., Ein gefährlicher Ratschlag, denn es könnte doch den einen oder anderen Genossen geben, der sich des Fehlers erinnert, den Walden-Freund Barsig vom einfachen Barackenbewohner zum SFB-Intendanten gemacht zu haben. Andrerseits ist die Tatsache, daß Barsig noch heute in einer SPD-Zeitung - und sei es auch nur in einer Westberliner - Springer in Schutz nehmen darf, eine ziemliche Überlebensversicherung.

Die „**Welt**" hat auf der Münchner Modewoche die neuen Modefarben ermittelt: „Schilf", „Rauch" und „Khaki". Die drei sind in der Tat „ganz aktuell". Sie kommen in dieser Zusammensetzung zur Zeit überwiegend im Mekong-Delta vor.

„**Sozialdemokrat Magazin**" heißt die Monatszeitschrift der SPD, die „im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert" wird. Im April mußte „Sozialdemokrat Magazin" berichten, wieviel die Parteimitglieder für die Aktion „Sozialdemokraten helfen ihren Freunden" im März gestiftet hatten: „Es waren ganze 630 Mark." Folgt die Frage: „Wann werden wir melden müssen, daß kein Sozialdemokrat auch nur eine Mark für seine Freunde im Ausland übrig hatte?" Entgegen den Erwartungen des SPD-Magazins kann das beantwortet werden: Wenn noch mehr Meldungen über die Aktivitäten des Genossen Bruno Friedrich in Sachen Portugal erscheinen, noch mehr Bilder des Genossen Hans-Jürgen Wischnewski im trauten Zwiegespräch mit dem BND-Waffenhandelspartner Mertins veröffentlicht werden können und weitere Details über die Rolle der Friedrich-Ebert-Stiftung z. B. beim Kommunisten-Schlachten in Indonesien herauskommen. Wer wirklieb internationale Solidarität üben will, gibt sein Geld eben lieber Organisationen, die damit keine Nato- oder Seato-Politik machen wollen: Der DGB-Jugend (Spenden für Chile im letzten Jahr: 100 000 Mark) oder den Jungsozialisten (100 000 Mark)..

Der frühere deutsche Ski-Meister Willy Bogner, im Hauptberuf Kleiderhändler, will einen Film mit Ski-Clowns drehen. Der „**Spiegel**" spezifiziert Bogners Plan:„ Irgendwas zwischen Grock und Chaplin. Hauptsache verrückt." Einst mühten sich die Satiriker des Landes, die „Spiegel"-Masche durch Persiflage aufzulösen. Die Entwicklung schreitet schnell, der „Spiegel" liefert seine Parodie gleich mit. Demnächst werden wir lesen: Er suchte eine Frau - irgendwas zwischen Jane Mansfield und Gerhard Stoltenberg. Hauptsache blond.

Konkret 05/75, S. 36

Heinrich Böll

„Alles ist Gewalt"

Springer-Journalist Matthias Walden hat Heinrich Böll beschuldigt, den Boden der Gewalt durch den Ungeist der Sympathie mit den Gewalttätern gedüngt zu haben. Böll hat geklagt und (in erster Instanz) verloren. Doch Böll gibt noch nicht auf

FRAGE: Herr Böll, Ihre Klage gegen den Sender Freies Berlin und Matthias Walden ist vom Gericht in erster Instanz abgewiesen worden. Einige Zeitungen kommentieren das als einen Sieg der Meinungsfreiheit.

BÖLL: Die Schwierigkeit für das Gericht bestand darin, daß die Grenze zwischen Meinungsfreiheit und Verleumdung noch kaum festgelegt ist. Und ich möchte versuchen, sie dennoch festzulegen, auch wenn meine Klageinder ersten Instanz abgewiesen worden ist.

FRAGE: Wo sehen Sie die Grenze?

BÖLL: In diesem Fall ganz eindeutig. Ich habe nachgewiesen -und das Gericht hat es bestätigt -, daß Herr Walden Zitate von mir gefälscht hat. Ob jemand mit gefälschten Zitaten und falsch datierten Zitaten in einer solchen Situation Meinung machen darf, das möchte ich weiter gerichtlich zu klären versuchen.

FRAGE: Man hat Sie schon oft beleidigt und verleumdet, ohne daß Sie sich dagegen vor Gericht gewehrt haben. Gegen Matthias Walden klagen Sie. Warum?

BÖLL: Herr Walden hat mich in direkten Zusammenhang gebracht mit der Ermordung Herrn von Drenkmanns. Das fand ich besonders schlimm, weil ich eine Woche vor dem Kommentar zur Ermordung Herrn von Drenkmanns ganz eindeutig Stellung genommen hatte. Die anderen Beleidigungen und Verleumdungen kann ich gar nicht alle verfolgen. Ich hätte einmal pro Woche Grund und würde mich für Monate oder Jahrein Prozesse verwickeln. Das kann ich mir nicht leisten. In diesem Fall wollte ich einmal versuchen festzustellen, wie weit das gehen darf.

FRAGE: Bis auf einen anonymen Anruf gibt es im Fall Drenkmann bis heute keine Erkenntnisse über die Täter oder den Täterkreis. Dennoch schreiben bestimmte Journalisten Kommentare sogar schon über Sympathisanten der unbekannten Täter.

BÖLL: Dieser objektive Hintergrund ist mir bei der Klage mindestens so wichtig wiedersubjektive. Wohin kommen wir, wenn Täter öffentlich genannt werden, ohne daß auch nur das geringste Ermittlungsergebnis vorliegt? Im Fall der Ermordung Herrn von Drenkmanns gibt es nur diesen anonymen Anruf. Und es kann also, wenn das so weitergeht, jeder, der zwanzig Pfennig in der Tasche hat, und wenn dann irgendwo ein Mord passiert oder eine Bombe fällt, anrufen und sagen „RAF" oder „BFD" oder „XY". Ich halte das für einen verheerenden Zustand.

FRAGE: Sie haben gesagt: „Empfindlicher reagiere ich allerdings, wenn es in Anstalten öffentlichen Rechts Schmähungen gibt."

BÖLL: Bis heute habe ich noch niemals einen Zeitungsjournalisten oder eine Zeitung verklagt, weil die Zeitungen privatwirtschaftlich organisiert sind und ich die Interessen, die dahinterstecken, erkenne, besonders eindeutig bei der Springer-Presse, die geradezu krankhaft auf mich reagiert. In einer Anstalt des öffentlichen Rechts haben die Nachrichtensendungen einen quasi-amtlichen Charakter. Und an einer Anstalt öffentlichen Rechts bin ich als bewußter und steuerzahlender Bürger der Bundesrepublik Deutschland ja mitbeteiligt. Das ist der Unterschied.

FRAGE: Ist dieser Prozeß ein Musterprozeß?

BÖLL: Ganz sicher nicht für die Kammer in Köln, die diesen persönlichen Fall entscheiden mußte. Aber solche Fälle bekommen natürlich eine grundsätzliche Bedeutung. Wie unterschiedlich die Rechtsprechung ist, können Sie feststellen, wenn Sie meine Auseinandersetzung mit den Herren Lummer und Walden vergleichen mit der Auseinandersetzung Strauß/Brandt in Sachen „Saustall". Das Berliner Kammergericht hat Herrn Lummer sehr weitgehende Meinungsäußerung gestattet, hat ihm auch Interpretationen meiner Äußerungen als Meinungsfreiheit zugebilligt, Interpretationen, die ich als schwere Verleumdung registriert habe, das Kölner Gericht hat sogar nachweislich Fälschungen von Herrn Walden zwar mißbilligt und mir zugestanden, daß ich dadurch in meiner Ehre verletzt sei, aber das höhere Rechtsgut Meinungsfreiheit hat auch über diese vom Gericht festgestellte Tatsache gesiegt. Willy Brandt aber darf Herrn Strauß nicht einmal

unverfälscht zitieren, und er darf auch nicht -was die Herren Lummer und Walden durften - interpretieren. Was festzustellen wäre: Die Grenze zwischen Kritik und Verleumdung. Der eine - Walden - darf also sogar mit Fälschungen arbeiten, mit gefälschten Zitaten seine Meinung vertreten, der andere - Brandt - darf noch nicht einmal eine unverfälschte Äußerung von Herrn Strauß interpretieren.

FRAGE: Paßt das Urteil der Kölner Kammer nicht in einen Gesamttrend, der sich gegen linke Verlage und Autoren richtet?

BÖLL: Es sieht so aus. Wenn ich an den Prozeß gegen Wagenbach denke, den ich für eine Absurdität halte, den Prozeß gegen Engelmann, gegen Delius, die Manipulationen im Fall Staeck,, dann sieht es so aus, als wenn das alles in eine bestimmte Richtung geht. Daß Gewalt von rechts - etwa gewalttätige Schlagzeilen der „Bild"-Zeitung - offenbar nicht als Gewalt verstanden wird, daß die Meinungsfreiheit der Linken überall unterdrückt wird und die Meinungsfreiheit der Rechten offenbar nicht so leicht anzutasten ist - so sieht es aus. Es ist Zeit, daß sich die Justiz fragt: Wessen Meinung ist frei, die von Wagenbach oder die von Walden? Ich kenne die intellektuelle Szene der Bundesrepublik sehr genau, ich kenne auch viele Schriftsteller und Intellektuelle . Die werden zur Zeit in eine Ecke gedrängt, aus der sie sich nur noch in Radikalität oder in den Underground retten können. Und da möchte ich - auch durch diesen Prozeß - versuchen, Entspannung zu schaffen. Wenn man mich ungestraft in direkten Zusammenhang mit der Ermordung Herrn von Drenkmanns stellen darf, dann kann man hunderte oder tausende junger Intellektueller, Lehrer, Schriftsteller mit viel geringeren Mitteln einschüchtern.

FRAGE: Es gibt Pläne zu Gesetzesvorlagen, die jede Propagierung von Gewalt in Literatur und Zeitungen unterbinden sollen.

BÖLL: Wenn man das anfängt, muß man natürlich erst Gewalt definieren. Was ist Gewalt? Alles ist Gewalt! Eine Schlagzeile ist Gewalt, und den Kommentar von Herrn Walden habe ich als Gewalt empfunden. Wenn man nicht vorher Gewalt definiert, geht ein solches Gesetz in eine tendenziöse Richtung. Gewalt ist das Landserheft, Gewalt ist das Alte Testament, das Nibelungenlied besteht fast nur aus Gewalt, Sophokles ist voller Gewalt - da muß man wissen, wo man aufhört oder man muß die gesamte abendländische Literatur und Kultur in Frage stellen. Gewalt ist auch die Herstatt-Pleite. Da wird Menschen, die ein Leben lang gespart haben, mit Gewalt Geld weggenommen. Was ist denn keine Gewalt?

Konkret 05/75, S. 37

Wolfgang Schivelbusch

Stirb dich glücklich!

Nach dem Sex wollen die US-Amerikaner das nächste große Tabu sterben lassen - den Tod

Die amerikanische Gesellschaft hat in den 60er Jahren gründlich mit dem großen Tabu des Puritanismus, der Sexualität, aufgeräumt. Seit Beginn der 70er Jahre scheint sie sich nun dem zweiten großen Tabu zuzuwenden. „Books in Print", ein Katalog, der alle im Handel befindlichen amerikanischen Buchtitel enthält, zählt über 100 Titel auf, die mit Tod und Sterben zu tun haben.

Die meisten davon sind seit 1970 erschienen. Die Titel lauten „Living your Dying", „Death Education", „Death in American Experience", „On Death and Dying" (auf deutsch etwa: „Das Erlebnis des Sterbens", „Erziehung zum Tode", „Der Tod im amerikanischen Lebensgefühl", „Über Tod und Sterben"). Der letzte Titel, dessen Autorin die amerikanisch-schweizerische Ärztin Elisabeth Kübler-Ross ist, hat Bestseller-Format. Allein zwischen 1970 und 1972 erreichte die Taschenbuch-Ausgabe acht Auflagen.

Der Buchmarkt ist nicht das einzige Barometer für die neue Stimmung. Die Massenmedien bringen Podiumsdiskussionen zum Thema Tod und Sterben. Einige Universitäten veranstalten Kurse darüber. In New York gibt es seit 1968 eine „Foundation of Thanatology", zu deutsch: eine Stiftung für Thanatologie.

Thanatologie, das ist die Wissenschaft vom Tod und vom Sterben. Der Begriff und die Zielrichtung dieser neuen Disziplin ist nicht zu verwechseln mit dem Komplex Euthanasie. Euthanasie bedeutet Sterbehilfe für unheilbar Kranke, Verkürzung der Sterbequal, Gnadentod. Thanatologie dagegen läßt sich vielleicht am besten definieren als die Wissenschaft, die die Sterblichen damit vertraut zu machen sucht, daß Tod und Sterben natürliche Erscheinungen im Leben sind.

Die Thanatologie geht davon aus, daß nur die bisherige Entfremdung vom Tod und vom Sterben bewußt zu machen sei, um den Menschen die Angst davor zu nehmen. Die Entfremdung aber ist ein verhältnismäßig junges Phänomen. Bis ins vergangene Jahrhundert starb man noch im Kreis der Familie. Die speziellen Sterbe-Institutionen Krankenhaus und Pflegeheim gab es so gut wie noch nicht. Der Tod war noch ins Leben integriert. Das hat sich seit der modernen Medizin geändert. Der in den Sterbe-Institutionen gettoisierte Tod ist zum gesellschaftlichen Tabu geworden, vergleichbar in mehrerlei Hinsicht dem sexuellen Tabu im Puritanismus und Viktorianismus. Vom Tod spricht man nicht. Den Tod verdrängt man. Man verdrängt ihn, indem man den Todeskult zu einem Quasi-Lebenskult erhebt - vergleiche die satirische Beschreibung der amerikanischen Begräbnissitten in Evelyn Waughns Roman „Tod in Hollywood" oder die soziologische Studie von Jessica Mitford „The American Way of Death".

Die gegenwärtige amerikanische Beschäftigung mit dem Thema Tod ist der Versuch, diese große gesellschaftliche Verdrängung abzubauen. Herman Feifel ist einer der bekanntesten Psychologen, die sich mit dem Thema beschäftigen. Er beschreibt die beiden Gefahren, denen die aufklärerische Arbeit auf dem Felde des Todes ausgesetzt ist:

„Schmerzen und Sterben, das sind Dinge, die man nicht ohne weiteres mit den üblichen Kategorien und theoretischen Einsichten erfassen kann. Wer sich mit ihnen beschäftigt, sieht sich entweder der Skylla ausgesetzt, selber überwältigt zu werden von seinen alten Ängsten; der Angst zu sterben, oder auch bestimmte Antipathien oder Identifikationen mit seinen Patienten zu entwickeln. Oder er scheitert an der Charybdis, d. h., er intellektualisiert alles, versteckt sich hinter einer Fassade von Pseudo-Sachlichkeit, weigert sich, das geringste überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, was diese Äußerlichkeit übersteigt."

Die Frage ist, ob die neue Disziplin der Erziehung zum Tode, die so viele Analogien zur Sexual-Erziehung der 60er Jahre hat, in ähnliche Fehlentwicklungen münden wird wie diese, d. h. in einen platten Pragmatismus, entsprechend der Entwicklung von der Sex-Tabuisierung zur Sex-Leistungs-Ideologie. Auszuschließen ist eine solche Entwicklung nicht. So schreibt ein amerikanischer Psychologe namens John Brantner über die alten Ängste von Sterbenden, allein und im Dunklen gelassen zu werden:

„Diese Ängste galten in der bisherigen Geschichte. Aber sind sie heute noch vernünftig? Müssen wir sie heute noch haben? Wir haben die Möglichkeiten der Schmerzlinderung perfektioniert. Die meisten von uns sterben in Kliniken, wo wir frei und ungezwungen mit den Ärzten darüber sprechen können, wie wir schmerzlos sterben. Sie garantieren uns nicht nur dies, sondern sie versprechen uns auch daß wir nicht einsam sterben werden. Sie können die elektrische Beleuchtung auch

nachts brennen und Radio und Fernseher ebenfalls die ganze Zeit laufen lassen. Die Ängste, daß wir unter großen Schmerzen einsam und im Dunkeln sterben, sind also überholt. Sie existieren nur in unserer Einbildung, und wenn wir nicht darüber sprechen."

Solche unfreiwillig amerika-satirischen Anschauungen wonach die Todesangst mit elektrischer Beleuchtung zu vertreiben sei, sind in der thanatologischen Diskussion allerdings noch selten. Anders verhält es sich mit einer moderneren, mythos-gläubigen amerikanischen Naivität. Ein Beispiel dafür ist der kalifornische Psychoanalytiker Stanley Keleman. Keleman hat Anfang dieses Jahres ein Buch mit dem Titel „Living your Dying", auf deutsch so viel wie Das Erlebnis zu sterben", veröffentlicht. Keleman baut die von der Psychoanalyse festgestellten Zusammenhänge von Gewalt und Sexualität aus zu einer regelrechten Gleichung von Sexualität und Sterben. Dies ermöglicht es ihm, das Sterben als Erlebnis darzustellen, das man sich keinesfalls entgehen lassen dürfe.

„Was Sex und Sterben gemeinsam ist, das ist die uns allen bekannte Erregung", schreibt Keleman. „Jeder sexuelle Akt ist ein Akt des Sterbens - warum sollte das Gegenteil nicht ebenso wahr sein? Wie die Erregung stattfindet, wie sie ihren Ausdruck findet - darin besteht das Geheimnis des Lebens. Wir sagen, das Sex Spaß macht; dagegen meinen wir, das Sterben sei schrecklich. Aber beides ist doch nur ein Ausdruck des Lebens ein Ausdruck des Aus-sich-Herausgehens, des Grenzen-Überschreitens, der Erweiterung des Ichs, ein Hineingehen ins Unbekannte."

Keleman beschreibt bis in Einzelheiten die Analogie von Sexual- und Sterbe-Akt. Das eine sei ein Aufbau von Energie, der ein allmähliches Abflachen folge: Orgasmus und anschließende Entspannung. Das andere, das Sterben, sei ein einziges, nämlich das endgültige Herausfließen der Libido-Energien aus dem Körper. Warum, fragt Keleman, soll man nicht sagen können, daß Sterben ein orgiastischer Akt sei. Wenn das aber so sei, dann bedeute die Tabuierung des Todes einen großen Verlust von Erfahrungsmöglichkeit für unsere Gesellschaft:

„Wir nehmen uns selber, unserer Kultur und den Sterbenden Erfahrungen weg, durch die wir fähig wären zu erleben, wie das Leben endet, wie der Mensch diesen Vorgang erlebt, wie man auf diesen Vorgang reagieren könnte, was man dabei an Visionen und inneren Konflikten durchmacht, wie der Zusammenhalt der Personen sich auflöst bzw. sich erhält, während die Person stirbt; kurz, wir versäumen es, das Universum in dieser Beziehung kennenzulernen."

Keleman ist ein typischer Vertreter des kalifornischen Irrationalismus. Dennoch enthalten seine mystifizierten Vorstellungen den wahren und psychoanalytisch belegbaren Kern, daß da ein Zusammenhang besteht zwischen Gewalt und Sexualität, zwischen der Identitätsauflösung im Orgasmus und im Tod. Der späte Freud setzte den Todestrieb an die Seite des sexuellen Triebes. Nicht zufällig sind Sexualität und Tod in der klassischen bürgerlichen Gesellschaft tabuiert, im Unterschied zu anderen Gesellschaftsformen, bei denen das Individuum nicht so konstitutiv ist. Die Auflösung des Individuums im Akt der Sexualität oder des Sterbens bereitet dieser Gesellschaft unfaßliche Angst.

Noch hat die Aufklärungsbewegung über Tod und Sterben nicht eine Massenhaftigkeit erreicht, die sie mit der sexuellen Revolution der 60er Jahre vergleichbar macht, aber das ist bei dem Thema auch nicht zu verwundern. Daß es überhaupt eine breitere Öffentlichkeit erreicht und beschäftigt, zeigt jedoch, daß hier zumindest eine Chance besteht, ein weiteres großes Tabu, ein weiteres großes Stück Entfremdung des Menschen von seiner Natur abzubauen.

Konkret 05/75, S. 41

Mikis Theodorakis

Rot + realistisch

Mikis Theodorakis, griechischer Komponist, Politiker und Widerstandskämpfer, bis 1970 prominentester Häftling der Athener Junta, kehrte nach dem Machtwechsel vom 24. Juli 1974 in seine Heimat Griechenland zurück. Die von ihm mitgegründete „Vereinigte Linke" konnte sich bei den Wahlen vom 17. November 1974 nicht durchsetzen. Anfang dieses Jahres verließ Theodorakis Griechenland wieder - ein Entschluß, hinter dem mehr steckte als nur die Zusage für eine mehrmonatige Konzerttournee durch Europa. KONKRET fragte Theodorakis nach seinen Erfahrungen, politischen Motiven und Perspektiven.

KONKRET: Aimilios Sachareas von der griechischen KP hat über Sie geschrieben: „Mit den schier unerschöpflichen Kräften, über die er verfügt, könnte und müßte Mikis Theodorakis auf politischer wie kultureller Ebene ein dauerhaftes Bündnis der griechischen marxistischen Linken erreichen, wenn er sich bestimmte Mechanismen und Probleme ernsthaft vor Augen hält."

THEODORAKIS: Ich persönlich halte die Einheit aller marxistischen Kräfte im Augenblick für das dringlichste Ziel in Griechenland. Tatsächlich aber wird gerade das hauptsächlich durch jene beiden „Mechanismen" verhindert, die. die beiden Kommunistischen Parteien darstellen und die sich gegenseitig bis aufs Messer bekämpfen. Allerdings haben mittlerweile die meisten Kader innerhalb beider Parteien begriffen, daß dieser Zwiespalt, für den sich bislang noch keine Lösung abzeichnet, die gesamte linke Bewegung und das ganze werktätige griechische Volk in tiefste Ausweglosigkeit führt. Davon profitieren natürlich die reaktionären Kräfte.

Ich gehe jetzt wieder nach Griechenland zurück, nachdem ich mich mit allen Mitteln für die Einheit eingesetzt habe, nachdem ich innerhalb der „Vereinigten Linken" für das gemeinsame Vorgehen aller linken Kräfte zumindest auf der Grundlage eines gemeinsamen Minimal-Aktionsprogramms eingetreten bin. Mein Hauptanliegen war und ist, zu dieser Einheitsfront, auf welcher Ebene auch immer, beizutragen; und zwar ohne irgendwelche Privilegien, denn das wäre unrealistisch. Wir alle sind Genossen in der Bewegung, und was immer in der Bewegung geschieht, geht uns alle an.

Ich kehre jetzt nach Griechenland zurück; mit der entschlossenen Position, so zu handeln und zu diskutieren, als gäbe es die Spaltung nicht, sondern als stünden wir vor dem Beginn einer neuen geschlossenen Bewegung. Damit will ich sagen, wir dürfen über den politischideologischen Differenzen nicht vergessen, daß wir vor dem Neuaufbau unseres Landes stehen. Wir müssen lernen, alle Genossen, die sich ernsthaft mit ideologischen Problemen und Zweifeln auseinandersetzen, auch als Genossen zu achten und zu behandeln, das heißt als Träger einer Bewegung, die dank ihnen zumindest in ideologisch-geistiger Hinsicht die erste Rolle bei der Neugestaltung des griechischen Lebens spielt.

KONKRET: Sie sagen immer, erstes und konkretes Ziel Ihres politischen Engagements sei die Einheit aller fortschrittlichen Kräfte Griechenlands gegen den geschlossenen Block der Rechten. Widerspricht die Aufspaltung dieser Kräfte in viele „neue linke" Gruppen nicht dieser erklärten Absicht?

THEODORAKIS: Die „Neue Griechische Linke" war im wesentlichen eine Exil-Bewegung, die den Ehrgeiz hatte, zur Problematisierung bestimmter politischer Grundfragen beizutragen, sowohl im internationalen Rahmen wie auch speziell auf die griechische Linke bezogen. Die Art der Befreiung Griechenlands machte die Fortführung dieser Organisation als Organisation in Griechenland selbst jedoch unmöglich, wir hatten keine Gelegenheit, die notwendige Massenbasis dafür aufzubauen. Deswegen fand ich persönlich ja auch, daß die weitere Fortführung einer Organisation, die sich „Neue Griechische Linke" nennt, nichts anderes darstellen würde, als eine weitere Zersplitterung, die die Verwirrung in den Reihen der Linken verstärken würde. Die „Neue Griechische Linke" war mehr eine theoretische Bewegung mit einer bestimmten ideologischen Ausrichtung. Sie sollte nicht durch eigenständigen Kampf, sondern durch ihre Mitglieder, die nicht durch fanatischen Dogmatismus und quasi-religiöse Leidenschaft geprägt sind, dazu beitragen, die Auseinandersetzung auf ein Niveau freier Diskussionen und ungehinderten Ideenaustausches zu bringen - immer mit dem Ziel der Einheit aller antifaschistischen, fortschrittlichen, marxistischen und kommunistischen Kräfte und Gruppen in unserem Land.

Ich habe den Eindruck, daß das Wahlergebnis die beiden kommunistischen Parteiapparate sehr belastet und ihre Mitglieder dazu gebracht hat, die Probleme neu zu überdenken. Sie sind gezwungen, auf den Druck von der Basis zu reagieren, der aus ihrer ausweglosen Politik resultiert. Erstes Ergebnis ist der Versuch der Sammlung aller linken Kräfte, die nicht zu den beiden Parteien gehören, in der EDA (Vereinigte Demokratische Linke). Ich weiß nicht, wie sich diese Bewegung zukünftig entwickeln wird, aber sie interessiert mich sehr und ich würde mich ihr anschließen, wenn ich sicher sein könnte,

daß nicht doch eine der beiden KPs dahintersteht. Was finden wir denn augenblicklich in Griechenland konkret an politischen Organisationen vor?

Da ist die Rechte, repräsentiert durch die „Neue Demokratie" von Karamanlis, die Mitte, gespalten in die „Zentrumsunion - Neue Kräfte" von Mavros und den Linksflügel, die „PASOK" (Panhellenische Sozialistische Bewegung) von Andreas Papandreou. In diesem Rahmen bewegen sich unsere Auseinandersetzungen und Differenzen. Das heißt aber, wir arbeiten für ein Land, das außerhalb Griechenlands liegt. Denn Griechenland wird heute von den werktätigen Klassen getragen, die einen einheitlichen politischen Ausdruck brauchen. Wenn wir ihn ihnen nicht geben, wer sonst? Alle diese Querelen zeigen, ich würde sagen, zumindest Egoismus und Taubheit gegenüber dem Drama eines Volkes, das bis zur Stunde ohne eigene Organisation oder Partei ist. Denn die Tatsache, daß es zwei KPs und vier oder fünf andere kommunistische Organisationen gibt, ist dasselbe, als gäbe es keine Organisation. Das Volk ist *nicht* gespalten, es hat *gemeinsame* Probleme.

KONKRET: Sie sprachen kürzlich von der veränderten Situation in Griechenland, die Sie dazu bewogen habe, nach der ersten Berührung mit dieser veränderten Realität ins Ausland zu gehen. Worin genau besteht diese Veränderung und wieso bringt sie Sie dazu, das Land zu verlassen?

THEODORAKIS: Die Herrschaft der Junta in den letzten siebeneinhalb Jahren hat in Griechenland tiefgreifende Veränderungen mit sich gebracht, die sich auf alle Erscheinungen des nationalen Lebens erstrecken. Die Veränderungen, die stattgefunden haben, sind vor allem gesellschaftlicher Art. Für die ökonomische Entwicklung Griechenlands waren diese Jahre unter der Junta sicher eine äußerst kritische Phase. Griechenland steht heute im Begriff, sich fast ohne Übergang von einem Agrarstaat zu einem Industriestaat zu wandeln. Das hat ungeheure politisch-gesellschaftliche Folgen, etwa das Entstehen neuer Klassen und neuer Unterdrückungen. Das bringt aber niemand zur Sprache. Denn die Kräfte, die sich in Griechenland etabliert haben, orientieren sich an der Vergangenheit. Trotz der neuen Wirklichkeiten läuft alles den alten gewohnten Trott weiter. Die stattgefundene Veränderung muß aber im größeren historischen Rahmen gesehen werden, nicht nur im Hinblick auf kurzfristige tagespolitische Faktoren. Die bedingungslose und allgemeine Ablehnung der Junta durch das griechische Volk, der ökonomische, politische, nationale und gesellschaftliche Bankrott der siebenjährigen Juntapolitik haben die nationale Unabhängigkeit zu einer Forderung der Massen werden lassen. Die Politiker jedoch haben, hinter ihren Parteiapparaten manipulierend, alles daran gesetzt, Verwirrung zu stiften und für sich selbst den größten Teil des Kuchens zu ergattern; wie Piraten haben sie sich auf die Politik gestürzt, um Beute zu machen. In diesem Klima politischer Piraterie war für mich kein Platz.

KONKRET: Wollen Sie jetzt mit Konzerten im Ausland griechische Politik machen?

THEODORAKIS: Ich habe, glaube ich, zur Genüge bewiesen, daß meine Musik dem griechischen Volk gilt; wie ich ohnehin glaube, daß jedes wirkliche Kunstwerk immer eine konkrete ideologische und politische Wirklichkeit ausdrückt. Mein Werk ist vorbehaltlos den Kämpfen des griechischen Volkes gewidmet. Die Beziehungen der Völker untereinander lassen sie ihre Kämpfe und ihre Kultur besser begreifen. Kultur ist ein unerläßliches Mittel zur Solidarität der Völker. In den Zeiten der Diktatur hat z. B. die internationale Solidarität in Europa eine wesentliche Rolle für uns gespielt. Und es war nicht nur so, daß das deutsche Volk dem griechischen geholfen hat, sondern das griechische Volk war auf seine Art auch dem deutschen hilfreich. So etwas ist notwendig. Ideen und Meinungen, Erscheinungsformen der Politik und Kultur müssen im freien Austausch bleiben. So betrachtet, haben meine Konzerte hier politischen Charakter.

KONKRET: In Ihren „Liedern für Andreas" heißt es an einer Stelle: „. .. sie haben dich oft belogen, sie belügen dich heute und werden dich auch weiter belügen." Wird jetzt in Griechenland immer noch gelogen?

THEODORAKIS: Karamanlis sagt heute die Wahrheit. Andere belügen das Volk. Karamanlis war ein Repräsentant der Rechten und mag auch heute noch eine Rolle in der Bourgeoisie spielen. Aber die Menschen ändern sich, und die bürgerlichen Politiker haben heute ihre Lektion aus der jüngsten Geschichte gut gelernt. Sie haben begriffen, daß sie vom Terror einer Junta-Diktatur selbst betroffen werden. Ich sehe, daß zwischen der Rechten und dem Zentrum, zwischen dem Lager der bürgerlichen Politiker also und der Junta eine tödliche Feindschaft herrscht. Die politische Führung der Bourgeoisie, die aus Angst vor dem Kommunismus alles getan hat, um die Amerikaner ins Land zu holen, mußte erfahren, daß die Amerikaner sich ihrer wie Versuchskarnickel bedient haben. Das hat ihnen die Augen geöffnet und sie haben die Amerikaner rausgeworfen. Es gibt heute einen Widerspruch zwischen dem neuen Nationalismus der bürgerlichen Klasse und dem amerikanischen Imperialismus. Die Bourgeoisie kämpft heute an zwei Fronten: gegen die Amerikaner und gegen die Junta. Das sind heute auch die Fronten des Volkes. Wir haben also augenblicklich eine gemeinsame Marschroute. Das heißt nicht, daß unsere Interessen identisch sind. Auf diesem gemeinsamen Marsch können durchaus neue, vor allem

Klassenwidersprüche auftreten. Sie müssen aber hinter dem augenblicklich wichtigsten Ziel zurückstehen: der nationalen Unabhängigkeit und der Demokratie. Karamanlis hat keinen Grund, das Volk zu belügen. Er will das Land von den Resten der Militärjunta befreien und es auf den Weg der Unabhängigkeit führen, der vielleicht auf das Modell der westeuropäischen Staaten und ihren Grad der Unabhängigkeit hinausläuft. Denn die totale Neutralität Griechenlands dürfte nur sehr schwer zu bewerkstelligen sein.

Mit anderen Worten: die anderen belügen das griechische Volk; diejenigen, die behaupten, Karamanlis sei auf Beschluß der Amerikaner und mit ihrer Erlaubnis nach Griechenland zurückgekehrt, er setze den Staatsstreich fort und habe ein Techtelmechtel mit der Junta, er werde die Schuldigen nicht bestrafen usw. In Wirklichkeit hat er dem Land bis heute drei gewaltige Erfolge beschert, die bislang keine einzige Regierung oder Organisation vor ihm geschafft hat: den Austritt Griechenlands aus der NATO, die Legalisierung der Kommunistischen Partei und der endgültige Rauswurf des Hofes, der schon immer das größte Übel im Land war. Karamanlis muß daher zwangsläufig zur Zielscheibe aller reaktionären Kräfte werden, und es ist eine völlig lächerliche und blinde Politik, ihn in diesem Augenblick mit dem alten blinden Fanatismus zu bekämpfen.

KONKRET: Ist es nicht so, daß Karamanlis seine schützende Hand über die härtesten Killer und Folterer, den Kern der Faschistentruppe von Ioannidis hält? Gesetzesvorlagen zur Säuberung der Armee hat er verhindert, warnende Informationen über Putschpläne seiner „Schützlinge" hat er ignoriert und gar nicht erst weitergeleitet. Für den jüngsten Putschversuch ist er zumindest indirekt mitverantwortlich.

THEODORAKIS: Das ist falsch. Karamanlis kam ja nicht durch eine Volksrevolution an die Macht. Er kann sich auf kein Volksheer und keine Volksmiliz stützen. Er hat die, die ihn gewählt haben. Wer auch immer in diesem Augenblick in Griechenland an der Regierung wäre, stünde er auch noch so weit links, ein Kommunist von mir aus, was sollte er anders machen? Jemand, der keine organisierten Massen hinter sich hat, sondern das Militär mit dem Militär und die Polizei mit der Polizei schlagen muß. Er kann nichts anderes tun, als allmählich und methodisch so viele Kader wie nur möglich auf seine Seite zu bringen. Wenn von hundert neunzig auf seiner Seite stehen, ist es einfach, die restlichen zehn zu schlagen. Umgekehrt sieht das schon anders aus. Und so verhält es sich im Falle Karamanlis. Karamanlis fand eine Armee vor, in der nur zehn von Hundert auf seiner Seite waren. Jetzt macht er langsam aber sicher aus den zehn zwanzig und aus den zwanzig dreißig, bis zumindest eine Gewinnchance besteht. Er geht vorsichtig vor. Auch Ioannidis nahm er nicht sofort fest, sondern wartete, bis er sicher sein konnte, daß die Richter ihn auch verurteilen, die Offiziere ihn auch verhaften und die Polizisten ihn auch bewachen würden. Als ich im Gefängnis war, der Kommunist Theodorakis, gab es spätestens vom dritten Tag an Wärter, die zu mir hielten. Ioannidis aber könnte sie alle auf seine Seite bringen. Er war sieben Jahre lang der Chef des Ganzen. Das gleiche gilt für Theophilojannakos (einer der Oberfolterer der Militärpolizei und Mitbeteiligter an dem jüngsten Putsch). In dem Moment, wo er zuschlagen wollte, konnte man ihn fassen. Das ist jetzt passiert. Vor zwei Monaten wäre das nicht möglich gewesen. Als Kommunist und Mitglied der Vereinigten Linken behaupte ich, daß ein wirklicher Politiker, ein bürgerlicher Politiker wie Karamanlis im Augenblick eine größere Rolle für die Interessen der Arbeiterklasse spielen kann als jeder andere.

Konkret 05/75, S. 42

Günter Herburger

Zur Verbesserung des Feuilletons

Einfach Wolfram Siebeck verbieten,
über Essen zu schreiben und ihn
drei Tage mit Heftpflaster über dem Mund
in die Bahnhofsgaststätte von Würzburg setzen,
wo wir mitunter auch schlemmen.

Einfach Horst Krüger das Plaudern verriegeln
und ihn, hoch bestochen, als Zeitansage
bei der Bundespost einbringen,
bis wieder Klagen kommen,
die sicher unvermeidlich sind.

Einfach Golo Mann endgültig
entsetzlicherweise entdecken helfen,
daß sein Vater nicht Thomas Mann war
und der CIA bald unbekanntes Material
über Wallenstein auf den Markt wirft.

Einfach Professor Haber noch einmal
in den Weltraum schicken,
Professor Grzimek in die Serengeti
und Anneliese Rothenberger ins Ulmer Münster,
und sie dort lassen.

Einfach Günter Grass darin bestätigen,
nur noch zu kochen und Reden zu halten,
doch beides in einem sozialdemokratischen
Werbepilz vor dem Hauptportal
der Volkswagenwerke Wolfsburg.

Einfach Siegfried Lenz als Kellner verpflichten,
Peter Handke als Tankwart
und Elisabeth Flickenschildt als Reiseleiterin,
alle drei Angestellte des ersten Museums,
das an das Autobahnnetz angeschlossen wird.

Und dann noch einfach Jesus Christus bitten,
er solle Axel Springer und Franz Josef Strauß
wieder mit nach Palästina nehmen,
wo sie glühend von vorn beginnen können,

da Heinrich Böll den Jordan leer trinkt.

Konkret 05/75, S. 43

Friedrich Christian Delius

Ich habe gelesen

In dieser KONKRET-Buchkolumne schreiben Autoren über ihre Lektüre. Diesmal der in Westberlin lebende F. C. Delius („Unsere Siemens-Welt")

Irmtraud Morgner
Leben und Abenteuer der Trobadora Beatrix nach Zeugnissen ihrer Spielfrau
Roman in dreizehn Büchern und sieben Intermezzos
Aufbau Verlag

Dicke Romane sind fast immer zu dick. Aber es gibt Ausnahmen: zum Beispiel diesen neuen 700-Seiten-Schmöker der DDR-Autorin Irmtraud Morgner. Es geht um das Generalthema Emanzipation, das im Sinn des Karl H. Marx („Der gesellschaftliche Fortschritt läßt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts") in Hunderten von Geschichten und Beispielen variiert, durchgespielt wird.

Die Handlung ist unmöglich zusammenzufassen, also Andeutungen: Die provençalische Minnesängerin Beatrix de Dia kommt nach 800jährigem Zauberschlaf (den sie antrat aus Verachtung der mittelalterlichen Männerwelt) während der Mai-Revolte 68 wieder zur Welt. Im Pariser Mai ist sie zunächst Sexualobjekt und Anarchistin, bis sie schöne Reden über die DDR hört und sich aufmacht ins „gelobte Land". Sie freundet sich mit der Diplomgermanistin und S-Bahn-Fahrerin Laura an, sie reist und jobt in der DDR.

Auch dort ist noch nicht 'alles optimal, und' Beatrix geht auf die Suche nach dem Einhorn, dessen Hirnsubstanz das ideologische Niveau von 6 bis 20 Millionen Menschen haben soll. Sie berichtet Laura von den Widerwärtigkeiten der kapitalistischen Warenwelt, kehrt nach Berlin zurück, die DDR hat sie wieder - bis sie beim Fensterputzen auf die Straße fällt. Dazwischen die Geschichten Lauras, mit und ohne, gegen und für Ehemänner und Liebhaber. Dazwischen die Erzählungen der Ernährungswissenschaftlerin

Valeska und ihre Verwandlung in einen Mann und zurück. Dazwischen Kreuz- und Querverbindungen dieser Frauen mit ihren Familien, mit Physikern und Lokführern, Journalisten und einer Zauberin.

Das Schöne an diesem Roman: der produktive Einsatz von Phantasie, literarisch und politisch. Die Morgner mischt Zauberei mit Realismus, Geschichten aus Produktion und Küche mit Gleichnissen, Dokumentartexte mit Märchen, auf Wunder muß man ständig gefaßt sein. Die Produktivkraft Phantasie hat aber auch ohne daß es penetrant auffällt, eine politische Dimension, wird eingesetzt, um das, was auch im „frauenfreundlichen Land" DDR erst ansatzweise vorhanden ist, weiterzutreiben: die Gesellschaft im Sinn des Kommunismus weiterzuentwickeln den Frauen zu mehr (Selbst-)Bewußtsein zu verhelfen, die Männer zur Kooperation zu bringen. Phantasie wird hier endlich einmal operativ verstanden zur Herstellung einer notwendigen utopischen Spannung und Waffe u. a. gegen die „Liederlichkeit und naive Bequemlichkeit" der Männer.

Sicher, das ist ein spezifischer DDR-Roman. Trotzdem ist das auch ein Roman für uns im hiesigen „männlichen Meer des Egoismus". Weil er eine Lust zu lesen ist. Weil wir vier daraus erfahren. Und weil es, soviel ich sehe, bei uns keinen Literarischen Text gibt, in dem das Thema der Emanzipation der Frauen und der Männer und der Gesellschaft realitätsnaher und phantasievoller, politischer und witziger, materialistischer und zukunftsbewußter behandelt worden wäre. Ein Buch also, das auch die Linke dringend braucht. Aber den Technokraten in den „großen" Verlagen scheint eine Lizenzausgabe nicht kalkulierbar (Risiken gehen diese Herren lieber mit antiemanzipatorischen Schwarten ein). So bleibt den Interessenten bis jetzt nichts anderes übrig, als sich um die Exportexemplare zu raufen, die der Buchhändler in der DDR bestellen kann.

Sergio Stuparich

Wer uns nicht kennt, kennt Chile nicht

Ein Roman in Verhören

Rotbuch Verlag

Ich hielt das zunächst nicht für möglich: Da haben wir in den letzten fünf Jahren, und besonders nach dem Putsch, so viel von Chile gehört und gelesen, haben uns informiert, empört und (meist vorschnell) identifiziert - und dann, bei der Lektüre dieses Buchs, hatte ich sofort den Eindruck, wie zum ersten Male etwas über Chile zu erfahren und endlich die Leute kennenzulernen, die dort versuchten, ein Stück Welt zu ändern.

Woher dieser Eindruck? Sicher nicht nur, weil der Autor die chilenische Entwicklung der letzten Jahre, von den sechzigern bis nach dem Putsch, konzentriert und mehr als das: anschaulich, nacherfahrbar macht. Sicher nicht nur, weil der Roman das Lehrstück Chile von einer Seite zeigt, die eben nur durch Kunst zu zeigen ist: die Darstellung nicht bloß von Fakten, Fotos und Dokumenten, sondern von Entwicklungs- und Bewußtseinsprozessen konkreter Personen.

Da ist der Bauer und Arbeiter Ramón, der politisch aufwacht, als ihn jemand für sein Lob der Konservativen im Bus „Verräterschwein" schimpft und der nach viel Hin und Her und Naivität und Lernen zu einem militanten Kämpfer wird - in ihm erkennen wir ein Stück des Vertrauensmanns N. N. der Firma X. Y. wieder. Da ist die großbürgerliche junge Frau, die zunächst zur Opposition gegen ihren Mann und dann aus Mitleid mit den Armen sich zu engagieren beginnt - in dieser Frau können wir Züge unserer höheren Töchter wiederfinden, die scheinbar nur emotional links sind und sich trotzdem politisch nützlich machen. Und dann der Intellektuelle aus dem Kleinbürgertum, der Schwierigkeiten hat, sich den Arbeitern verständlich zu machen, und mit theoretischem Durchblick der Praxis weit voraus ist - auch den kennen wir allzu gut, nur daß dieser chilenische Genosse nicht rechthaberisch auftritt.

Das alles ist literarisch sehr raffiniert und doch schlicht gemacht. Der Arbeiter erzählt nach dem Putsch einem ausländischen Journalisten aus seinem Leben und von seinen politischen Aktivitäten (erst am Schluß stellt sich heraus, daß der Journalist Agent der Militärs war). Von der jungen Frau werden Telefonmitschnitte vorgelegt. Die Probleme der Intellektuellen werden in Form von Tagebuchaufzeichnungen und politischen Kurzanalysen dargestellt. Dies Material, das die Lernprozesse der drei Chilenen festhält und bei uns notwendige Lernprozesse auslösen kann, ist zugleich das Belastungsmaterial der Junta gegen die drei. Die Frau kommt ins Gefängnis, der Arbeiter wird erschossen, der Intellektuelle flieht in eine Botschaft. Die ganz unpathetischen Berichte von der Niederlage, von Kämpfen, Morden und Folter sind schlimm - aber noch schlimmer wäre es, wir hätten nicht einmal diese Berichte, wir hätten solche Bücher nicht und lernten nichts davon.

Die politischen Entwicklungen zu sehen, auch auf dem Hintergrund der Blochschen Feststellung: „Jetzt hat der Marxismus weniger Schwierigkeiten als der Kapitalismus", fällt vielen Linken noch schwer. Die folgenden Hinweise auf politische Titel verstehen sich jedenfalls in diesem Sinne:

Das **Handbuch 1, Perspektiven des Kapitalismus (Europäische Verlagsanstalt)** liefert halbwegs lesbare politökonomische Analysen über Lage und Zukunft unseres Wirtschaftssystems, wichtig vor allem die Globalanalysen. Parallel dazu, als historische Grundlage und zur Desillusionierung unbedingt erforderlich:

Karl Heinz Roth, Die „andere" Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart (Trikont Verlag), mit ausführlicher Dokumentation zur Aufstandsbekämpfung, Werkschutz u. a.

Über konkreten Abbau der Grundrechte berichten zahlreiche Gruppen in der **Dokumentation über die Polizeiüberfälle am 5. 3. 75, herausgegeben u. a. vom TommyWeisbecker-Haus, 1 Berlin 61, Wilhelmstraße 9.**

In diesem Zusammenhang gehören auch zwei Broschüren aus Bonn, die **Bundesdrucksachen 7/2854 und 7/3030 (Vertrieb: Verlag Dr. Heger, 53 Bonn, Postfach 821),** meine Horror-Lektüre. Das sind Entwürfe eines Gesetzes, das vordergründig die „Befürwortung von Gewalt" strafbar machen soll. Der Text ist jedoch so abgefaßt, daß jeder Kleinstadtrichter ihn bei extensiver Auslegung zum Verbot progressiver Journalistik und Literatur und Einschüchterung ihrer Autoren, Verleger, Drucker heranziehen kann. Nach diesen Entwürfen können Berichte über wilde Streiks ebenso verboten werden wie Texte von Böll und Neruda, Abendroth bis Zwerenz, inklusive Morgner, Stuparich, Burns. Solch extensive Praxis wird nicht sofort anfangen und nicht bei großen Namen. Aber sie ist möglich, das reicht.

Konkret 05/75, S. 44

Hartmut Schulze

Heimat durch den Braun-Filter

Der neue Peter-Handke- Film heißt „Falsche Bewegung". Hartmut Schulze verreißt ihn

„Die Fortschritte des Films gehen freilich, betrachtet man sie politisch, ziemlich asozial vor sich."

Peter Handke, 1968

Obwohl man's langsam wirklich besser wissen müßte, geht man doch mit einigen Erwartungen in einen Film, wenn der „Spiegel" schreibt: ... einer der „wichtigsten deutschen Filme seit Lubitsch, Lang und Murnau: ‚Falsche Bewegung'." Ja, falsche Bewegung.

Die Thalia-Lichtspiele im Hamburger Uni-Viertel haben schon bessere Tage gesehen. Trotzdem, über's große Kino-Sterben konnten sie sich hinwegretten. Mit fremdsprachigen Gastarbeiter-Filmen und einem Minoritäten-Repertoire für die Studenten. Bevor der schätterige dunkelgraue Plastik-Vorhang aufgeht, kommt noch die nette alte Frau mit ihrem selbstgebastelten Bauchladen. Das Batterie-Lämpchen da drin rührt viele der jungen Leute mit den Lederjacken aus Amsterdam, aber sie verkauft nur zwei Riegel Mon Cherie.

Und dann erscheint unter den Stockflecken in der Kino-Decke die große, kühle Landschaft aus dem deutschen Norden. Ein schönes Land. Da in der Gegend führen sie jetzt große Untersuchungen durch, über Umweltgefährdungen bei Blei- und Aluminium-Produktion. Viel Rind ist schon verendet, und dutzende Schulkinder leiden an akuten Fluor-Schäden.

Zurück zum Film. Der sensible Junge, Wilhelm heißt er, durchstößt mit der Faust ein Fenster seines elterlichen Hauses am Marktplatz einer norddeutschen Kleinstadt (wirklich hübsch. Ist es Glückstadt oder vielleicht Meldorf?) Er weint (warum macht er auch so'n Unsinn), als ihn die Mutter vorwurfsvoll anschaut. Die kennst Du doch irgendwie? Wenn Faßbinder für seine Chargen-Rollen Brigitte Mira anheuert, tun's Wenders/Handke nicht unter Marianne Hoppe. Sie schickt ihren Wilhelm raus in die Welt und verkauft ihren kleinen Laden an einen Supermarkt: Die einzige Stelle im ganzen Film, die etwas von der sozialen Wirklichkeit des Landes ahnen läßt, in dem er spielt.

Und jetzt setzt die Irrfahrt des jungen Dichters mit dem „Unbehaglichkeitsgefühl" ein, von der Handke hochstapelt, sie sei „frei nach Wilhelm Meisters Lehrjahren" gedreht. Armer Goethe, fürs Urheberrecht bist du schon 73 Jahre zu lange tot!

Nun gibt der Drehbuch-Autor zwar zu, seine Lektüre des- „Wilhelm Meister" liege schon sehr lange zurück, und so sei ihm verziehen, daß er ein paar Namen vertauscht, nur: Wer dann noch den aufklärerischen Gehalt des bürgerlichen Entwicklungsromans in sein genaues Gegenteil verkehrt, muß sich beim PR-intensiven Gebrauch der trademark „Goethe" schlichten Betrug vorwerfen lassen.

„So geduldig und genau wie ‚Falsche Bewegung` hat noch kein deutscher Film die leisen Neurosen der siebziger Jahre beschrieben, die Zweifel an der Veränderbarkeit statischer Verhältnisse durch politische Aktion, die resignativen Skrupel in bezug auf eine ordentliche Beschreibung unordentlicher Verhältnisse." Recht hat die „Zeit" und liefert damit die Begründung für die ungewohnten Kritiker-Hymnen: „Zusammen mit Maßbinders ‚Effi Briest` ist ‚Falsche Bewegung` von Wim Wenders das erste authentische Meisterwerk des deutschen Films der siebziger Jahre." Na, eher dürfte die konzertierte Presse-Kampagne das erste authentische Meisterwerk der deutschen Film-Promotion der siebziger Jahre sein.

Dabei läßt kein Feuilleton Zweifel aufkommen, daß es nicht um diesen Film als Kunst-Produkt, sondern ausschließlich als Waffe im ideologischen Klassenkampf von oben geht. Die vielen falsch wiedergegebenen Details in den Inhaltsangaben sind hierfür noch das geringste Indiz. Die „FAZ", in ihrer fünfspaltigen Besprechung; bringt ihr Anliegen auf einen klaren Begriff: „Die Hoffnungslosigkeit der Jugend der (schon wieder!) siebziger Jahre, die keine Veränderung mehr für möglich hält." Das hätten sie wohl gern.

Als „Falsche Bewegung" anlief, begannen gerade in Hannover die Rote-Punkt-Aktionen, gingen in Stuttgart und Neckarsulm tausende VW/Audi/NSU-Werker für ihre Arbeitsplätze auf die Straße, errangen die Bürger von Wyhl erste Erfolge bei der Verteidigung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Das alles hat etwas mit „Heimat" zu tun. (Die „Welt": Für viele Menschen hier - in Neckarsulm - ist Audi/NSU nicht nur irgendeine Fabrik, sondern ein Stück Heimat".)

Und von „Heimat" handelt auch Handke/Wenders Film. Wilhelm durchquert die Bundesrepublik von Schleswig-Holstein bis zur Zugspitze. Dabei wird man durchaus, wie die „FAZ" schreibt, darauf gestoßen, „wie einzigartig schön dies Land ist". Nur muß man etwas für die Erhaltung dieser Schönheit tun. Stattdessen denunziert Handke diejenigen, die für „Kinderspielplätze und Naherholungsgebiete" eintreten. Seine und Wenders Schönheit ist die der Postkarte, ist verlogen. Die Farben leuchten unwirklich; Kameramann Robbt' Müller hat einen Braun-Filter verwendet. Nicht nur er.

„Falsche Bewegung" ist ein Film der Sehnsucht, der Sucht, der Irrationalität. Indem Moment, wo ein vom Faschismus diskreditierter Begriff wie „Heimat" seinen fortschrittlichen Inhalt durch politische Aktionen zurückgewinnt, müssen Bücher wie Karin Strucks „Mutter" und Filme wie Handke/Wenders „Falsche Bewegung" her. Und da ist es dann ein unsympathischer Alt-Nazi, Laertes, der allein den zaghaften und erfolglosen Versuch machen darf, Handkes und seines Helden Weltschmerz und Resignation zu befragen: „Was kümmern denn die Welt deine höchstpersönlichen Bedürfnisse!"

Laertes und seine Kind-Frau Mignon treffen mit Wilhelm im Zug von der norddeutschen Kleinstadt über Hamburg-Altona nach Bonn zusammen. Hier begegnet ihnen dann noch die schöne Schauspielerin Therese und der exentrische Dichter Landau. Die Truppe wandert meditierend („Ich fand meine Bedürfnisse nie von Politik gedeckt. Nur von Poeten") durch die Weinberge südlich von Bonn und übernachtet bei einem Industriellen, der gerade im Begriff war, sich umzubringen. Und schon ist Handke wieder bei seinem Lieblingsthema: Die Einsamkeit der Reichen (siehe sein Schauspiel „Die Unvernünftigen sterben aus"). Der Fabrikant denkt. Er sagt: „Ich möchte kurz noch von der Einsamkeit in Deutschland sprechen. Sie scheint mir verborgener und zugleich schmerzhafter zu sein als anderswo . . ." Darum hängt er sich dann doch noch auf.

Wenn es moderne Nachfahren der Hofpoeten gibt, Lohndichter der herrschenden Klasse, dann sind es weniger die Habe, Grass oder Harpprecht als die Handkes. Und ich dachte schon, die Akte Handke sei erledigt. Nein, dieses Jahr bringt er gleich drei Bücher heraus, und er darf ganz lange Artikel im „Spiegel" schreiben.

Aber was gibt es noch zum Film-Ablauf zu sagen? Landau spaltet sich ab, die restlichen vier fahren nach Frankfurt, Laertes läuft weg, nachdem Wilhelm ihn ersäufen wollte, Mignon will mit Wilhelm, aber Wilhelm will nicht; Therese und Wilhelm wollen zwar, aber können nicht, also wandert Wilhelm auf die Zugspitze.

Andauernd blutet irgend jemand, und auch sonst ist die tranige Elegie mit platten Symbolen überladen: Ein Telefon klingelt endlos lange; als Wilhelm schließlich abheben will, gibt's einen harten Schnitt - neue Szene. Der Sekundenzeiger der Bahnhofs-Normaluhr verharrt bei der vollen Minute; als er endlich weiterspringen will, gibt's einen har-Schnitt - neue Szene.

Die „Zeit": „Wenders schafft es, aus dem Kontrast zwischen der wechselvollen Schönheit deutscher Landschaften und den zunehmend sichtbarer werdenden psychischen Defekten seiner Hauptfigur eine große sinnliche Spannung zu entwickeln." Quatsch. Dieser Film ist einfach langweilig. Langweilig und falsch.

Im Schluß-Tableau steht Wilhelm unter knallblauem Himmel auf der Zugspitz-Plattform und schmachtet nach einem Unwetter, das nicht kommen will. Als ich die Thalia-Lichtspiele verlasse, bricht draußen, mitten im April - es ist der „Weiße Sonntag" - im Schneesturm der Verkehr zusammen. Nicht nur was das Wetter angeht, hat „Falsche Bewegung" nichts mit der Realität gemein.

Der „Spiegel": „Ein kühl, lakonisch und genau beschriebener und inszenierter Künstlerfilm . . ." Ach, und ich bin wieder mal drauf reingefallen.

Konkret 05/75, S. 46

Hermann Peter Piwitt

Vorwärts, es geht zurück!

KONKRET-Essay: Hermann Peter Piwitt über Ivan Illichs „Selbstdarstellung"

Eine Gruppe von Menschen landet auf einer bisher unbekannten Insel. Das Land ist fruchtbar, es gibt Bodenschätze. Die Menschen fangen an zu arbeiten, um essen und trinken, wohnen und sich kleiden zu können. Sie erfinden und installieren Maschinen, um weniger arbeiten zu müssen. Die Werkzeuge gestatten ihnen, die Arbeit so zu organisieren, daß immer nur ein Teil zu arbeiten braucht, der andere bildet sich weiter oder erholt sich. Und weil die Menschen gläubige Christen sind, ist ihr gesellschaftliches Endziel (das sie natürlich nie erreichen, wieso auch?) der Zustand des biblischen Paradieses: das heißt, die Freiheit von kräfteverzehrender, nervtötender, lebenverkürzender Arbeit.

Eines Tages gehen andere Menschen an Land, schwerbewaffnet, mit einem Troß von Priestern, Lehrern, Kaufleuten und Journalisten. Jemand sagt: „Es gibt hier offenbar Leute, die keine Arbeit haben." Ein Zweiter: „Geradezu Arbeitslose!" „Wenn hier nicht sofort Arbeitsplätze geschaffen werden", sagt ein Dritter, „sehe ich schwarz. Habt Ihr niemanden, der Euch Arbeit gibt?"

„An Bedürfnissen", sagt der Erste, scheint es auch zu fehlen." Sagt der Zweite: „Ohne Bedürfnisse keine Produktion, ohne Produktion keine Arbeitsplätze, ohne Arbeitsplätze kein Lohn, ohne Lohn keine Steuern, ohne Steuern kein Fortschritt, klar?" „Also genug geschlampt", sagt der Dritte, „bringen wir Ordnung ins Land!"

Von Stokeley Carmichael stammt der Satz, daß die die Herren sind, die die Macht haben *zu definieren.* Die Definitionen, die uns beherrschen, sind Mystifikationen: Arbeitslosigkeit, Vollbeschäftigung, Zivilisation, industrielles Wachstum, technologischer Fortschritt. In ihnen steckt soviel Vernunft wie in der Eucharistie, der Verwandlung der Oblate in den Corpus Christi: die Vernunft der Macht nämlich. Daß diese Vernunft nicht abnimmt, dafür sorgte unlängst ein gewisser Georg Wolff in einer denkwürdigen Kritik des „Spiegel" zu dem Buch ,.Selbstbegrenzung" von Ivan Illich.

Wolff gehört zu jener zur Zeit wachsenden Zahl von Konservativen, die in der kapitalistischen Globalkrise: mit wehenden Fahnen im Stich lassen, was den Konservativen einmal aus- und manchmal sogar sympathisch gemacht hat: Heimatliebe, dickköpfige Innenlenkung, Liebe zur Natur und natürlichen Werkstoffen, der Glaube an Gemeinschaft, Markt, Handwerk und funktionierende Bauernwirtschaft.

Aufgeschreckt aus Käfersammlungen und Antiquitäten durch die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals tritt der Intellektuelle konservativen Zuschnitts plötzlich die Flucht nach vorn an und entdeckt die Welt von „Computer und Asphalt", die - so Joachim Fest („Spiegel" 49/70) - „kühle technische Rationalität der Gegenwart" wie einst Ernst Jünger die „Materialschlacht". Über den eigenen Schatten springen, heißt das, wenn seinesgleichen plötzlich auf „technische und rationale Prioritäten" pocht, wo Weinbauern gegen Industrieansiedlungen um ihre Existenz kämpfen.

Plötzlich ist von den „ideologiefreien technologischen Anforderungen des Jahres 2000" die Rede, weil zu Comic-Dimensionen ausgeweitete Konzernkapazitäten mit Metropolis-Projekten ausgelastet werden wollen. (Bekanntlich ist es der Millionär Bruce Wayne, der in Batman-Maske über Gotham-City herrscht.) Den immer räuberischeren technologischen Verwertungsexzessen des Kapitals den weltanschaulichen Passierschein auszustellen, übernimmt der konservative Intellektuelle plötzlich als Aufgabe; froh, sich dabei endlich einmal als „Mann des Fortschritts" herausstellen zu können.

Aber wessen Fortschritt? Es ist der Fortschritt, der sich darin erschöpft, daß alles so weiter geht, wie es geht. Nur noch schneller, größer, weiter, mehr. Daß der Fortschritt bleibt, was er mal war, bis zum endgültigen Kollaps - was paßte besser zum Konservativen mit seiner Angst vor neuen Antworten auf neue Erfahrungen? Unbegreiflich für ihn, daß plötzlich als materieller Wert, als Produktivkraft wieder ins Gespräch kommt, was er eben, und womöglich unter Schmerzen, gerade verworfen hat: selbständige Naturkräfte wie Sonne und Wald, Tante-Emma-Läden, Patientenselbsthilfe, Werkzeuge, die handhabbar sind statt zu manipulieren.

Muß er, der so gern ängstlich im altvertrauten Nest hockt, ewig den Hasen von Buxtehude spielen? Und noch mit Megabomben und Riesentankern der sein, der hinterher rennt? Also weg mit den linken Swinegeln, in die Ecke, aus der er selbst einst kam: zu „Zupfgeigenhansl", „Wandervogel" und „Austro-Faschismus". „Spiegel"-Wolff: „Illichs Konzept wäre nichts als närrisch . . ., wenn es nicht noch einen Hinweis auf den Zeitgeist enthielte: nämlich den, daß er und alle Ultra-

Linken eigentlich Reaktionäre sind und daß das immer deutlicher wird."

Natürlich ist Illich angreifbar. Aber nicht weil er ein Linker wäre, sondern weil es ihm für einen Linken an Disziplin und materialistischem Nerv fehlt. Er wühlt am Grund herum, aber er klärt nicht das Wasser. Er bringt eine Unmenge interessanter Fakten und Gedanken zusammen; aber an ihm zeigt sich auch, daß wir im Augenblick weniger an einem Überfluß als an einem Mangel an guten Zukunftsdenkern leiden; am Fehlen eines wissenschaftlichen Systems, das die neuen gesellschaftlichen Daten und Strebungen ordnet und so zur Vernunft bringt, daß den Menschen eine Methode an die Hand gegeben ist, wirksamer als bisher, politisch auf Glück aus zu sein.

Noch ist der Marxismus leistungskräftig. Aber wer kann sagen wie lange er es aushält, ständig nach der Decke von Tatsachen gestreckt zu werden die unter Druck und Zugzwang geschaffen wurden? Die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel" jedenfalls ist allenfalls die Traufe, um aus dem Schlimmsten rauszukommen. Aber wie kommen wir unters Dach, ins Haus? Genügt es, die Produktionsverhältnisse zu verändern, ohne die Produktionsmittel anzutasten, die ausartenden Werkzeuge selbst, die uns entmündigen und uns vorschreiben, was wir wollen sollen? Und deren soziale Kosten ihren Produktionsgewinn längst übersteigen?

Illich: „Wir sind durch industrielle Gewohnheiten derart verbildet, daß wir es nicht mehr wagen, Fortschritt durch Des-Industrialisation ins Auge zu fassen." Ist nicht - und zwar in Ost und West - die derzeitige Organisation der Wirtschaft im Hinblick auf ein besseres Leben gerade das Haupthindernis für ein gutes Leben?

Wenn alle Menschen auf der Erde hätten, was die normative upper-middleclass der USA und Westeuropas unter hohem Lebensstandard versteht, wäre die Erde unbewohnbar. Trotzdem exportieren die Inhaber der Industrieländer das Industriesystem, das ihnen diesen Lebensstandard ermöglicht, und mit jenem die Hoffnung auf diesen. Weil sie aber den globalen Selbstmord nicht wollen können, müssen sie verhindern, daß die Hoffnung, die sie wecken, sich erfüllt. Das heißt: die Armut modernisieren, nicht abschaffen. Abschaffen könnten die Armen die Armut zwar durch lokale Werkzeuge und Selbsthilfe; aber das würde bedeuten, daß sie mit dem Monopol der überentwickelten Länder kollidierten, ihr Industriesystem mit Zins und Zinseszins zu verbreiten; also Verstoß gegen deren Gewohnheitsrecht, „die Arbeit zum Menschen zu bringen", wie es ein deutscher Industrieller einmal so schön formulierte.

Illich: „Die Tatsache, daß der internationale Markt den armen Ländern den Weizen liefert, hat diese genötigt, Transport- und Distributionsnetze zu sozialen Kosten aufzubauen, die ausgereicht hätten, um die lokale Landwirtschaft zu transformieren."

Die Monopole von heute - so Illich weiter - werden nicht mehr von Firmen gehalten, sondern von industriellen Werkzeugen. „Das radikale Monopol entsteht nicht dadurch, daß die Leute mehr Chevrolets oder Peugeots fahren, sondern dadurch, daß das Auto das Recht (und die Möglichkeit), zu Fuß zu gehen, einengt." Die Amerikaner konnten unlängst das seit 1908 100millionste Opfer des Autoverkehrs feiern. Aber der ‚Fall out" dieses ausgearteten Werkzeugs (Verkehrsopfer, Luftverpestung, Lärm, Betonierung des Landes) macht seine Zerstörungskraft allein nicht aus: vielmehr -so Illich - schafft das Auto erst Entfernungen, die autogerechte Stadt erst die Bedingungen, die uns zwingen, strapaziöse Reisen im Wagen zu unternehmen, um uns für ein paar Stunden von der autogerechten Stadt zu erholen. „Die Verkehrsindustrie produziert die Zeitknappheit. In einer Gesellschaft, in der viele Menschen schnelle Fahrzeuge benutzen, muß jedermann mehr Zeit und Geld dafür aufwenden."

Oder nehmen wir das Werkzeug „Supermarkt": Es macht Kleinhändler zu Proletariern oder Frührentnern. Es hebt den Markt gleich doppelt auf: als Forum, als Begegnungsstätte von Menschen und als Wettbewerbsmöglichkeit zwischen Anbietern: Waren- und Preisvergleiche sind kaum noch möglich. So kann die Qualität der Waren gesenkt werden. (Selbst in den ersten Kriegsjahren war das Brot noch besser als heute!) Zum Produktionsfließband im Betrieb tritt das Konsumfließband. Daß alle Waren an ein und derselben Stelle zu kaufen sind, wiegt dabei die Nachteile nicht auf, die in Kauf genommen werden müssen: Zeitverlust durch längere Anfahrtswege mit dem Auto, Mangel an Bewegung und frischer Luft im Gegensatz zum „traditionellen" Einkauf, Parkprobleme.

Heißt das, daß wir uns von all diesen Werkzeugen trennen müssen? Nein, nur von jenen, die als „radikale Monopole" unsere Bedürfnisse, unsere Logik, unseren Realitätssinn so formen, daß sie uns für den Schadenszuwachs des industriellen Wachstums, für die sozialen Kosten blind machen, blind also auch für den drohenden Kollaps des ganzen Systems. Illich zählt zu diesen unrentablen, weil hypertrophierenden und entmündigenden Werkzeugen nicht nur Fabriken und Maschinen, sondern auch das bestehende System der Dienstleistungen also Verkehr, die bürokratisierte und monopolisierte medizinische Versorgung, das komplizierte und entmündigende Sozialversorgungs- und Bildungssystem**). Ja, der Preis der Programmierung des Menschen für die Maschine im industriellen Fakten-Wahnsystem komme „durch das Wachstum

des tertiären Sektors im Gesamtprodukt erst zum Ausdruck." Illich:

„Die Wachstumsrate der Frustration übersteigt bei weitem die der Produktion." Im wachsenden Alkoholismus, in vielen Formen der Kriminalität, in den schönen Naturbildern der Werbung bildet sich der verzweifelte Wunsch der Menschen ab, auf andere Weise zu Glück zu gelangen, als das Industriesystem mit Hilfe seiner ausgearteten Werkzeuge es gestattet.

Soweit, so gut. Aber wo Illich sozialistische und kapitalistische Industriesysteme über einen Kamm schert, kann ich ihm nicht mehr folgen. Er räumt zwar ein, daß nur mit „sozialistischen Gerechtigkeitsidealen" (was immer das sei) etwas zu ändern ist, aber qualitative Unterschiede am Bestehenden arbeitet er nicht heraus. Zwar mißt sich bekanntlich auch in den altsozialistischen Staaten Fortschritt vor allem an Produktionsrekorden, d. h. - so Illich - „die Lebensfreude wird ersetzt durch die Lust, einen Maßstab anzulegen." Aber daß gigantische Überproduktion, räuberische Arbeitskraftvernichtung durch eingebauten Verschleiß nicht stattfindet, hebt Illich nicht ab. Zwar gilt auch dort (wieso eigentlich?) das bloße „Arbeit-Haben", die Vollbeschäftigung bereits als Glück, aber der Produktivitätszuwachs einer Maschine wird nicht dadurch erzielt, daß man Menschen auf das Existenzminimum von Arbeitslosenunterstützung setzt.. Zwar glaube ich nicht, daß ein Arbeiter an einem russischen Fließband lustvoller arbeitet als an einem westdeutschen, aber Illich schreibt: „Gewisse Werkzeuge sind immer zerstörerisch, ganz gleich wer sie kontrolliert, die Mafia, die Kapitalisten, ein multinationaler Konzern, der Staat oder ein Arbeiterkollektiv." Und hier wird es wirr: denn in dem von Illich favorisierten China zeigt sich, daß echte Arbeiterkollektive es gar nicht erst zu monopolistischen Werkzeugen kommen lassen.

Illich mag ein großer Anreger sein. Aber sein Modell einer „konvivialen Gesellschaft" ist nicht materialistisch genug, als daß es eine Chance hätte. Illich spricht vom „entwurzelten Menschen“, ruft nach „ethischen" anstelle von „technischen Werten", kritisiert den „Utilitarismus" - der Theologe Illich steht dem Soziologen ständig im Weg. Daß es nicht darum geht, ethischer zu leben, sondern allein darum, mit andern materiellen Mitteln als bisher effektiver als bisher auf Glück, auf Nutzen und Lebensvorteil aus zu sein - das kann er nicht zwingend klarmachen, und es ist ihm wohl auch selbst nicht ganz klar.

„Selbstbegrenzung" - schon der Titel des Buches läßt an Verzicht, freiwillige Askese denken. Wie kann man aber die Menschen für den besonderen Lebensvorteil der langsameren Fahrzeuge der Zukunft, zum Beispiel, interessieren, wenn man gleichzeitig von Verzicht spricht; zumal wenn Zeitungen wie die „Hamburger Morgenpost" die Hoffnung auf den Nutzen: technologischer Expansion mit hirnstussigen Serien nähren, in denen die Super-Raumschiffe von morgen die Bodenschätze von Mond und Mars zur Erde transportieren.

Illich: „Die Entstehungsgeschichte des Menschen ist die Evolution in einer kosmischen Nische. Die Erde ist unsere Wohnstatt. Der industriellen Illusion zuliebe bedrohen wir jetzt die ‚Heimat'."

Ja. Und es besteht nicht die geringste Veranlassung, diese Heimat abzuwracken und zu zerstören auf die trostlose Hoffnung hin, irgendwann einmal in irgendwelchen planetarischen Bergwerken „Arbeit haben" zu dürfen.

Ich erinnere mich an einen Witz, der den Fortschritts-Optimismus beschreibt, den wir heute brauchen: Ein Europäer trifft einen Chinesen: Fragt der Chinese: „Nun, was gibt es Neues bei Euch?" Sagt der Europäer: „Nun, wir haben das Porzellan, das Schießpulver und das Auto erfunden - und demnächst fliegen wir zum Urlaub auf den Mond." „Ach", sagt der Chinese, „das haben wir alles längst wieder vergessen."

---

*Rowohlt Verlag GmbH, 190 Seiten, 19,80 DM

** In den USA und Westeuropa z. B. arbeiten sich Menschen zu Millionen frühzeitig krank, um im Alter medizinisch versorgt sein zu können. Die Arbeitsergebnisse, die sie für ihre medizinische Altersversorgung abführen, gestattet der Medizin bekanntlich, sich überproportional mit alten Menschen zu beschäftigen und macht *diese zum* profitträchtigen Experimentierfeld medizinischen Herrschaftswissens. Illich hält China *dagegen, wo* man - nach anfänglich „westlichen“ Experimenten - auf das Modell der Patientenselbsthilfe zurückgekommen ist und in einigen Jahren pro Hundert Einwohner auf einen „Gesundheitsarbeiter" (medizinisch an*gelernte Arbeiter* und Bauern) kommen zu können glaubt.

Konkret 05/75, S. 48

Christel Buschmann, Alexander Kluge

Schönen Gruß von der Kremlmauer

Seit Wochen ermittelt die Westberliner Staatsanwaltschaft gegen eine Tote. Sie soll zusammen mit der Filmemacherin Helke Sander ein Flugblatt unterschrieben haben. Christel Buschmann sprach mit Helke Sanders Anwalt, dem Filmemacher Alexander Kluge

KONKRET: Eine Tote soll neuerdings am 15. Februar 1975 die Protestdemonstration gegen den Abtreibungsparagraphen an der Berliner Gedächtniskirche initiiert und letztere mittels roter Farbe beschädigt haben: Wie kann das angehen?

KLUGE: Das weiß man nicht. Auf jeden Fall hat es hier ein bestimmter Richter als schwierig empfunden, über die Beschwerde gegen die Beschlagnahme klar zu entscheiden. Er hat die Entscheidung von sich weggeschoben, indem er der Staatsanwaltschaft die Anregung hat zukommen lassen, statt eines Ermittlungsverfahrens gegen Unbekannt, wie es .Polizei und Staatsanwaltschaft ursprünglich eingeleitet und drei Wochen lang verfolgt hatten, nun Alexandra Kollontai und Helke Sander, die Filmerin, mit einem Strafverfahren zu überziehen. Das hat offensichtlich den Vorteil, daß sie auf diese Weise die ganze Problematik der Beschlagnahmefreiheit von Filmmaterial umgehen und gewissermaßen innerhalb der Ermittlungen gegen Kollontai und Sander versuchen können - wie fadenscheinig die Beschuldigungen auch sein mögen - an das Beweismaterial heranzukommen.

KONKRET: Haben Sie die Staatsanwaltschaft nicht davon in Kenntnis setzen können, daß Alexandra Kollontai schon des längeren tot ist?

KLUGE: Wir haben angedeutet, daß es eine Alexandra Kollontai gibt, Sowjetbotschafterin in Stockholm lange Jahre, Verfasserin von emanzipatorischen Frauenromanen, Kollegin Lenins im Zentralkommitee, Insassin zaristischer Gefängnisse, unter anderem übrigens auch wegen des Vorwurfs, Losungen an Wände geschmiert zu haben, und daß Alexandra Kollontai vor 23 Jahren im gesegneten Alter von 80 Jahren gestorben ist.

KONKRET: Wie war die Reaktion? War man erfreut, *eine* arbeitszeitraubende Ermittlungssache schon mal vom Hals zu haben?

KLUGE: Es wurde gesagt, die Behörde wolle das erstmal im Zentralregister nachprüfen. Und im übrigen sei es fraglich, ob die Strafkammer für den Buchstaben L (Sander-Lathela)oder die für den Buchstaben K zuständig ist. Denn bei mehreren Beschuldigten mit Nachnamen verschiedenen Anfangsbuchstabens geht es nach dem Alter. Und die Strafkammer, die für den Anfangsbuchstaben der älteren Beschuldigten zuständig ist, kann überhaupt erst reagieren und dann auch entscheiden, ob es bei einer Ermittlungssache bleibt. Im Augenblick verharrt die Moabiter Justiz noch bei der Altersfrage.

KONKRET: Man kann vom Gericht natürlich nicht ohne weiteres verlangen, daß es so einfach glaubt, was Sie sagen. Aber wie wäre es, wenn sich die zuständige Kammer selbst informieren würde, statt im Zentralregister beispielsweise in einem mittelprächtigen Duden oder so. Wäre dann das Ende der Ermittlungen gegen Alexandra Kollontai gekommen?

KLUGE: Voraussichtlich nicht. Sie würden dann einwenden: Wer sagt uns denn, daß es nicht außer der verstorbenen Alexandra noch eine andere gibt, die heute in Westberlin irgendwo lebt. Und deswegen hatten wir auch darauf hingewiesen, daß die auf dem Flugblatt angegebene Adresse 1 Berlin 40, Frauenallee la im Berliner Straßenregister gar nicht existiert. Nächstens fangen sie auch noch an, gegen Rosa Luxemburg oder Che Guevara zu ermitteln.

KONKRET: Können Sie sich vorstellen, daß das Gericht ernsthaft glaubt, Sie auf diese Weise austricksen zu können?

KLUGE: Die Staatsanwaltschaft will ja an die Fotos von den Frauen 'ran, die die rote Farbe auf den Stufen der Gedächtniskirche ausgeschüttet haben. Und sie möchte sich der Arbeitskraft der Filmemacherin Helke Sander bedienen, weil die Polizei nicht feststellen kann, wer das war - mit Ausnahme allerdings der namentlich genannten Alexandra Kollontai. Das heißt also: sie zwangsrekrutiert Filmemacher als Hilfswillige der Staatsanwaltschaft. Da der Besichtigung des begehrten Materials nun aber eine Hürde von Argumenten entgegensteht, die für Beschlagnahmefreiheit sprechen und sie deswegen da keine Präzedenzentscheidung wollen, bleibt ihnen nur die Möglichkeit fadenscheiniger Beschuldigungen in Richtung Mittäterschaft. Im Fall Helke Sander beispielsweise hören sie sich folgendermaßen an: Erstes Indiz: sie hat Ort und Zeitpunkt der Veranstaltung gekannt, obwohl beides auf dem Flugblatt nicht verzeichnet war. Sie wußte also mehr, als im Flugblatt steht, das deutet auf Tatbeteiligung hin, denn nur die Täter selber wissen, wo sie sich versammeln sollen. Zweites Indiz: das internationale Frauenzeichen der Frauenbewegung ist sowohl auf der Zeitschrift „Frauen und Film", für

die Helke Sander verantwortlich zeichnet, als auch auf der Gedächtniskirche zu sehen. Drittes Indiz: bei ihrer Festnahme sind ihr Frauen oder Umstehende rechtswidrig zu Hilfe gekommen. Auch diese Solidarität deutet auf Tatverdacht. Ich habe noch selten so eine läppische Beschuldigung in meiner Praxis gehört.

Konkret 05/75, S. 50

Henryk M. Broder, Karlheinz Deschner

Das große Verbrechen war immer der Geschlechtsverkehr

Henryk M. Broder nimmt seine Mütze vom Kopf und erklärt, ein Buch gelesen zu haben, wie es bestenfalls alle 20 Jahre einmal geschrieben wird: Karlheinz Deschners „Kreuz mit der Kirche/ Eine Sexualgeschichte des Christentums"

Ich habe Karlheinz Deschner besucht und ihn gefragt, was denn ein Buch über Kirche und Sexualität heute soll, wo doch die sexuelle Libertinage sich an jedem Zeitungskiosk Breitmacht und die Kirchen eher das Nachsehen als das Sagen haben.

Deschner:

„Der Kirche ging es zu allen Zeiten um nichts so sehr wie ihren Einfluß, man kann auch sagen: um ihre Macht, das Phänomen, um das die ganze Kirchengeschichte überhaupt kreist. Und Macht und Einfluß hat die Kirche noch heute. Früher hatte die Kirche Einfluß, weil man an sie glaubte. Heute glaubt man, in weiten Kreisen jedenfalls, noch an sie, weil sie Einfluß hat. Ein großer Unterschied. Zum nicht zu unterschätzenden Einfluß der Kirchen auf Politik und Wirtschaft kommt ein weiterer, buchstäblich fortgesetzt verheerend wirkender, nämlich der auf sexuellem Gebiet. Denn obwohl das Christentum heute geistig bankrott ist, prägt es immer noch entscheidend unsere Sexualmoral, sind die formalen Beschränkungen unseres Geschlechtslebens grundsätzlich noch fast wie im 15. oder 5. Jahrhundert, wie zur Zeit von Luther oder Augustin . . .

Natürlich sind wir heute nicht mehr so prüde wie etwa im 19. Jahrhundert, wo man unterhalb der Füße knüpfbare Hemden für die Kinder empfahl, die Hände der Kinder verschnürte, rückwärts zu verschließende Zwangsjacken, Onanieverhinderungsgürtel mit Vorhängeschlössern auf den Markt brachte, Käfige, die man nachts den Jungen über die Genitalien stülpte, wobei die Kulmination aller Bemühungen ein Kasten war, der bei spontaner Versteifung des Gliedes Klingelalarm gab.

Natürlich sind wir heute nicht mehr so prüde wie in der viktorianischen Ära, wo manche Engländer die Beine eines Klaviers verhüllten, weil sie an Damenbeine erinnerten. Inzwischen werden sogar die echten Frauenbeine weitgehend zur Schau gestellt, ist der Minirock Mode geworden, wirklich eine recht hübsche Mode, und wenn ein Jesuit nun ruft, wie es tatsächlich geschehen ist: Mädchen, die Miniröcke tragen, kommen in die Hölle! , so erregt er selbst bei vielen, wenn nicht den meisten Katholikinnen nur noch Gelächter.

Was wollen aber Frauen und Mädchen, die ihre Beine bis oben hinan zumindest optisch preisgeben? Sie wollen attraktiv sein, herausfordern, anlocken. Gehen Sie aber einmal diesen Aufforderungen, Anlockungen öffentlich nach, streifen Sie nicht nur mit den Augen, sondern mit der Hand über ein solches Bein und so weiter, wollen Sie den Reiz tatsächlich auskosten, so kommen Sie schnell vor die Polizei oder den Richter...

Alles ist doch nur eine einzige große sexuelle Versuchung, Aufreizung, Aufgeilung, aber profitiert wird davon nur kommerziell, bloß die Kaufleute kommen auf ihre Kosten, die ihr Geschäft mit dem Sex machen, und alles andere ist weiterhin dupiert und betrogen."

Der zentrale Gedanke in Deschners „Sexualgeschichte des Christentums" ist der Zusammenhang von sexueller Abstinenz, von „Sittlichkeit" und der Neigung zur Gewalt; Gewalt gegenüber sich selbst, gegenüber Abhängigen und Feinden, bis hin zur Duldung oder Bejahung von Kriegen. Ich bat Deschner, das Unmögliche zu versuchen und sein Beweismaterial, das er im Buch auf über 400 Seiten entfaltet, zusammenzufassen.

Deschner:

„Das große Verbrechen in der christlichen Welt war, cum grano salis, immer der Geschlechtsverkehr, nicht aber der Mord, der zeitweise nicht nur kein Verbrechen gewesen ist, sondern ausgesprochen gewünscht und gefördert worden ist, nämlich immer dann, wenn er im großen begangen wurde. Und nirgends wird der Zusammenhang zwischen Askese und Unmenschlichkeit, zwischen Entsagung und Barbarei auch so evident wie eben gerade in der christlichen Welt, denn eine Moral, die einerseits Liebe lehrt und zugleich deren Wesen derart einschränkt, verfälscht, sich gegen die Grundwerte der Natur und des Lebens vergeht, eine solche Moral kann eben nur jenen trüben Dunst von Depression und Gewalt erzeugen, von Dogmatismen und Fanatismen, der für unsere Geschichte typisch ist. Eine solche Moral muß verquält, mißmutig, unglücklich machen, anfällig für Ressentiments, Haß und Krieg . . .

Gerade die Asketen bekämpften den Teufel im eigenen Fleisch, indem sie unnachsichtlich gegen die Amoral der anderen zu Felde zogen, was ihnen auch noch ein gutes Gewissen verschaffte, wobei die größten Scharfmacher oft die Kleriker

gewesen sind, von den Kreuzzügen bis zum Krieg in Vietnam. Auch Wortbedeutung und Wesen der Askese sind von früh an immer mit dem Krieg verknüpft gewesen. Askese trieb der antike Athlet ebenso wie der Krieger und das Leben des sogenannten idealen Christen, besonders des Klerikers, sollte und soll ein dauernder Kampf, ein ständiger Kriegszustand sein. Der sich Kasteiende wird zum Streiter gemacht, erst gegen sich und dann gegen andere.

Während der Kreuzzüge, wo sich dieses Phänomen besonders eklatant zeigte, erklärte man offiziell den bewaffneten Kampf fürs Christentum zur geistlichen Kriegstat und setzte das Blutvergießen den Werken der Askese gleich. Besonders auffällig korrelierten geschlechtliche Kasteiung und kriegerischer Sadismus seinerzeit beim Templerorden. Die frommen Ritter geloben Keuschheit und Armut, haben selbst im Bett mit Hemd und Hose zu schlafen, meiden, wie Bernhard von Clairvaux hervorhebt, das Theater, die Spaßmacher, die Spielleute und eifern um so verbissener wider die Feinde der Christenheit.

Oder denken Sie an die Zeit unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg. Was hat damals den deutschen Episkopat bewegt? Es war der Kampf gegen die Präservative. Seinerzeit verurteilten die Bischöfe jede Vereitelung von Nachkommenschaft, den angeblichen Mißbrauch der Ehe zu bloßer Lust, wie sie sagten, als schwere Sünde, sehr schwere Sünde. Ich zitiere sie: ‚Keine Not kann so drückend, kein Vorteil so groß, keine Macht der Begierde so zwingend sein, daß dadurch eine solche Verletzung der natürlichen göttlichen Sittengesetze gerechtfertigt würde.`

Selbst die einschlägige Industrie verdammte die Oberhirten seinerzeit wegen ihrer ‚verbrecherischen Beihilfe` als ‚fluchwürdig`, da ‚ihre verruchten Artikel unser armes deutsches Volk nicht mit seinem Geld allein, sondern auch mit seinem Blut, mit der Gesundheit des Leibes und der Seele, mit dem Glück der Familie` bezahlen müßte. Obwohl doch mit Geld, Glück und Gesundheit bezahlt, wer Präventivmittel verschmäht.

Wann übrigens hat die Kirche die Rüstungsindustrie bekämpft, wann die fluchwürdig und verbrecherisch geschimpft? Pius XXII. hielt im November 1939 eine aufsehenerregende Rede, in der er als Übel der Zeit nicht etwa den Faschismus und den Krieg geißelte, wohl aber die Scheidung und die extravaganten modernen Kleider. Man zog damals jederzeit gegen die sittlichen Ausschreitungen, wie man sagte, gegen unkeusche Mode, gegen Bordelle los, aber selten oder nie gegen die faschistische Diktatur, gegen die Konzentrationslager oder gegen die fortwährenden Judenverfolgungen.

Und derselbe Geist grassiert auch heute noch, während des Vietnamkrieges zu bemerken, als etwa ein Prälat des erzbischöflichen Ordinariats München-Pasing den Satz formulierte: ‚Der Geist der Liebe wird nicht in den mörderischen Partisanenkämpfen in Südvietnam vertrieben, sondern hier, jetzt bei uns, etwa beim Badehosen-Krieg von Loope mit all seinen Begleiterscheinungen.` Es ging damals darum, ob nackt voreinander duschende Jünger sich sittlich gefährden. Natürlich nicht im Krieg, den sie als Gottesdienst immer bejubelten, sondern hier, beim ‚frühzeitigen Flirt`, wie ein Theologe auch schreibt, oder beim ‚Poussierbetrieb` sieht man ‚blutigen Ernst'."

„Das Kreuz mit der Kirche" geht, wie es im Verlagsjargon heißt, trotz bescheidener Werbung gut. Sechs Wochen nach Erscheinen war die erste Auflage, 7 0 000 Bücher, verkauft. Ein schöner Erfolg für den Autor, aber kaum eine Garantie für seine adäquate Honorierung. Wer ein Buch schreibt und einen ganzen Verlags- und Vertriebsapparat in Bewegung setzt, einer Unzahl von Menschen vom Drucker bis zum Buchhändler Arbeit gibt, der bekommt den kleinsten Teil vom Erlös. Das ist die Regel.

Deschner:

„Vom erfolgreichsten meiner Taschenbuchtitel wurden bisher mehr als 115 000 Stück verkauft, mit einem Gesamtumsatz von rund 266 000 Mark. Diese 266 000 Mark flossen nun, höchst ungleich verteilt, einmal an die Buchhändler, die davon 93 000 Mark kassierten, dann an den Verlag, der davon insgesamt 160 000 Mark erhielt, und schließlich an mich, der ich 13 000 Mark bekam und die in einer Zeit von genau 15 Jahren. Der Verlag bezog also pro Band 12mal mehr als ich selber, der Verfasser. Und noch trostloser sieht die Bilanz eines zweiten Taschenbuches von mir aus, dessen Herausgeber, nicht Autor ich bin, wobei aber außer dem Vorwort die Idee von mir ist, ferner der Titel, wie auch alle Mitarbeiter durch mich geworben wurden und eine Korrespondenz dem ganzen Projekt vorausging mit 50 Autoren. Von diesem Bändchen verkaufte man nun 57 000 Exemplare mit einem Gesamtumsatz von etwa 131 000 Mark. Der Buchhandel bekam davon 53 000 Mark, der Verlag ca. 78 000 Mark und ich selber 500 Mark. Als ich Jahre später einmal den Verlag aufsuchte, steckte man mir völlig außervertraglich no h 300 Mark zu, und ich kam mir wie beschenkt vor."

Karlheinz Deschner hat auch einmal über das Verhältnis von Dichtern und Verlegern geschrieben. Der Titel dieser Arbeit spricht für sich: „Schöpfer und Abschöpfer". Deschner gehört zu den Schöpfern, ganz bestimmt.

Deschner:

„Was mich angeht, so stehe ich jetzt 50jährig vor der bedrückenden Tatsache, einer Tatsache, die sich ein Festangestellter gar nicht vorstellen kann, nach einem immerhin abgeschlossenen Hochschulstudium und nach einer Gesamtauflage von annähernd 400 000 Büchern kann ich heute nicht aus eigener Kraft existieren und dies bei einer täglichen Arbeitszeit von durchschnittlich wenigstens 14 Stunden einschließlich aller Wochenenden seit 20 Jahren bei einem Minimum an Urlaub wie auch sonstiger größter persönlicher Bedürfnislosigkeit.

Konkret 05/75, S. 53

Die Kulturnation

Literatur-Preise

Um fünf Prozent wollen die Papierhersteller in der BRD ihre Produktion dieses Jahr drosseln. Damit hat ihre Kapazität mit 75 Prozent den niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Die Papierpreise sollen weiter erhöht werden. Ab April 1976 stellt der S. Fischer-Verlag seine beiden linken Reihen „Texte zur politischen Theorie und Praxis" und „Arbeiterbewegung` ein. Die Edition Suhrkamp hat Ende April ihr Angebot um 186 auf 500 Titel „gesundgeschrumpft".

Ge-Sabais-I

„Ich zu sein, ohne Schädel zu trümmern
Ich zu sein, ohne Rippen zu knicken
Raum, die wütende Jugendbrunst
Im Turnier der Lüfte geläutert
Im balzenden Dreitakt
Durch äugendes Krähengeäst
Silberne Flüsse als Flitter
An zielenden Schwingen
Rhythmen fast geistlicher Wollust
In zuckende Cirren gepfeilt und
Ich zu sein, die eigene Stunde entlang
Traum im Bezindampf
Umfangen vom Horizont
Looping über dem Abendland."

Oh ja, PEN-Bruder Heinz Winfried Sabais, früher Flugzeugführer unter Göring, heute Darmstädter Oberbürgermeister, Präsident des Deutschen Bühnenvereins (des Theater-Unternehmerverbands) und SPD-Mitglied, ist auch ein großer Satiriker. Aber der Sinn für Scherz, Ironie und tiefere Bedeutung fehlt halt unsern zeitgenössischen Poeten. Sie lehnten Sabais' Antrag auf Ausschluß von Kommunisten aus dem PEN-Zentrum bei der Mitgliederversammlung am 6. April ab.

Sparstrumpf-Maske

Bei der Säuberung (nicht nur) des NDR kommen die Täter mit dem Sparstrumpf als politischer Gesichtsmaske daher. Gestrichen wurden für dieses Jahr unter anderem: 40 von 56 Feature-Terminen, 9 von 12 „Abenden für Junge Hörer", der halbe Etat der gesamten Abteilung „Kulturelles Wort", 30 Prozent der kritischen Verbraucher-Sendung „Ratgeber Technik", 11 von 12 Jugendfunk-Konferenzschaltungen mit Warschau, Straßburg und Budapest. Die Teeny-Boppers aus London behalten ihre 12 Sendungen.

Theater-Coup

Vier Prozent weniger als 1974 - so hat der FDP-Politiker Gerhard Weber, stellvertretender Vorsitzender der Hamburger Bürgerschaft und seines Landesverbandes, ausgerechnet - werden in diesem Jahr in der Bundesrepublik für Kultur ausgegeben. Das macht bei sechsprozentiger Inflation einen durchschnittlichen Abbau der öffentlichen Kulturetats von 10 Prozent. Mal etwas mehr, mal etwas weniger - je nach den Wahlterminen. In Mainz zum Beispiel werden dem Theater drei Neuinszenierungen gestrichen. Der Bremer Senat ordnet für alle Museen und Büchereien einen totalen Einstellungsstopp an und kürzt den Anschaffungs-Etat um 10 Prozent. Hannover zahlt seinem Kunstverein statt - wie geplant - 600 000 nur 240 000 Mark und halbiert die Subventionen für die niedersächsischen Bibliotheken von 900 000 auf 450 000 Mark.

Lübeck, Bamberg und Regensburg - im Jahr des Denkmalschutzes zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen - wollen sich ihre Altstadt-Sanierungen nur den Gegenwert eines Phantom-Jägers kosten lassen: 27 Millionen. Vorgesehen war die doppelte Summe.

Willi Sitte in Hamburg

Uwe M. Schneede, Direktor des Hamburger Kunstvereins, über den sozialistischen Realismus: „Unsere Klischees stammen noch aus der Zeit des Kalten Krieges, als unsere Informationsquellen vor allem die illustrierten Broschüren des Gesamtdeutschen Ministeriums waren." Jetzt gibt es eine authentische Quelle: Bis zum 16. Mai zeigt der Hamburger Kunstverein die erste umfassende Ausstellung mit Werken von Willi Sitte in der Bundesrepublik. Sitte, Präsident des Verbands der Bildenden Künstler der DDR, ist der prominenteste Vertreter des sozialistischen Realismus. Weil es noch kein Kultur-Abkommen zwischen den beiden deutschen Staaten gibt, kam die Ausstellung auf Vermittlung der DKP zustande. Für Ausstellungs-Plakate fehlte das Geld.

1. Mai

In Kiel schickt der DGB seine Mitglieder ins „Wiener Blut". Alte Westberliner dürfen mit Einladungskarten vom Sozial-Senator Rossims „Türke in Italien" sehen. Das gleiche auch für 2000 Schering-Werken Direktion und Betriebsrat beehren sich...

Dohnanyi wieder

Da half auch kein 164seitiges Programmheft: Nach Gala-Buhs und Klo-Rollen schleuderndem Premieren-Publikum mußte Gottvater Dohnanyi Peter Mussbachs „Götterdämmerung" schnell wieder im Fundus seines Frankfurter Opernhauses verschwinden lassen. Der Wiesbadener Landtag sprach vom 100 000-Mark-Skandal, und vom „Schmieren"-Kabarettisten Rudolf Rohlfs handelte sich Christoph von Dohnanyi eine Anzeige wegen Verschleuderung von Steuergeldern ein. Dem Bruder des ehemaligen Wissenschaftssenators will der Hamburger Senat demnächst als Staatsopern-Intendant ein Jahresgehalt von einer Viertelmillion zahlen.

Kunststück

Zum ersten Mal seit zehn Jahren steigt wieder die Zahl der Theater-Besucher. In der vergangenen Spielzeit hat der Deutsche Bühnenverein 17,23 Millionen Zuschauer gezählt: 150 000 mehr als im Vorjahr. Nur beim Kinder- und Jugendtheater gab's einen geringfügigen Publikums-Rückgang. Kunststück! Die Städtischen Bühnen in Köln haben ihren Spielbetrieb für die Jugend eingestellt, weil ein selbständiges Kinder- und Jugendtheater errichtet werden sollte - ein Plan, der jetzt frühestens nächstes Jahr verwirklicht wird. Am 1. Juli sitzt das Münchner Theater der Jugend auf der Straße. Das städtische Kultur-Referat ist nicht bereit, dem Theater, dessen Haus nach 16 Jahren geschlossen wird, eine neue Spielstätte zur Verfügung zu stellen. Mit 0,15 Prozent dessen, was die Erwachsenen-Bühnen an Subventionen erhalten, müssen in Hamburg die Jugendtheater zurechtkommen. Jetzt wurden hier dem KLECKS-Ensemble sämtliche Zuschüsse gestrichen.

Konkret 05/75, S. 54

Sebastian Blade, Heiner H. Hoier, Detlef Michelers

Rasierklinge

Kokett: Neues Wahrzeichen für Hamburg?

Explosivbericht von unserem Tamburinmajor.

Auch in diesem Jahr ist es dem Hamburger Senat wiederum gelungen, eine große internationale Hotelkette zu bewegen, in der Hansestadt ein neues Hotel zu eröffnen (siehe Bild).

Das 15stöckige Hochhaus, in absolut ruhiger Lage, soll vor allen Dingen der Bundeswehr zur Verfügung stehen. Die Gründung des Hotels geht auf den Arbeitskreis „Unbekannter Soldat" zurück.

Nachahmenswert?

Kaum schlagen die ersten Knospen um sich rum, schon werden die Häuser wieder zusammengeklappt, um sich auf Wanderschaft zu begeben. Gewiß eine Notwendigkeit für die Betroffenen. Doch wer denkt an die Alten, die Kapitänswitwen, die Arbeitswilligen?

Da nutzt es ihnen wenig, sich in Ihrer Schatulle zu verkriechen und von einem Heimchen im Grünen zu träumen! Hier sollte der Staat einmal den Mund aufmachen, oder schämt er sich in seiner Jakkett-Kronen? Denn wie sagte C. Röhrig in ihrem Standardwerk „Denke & Darbe" bereits: „Auf Wunder warten, heißt das Glück verleugnen!"

Sellerie, so heiß warst du noch nie

Mein Blut gerät in Wallung,
mein Samenzug verfällt in Ballung.
In meinem dining-room wackelt die Wand,
und mir - mir wackelt die Hand!
Oh, Sellerie, sei so charmant,
und komm an Land!

Im Dampfdruck kocht mein heißes Blut,
Ventile kühlen kaum noch meinen Mut,
die Schläfenadern drohen mir zu platzen
trotz kühlen Beutels auf der Glatzen.
Oh, Sellerie, ich weiß nicht wie,
doch kühle meine Euphorie!

In meinem Herzen klopft ein Specht,
weil er so gerne tiefer möcht',
jedoch vor allzu tiefen Stürzen
bewahrt mich deine Keuschheitsschürzen.
Oh, Sellerie, mach deine Bänder locker,
sonst fall ich noch von meinem Hocker!

Dein weißer Leib, so rundlich voll,
der macht mich innerlich ganz toll,

ich kann jetzt kaum noch an mich halten
und würd' so gern Atome spalten.
Oh, Sellerie, halt mich auf Erden,
laß mich doch nicht zum Spalter werden!

Wenn du mein Singen nicht erhörst,
mit mir noch heut' nach Amrum fährst,
dich dort mit mir im Dünensande rollst
und nackig über Bune 18 tollst:
Dann, Sellerie, das wisse wohl,
dann nehme ich den Wirsingkohl!

Was wir lieben

In unseren unruhigen und oftmals bösartigen Zeiten erhalten wir leider immer seltener Bilder, wie dies: Ein betender Neger. Ein Schwarzer, der sich die Muße nimmt, in der Hektik des Alltags, im brandenden Verkehr der nächtlichen Großstadt, sich auf den nackten, kalten Asphalt hinzulegen, um eins dieser berühmten Rosenkranzspirituals zur Lobpreisung des Herrn zu jubilieren. In die Dunkelheit der Nacht eine Hymne an Gott zu schleudern. Dazu das aufkeimende Verständnis des Weißen, der von der Kraft des Gebetes getroffen, langsam in die Knie geht.

Es ist bedauerlich, daß es Beispiele solch tiefer Frömmigkeit gerade in der Bundesrepublik noch nicht genug gibt.

Vorweg

(In dieser Vorschau erfahren sie bereits jetzt kurz und brüchig, was sie in der letzten Ausgabe gelesen haben. Versäumen Sie es deshalb nicht, sich das Heft rechtzeitig zu besorgen.)

Der Dämon, der mit der Kelle kam!
Der Bericht eines Existenzminimums am Rande des Abgrunds.

Ein Ritter ohne Furcht und Nadel.
Die Nähmaschine im Spannungsfeld menschlicher Niederungen.

Er saß ganz schön in der Pinte!
Die wahre Geschichte eines Autodidakten.